

Zukunftsfonds

Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen.

15.9. Prager Holocaust-Restitutionsprozess

Das „European Shoah Legacy Institute“ (**ESLI**), in dessen Beirat Österreich vertreten ist, wurde 2009 als Follow-up der Prager „Holocaust Era Assets Conference“ (**HEAC**) gegründet. Es soll als internationale Forschungsinstitution und freiwilliges Forum für Staaten, Vertretungsorganisationen von Holocaust-Überlebenden und NGOs zur Förderung verschiedenster Bereiche der NS-Vergangenheitsbewältigung, insbesondere der Restitution jüdischen Eigentums und der Unterstützung von Holocaust-Überlebenden, dienen.

Als Umsetzungskonferenz zu der von der HEAC verabschiedeten Theresienstädter Erklärung und den 2010 beschlossenen internationalen Richtlinien zur Restitution von bzw. Entschädigung für vom NS-Regime enteignete Liegenschaften fand von 26. bis 28. November in Prag die **Immovable Property Review Conference (IPRC)** statt, an deren Vorbereitung Österreich aktiv beteiligt war. Die IPRC setzte sich mit den seit 2009 stattgefundenen Entwicklungen im Bereich der Restitution von Liegenschaften und dem Umgang mit erblosem bzw. nicht beanspruchtem Vermögen auseinander und zeigte Lösungsmöglichkeiten auf. Vom ESLI wurde im Sinne von dessen Mandat eine für Juni 2013 in Brüssel vorgesehene Konferenz über Sozialmaßnahmen zugunsten von Holocaust-Überlebenden und NS-Opfern angekündigt, die auch zur Lösung der Frage erblosen Vermögens ermutigen soll.

15.10. Zukunftsfonds

Der Zukunftsfo nds der Republik Österreich wurde Ende 2005 als ein verzehrender Fonds aus Restmitteln des im Jahr 2000 errichteten und mit 31. Dezember 2005 geschlossenen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) geschaffen. Seine Aufgabe umfasst die Förderung von Projekten, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen und zu einer Förderung der Achtung der Menschenrechte und der gegenseitigen Toleranz auf diesen Gebieten beitragen, sowie die Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten über diese Themen. Die ihm gleichfalls übertragene Verwaltung von Restmitteln und der Restabwicklung der Leistungserbringung des Versöhnungsfonds ist mit Jahresende 2010 ausgelaufen.

Das BMiA leistet dem Zukunftsfo nds technische und administrative Unterstützung. Darüber hinaus besteht bei zahlreichen der vom Zukunftsfo nds geförderten internationalen Projekte eine enge Zusammenarbeit mit dem

Auslandskulturpolitik

BMeIA und den einzelnen Vertretungsbehörden, wie insbesondere bei der Neugestaltung der Ausstellung in der österreichischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, bei der Bildungsinitiative zu den Themen Holocaust und Völkermord-Prävention des Salzburg Global Seminar und im Rahmen der Wiener Konferenz der VN-Allianz der Zivilisationen (UNAOC). Weitere Zusammenarbeit bestand im Berichtszeitraum beim von der Diplomatischen Akademie veranstalteten Ausbildungs-/Trainingskurs für Master StudentInnen aus Israel, Palästina und Jordanien, die in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie veranstalteten Werkstattgespräche zur Präsentation ausgewählter, vom Zukunftsfonds geförderter Projekte wurden fortgesetzt.

16. Medien und Information

16.1. Pressearbeit

Die Information der Öffentlichkeit in Europafragen, zu außenpolitischen Entwicklungen aber auch über Krisen und konsularische Hilfeleistungen für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausland im Wege elektronischer, Print- und anderer Medien ist eine wesentliche Tätigkeit des BMiA. In Spitzenzeiten werden dabei pro Tag **mehr als 100 Medienanfragen** beantwortet.

Um JournalistInnen in- und ausländischer Medien ein optimales Service zu bieten werden neben Pressekonferenzen von Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger und Staatssekretär Reinhold Lopatka wiederholt auch Hintergrundgespräche zu wichtigen Themen organisiert und bei internationalen Konferenzen und anderen Veranstaltungen die Betreuung der MedienvertreterInnen sichergestellt.

16.2. Öffentlichkeitsarbeit, Neue Medien, Internetauftritt

Es ist absehbar, dass gerade die sozialen Medien auch in der Außenpolitik eine immer größere Rolle spielen werden – einerseits, um die eigene Arbeit darzustellen und Inhalte rasch zu transportieren, andererseits, um immer weiteren Bevölkerungskreisen durch die Eröffnung neuer Dialogkanäle entgegenzukommen. In der heutigen Zeit ist es unumgänglich, die sozialen Medien in eine moderne und professionelle Öffentlichkeitsarbeit aktiv mit einzubeziehen. Das Engagement im Web 2.0 und in Sozialen Medien ist somit eine logische und notwendige Fortsetzung des Selbstverständnisses des BMiA, dass das Service an den österreichischen BürgerInnen eine seiner zentralen Aufgaben ist („Weltweit für Sie da“).

Bei der Verwendung sozialer Medien nimmt das BMiA in der öffentlichen Verwaltung eine gewisse Vorreiterrolle ein, dennoch steht außer Frage, dass das Engagement in diesem Bereich auch in Zukunft weiter wachsen muss. Erste Schritte waren etwa die Erstellung des Twitter-Accounts, der heute bereits über 2.500 Follower aufweist, sowie der Youtube-Kanal und die Smartphone-Application des BMiA. Seit Herbst ist das BMiA auch auf Facebook vertreten, um einer breiten – und jungen – Öffentlichkeit die Arbeit des Hauses näher zu bringen. Die Facebook-Seite stellt eine passende Ergänzung zum bewährten Online-Angebot des BMiA dar, was nicht zuletzt durch die Interaktion und die über diese Social Media-Plattform regelmäßig gestellten Anfragen bestätigt wird.

16.3. Europainformation: „EU Townhall Meetings“, Europa Informationstour

Auf gemeinsame Initiative der Vertretung der EK in Österreich und des BMiA startete am 22. Juni eine neue Form des EU-Bürgerdialogs. Mit den

Medien und Information

sogenannten „EU Townhall Meetings“ werden in den Bundesländern Veranstaltungen organisiert, bei denen PolitikerInnen bzw. VertreterInnen der Sozialpartner rund um das Thema Europa Rede und Antwort stehen. Der Startschuss für diese Veranstaltungsserie fiel am 22. Juni in Mautern an der Donau, wo sich Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Kommissar Johannes Hahn und VertreterInnen der Landes-, Gemeinde- und der Sozialpartnerebene den Fragen der BürgerInnen zur EU stellten. Am 21. September fand das zweite „EU Townhall Meeting“ in Steyr statt, am 5. November wurde eine weitere Veranstaltung in Graz abgehalten, bei der sich Vizekanzler und Bundesminister Spindelegger und die Vizepräsidentin der EK, Viviane Reding, den Fragen von über 400 BürgerInnen stellten. Die „EU Townhall Meetings“ werden 2013 fortgesetzt.

Im Rahmen der „DARUM EUROPA“-Informationsoffensive des BMiA startete Staatssekretär Reinholt Lopatka am 21. November in Wien eine „Europa Informationstour“, in deren Rahmen er bis Juli 2013 in allen Bundesländern unterwegs sein wird um sich als Ansprechpartner in sämtlichen EU-Fragen zur Verfügung zu stellen und einen offenen Dialog über Österreich in der EU zu führen. Dabei soll insbesondere ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit gegeben werden, im direkten Kontakt Fragen zu Europa und aktuellen europapolitischen Entwicklungen zu stellen. Nach der Auftaktveranstaltung fanden weitere Diskussionen mit ArbeitnehmerInnen am 10. Dezember in Neudörfl (Burgenland) und am 13. Dezember in Frantschach (Kärnten) und in Zeltweg (Steiermark) statt. Insgesamt werden bis Juli 2013 im Rahmen dieser „Europa Informationstour“ 28 Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Unternehmen in allen Bundesländern abgehalten. Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger wird neben seinen Town Hall Meetings ebenfalls Diskussionen im Rahmen von „DARUM EUROPA“ führen.

Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger hielt am 20. November im Europahaus in Wien eine europapolitische Grundsatzrede zur zukünftigen Rolle und Funktionsweise der EU.

Auf der Homepage des BMiA werden neben laufend aktualisierten Informationen zur EU regelmäßig Kurzvideos online gestellt, in denen Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger und Staatssekretär Reinholt Lopatka über Beschlüsse und Abstimmungsverhalten im Rat für Auswärtige Angelegenheiten sowie im Rat für Allgemeine Angelegenheiten berichten.

Das BMiA wirkt weiterhin aktiv an EU-Informationsveranstaltungen an Schulen mit, insbesondere im Rahmen der von der EK-Vertretung in Österreich, der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik und dem BMiA entwickelten Wanderausstellung „Die EU und DU – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“. Diese bereits seit 2008 bundesweit durch Schulen tourende Ausstellung bietet Gelegenheit für eine Diskussion mit SchülerInnen über die Ausstellungsinhalte und aktuelle Fragen der europäischen Integration; 2012 wurde sie an 46 Schulen gezeigt und erreichte über 5.400 SchülerInnen. Darüber hinaus finden bei zahlreichen Schulbesuchen im BMiA auf

Die Europagemeinderäteinitiative

Wunsch der SchülerInnen auch Präsentationen zu EU-Themen durch ExperInnen des BMeiA statt, wie auch MitarbeiterInnen des BMeiA laufend bei EU-Informationsveranstaltungen als Gastvortragende auftreten.

EU-Information war schließlich auch ein Schwerpunkt des Tages der Offenen Tür im BMeiA am 26. Oktober anlässlich des Nationalfeiertages: zusätzlich zu Informationsmöglichkeiten über aktuelle Fragen der europäischen Integration wurden dort auch Originaldokumente zum österreichischen EU-Beitritt ausgestellt.

16.4. Die Europagemeinderäteinitiative

Mit der die Anfang 2010 von Bundesminister Michael Spindelegger und der Vertretung der EK in Österreich ins Leben gerufenen Initiative „Europa fängt in den Gemeinden an“ wird versucht, in möglichst vielen Städten und Gemeinden „Europa-Gemeinderäte“ zu gewinnen. Diese sollen als zentrale Ansprechpartner für Themen zur EU für die lokale Bevölkerung fungieren, da BürgermeisterInnen und GemeindevorsteherInnen oft die ersten Ansprechpartner bei Sorgen und Anliegen zu Europa sind. Mit Jahresende waren 500 BürgermeisterInnen und Gemeinderäten aller Bundesländer und politischen Parteien an dieser Initiative beteiligt, in deren Rahmen u. a. regelmäßige Seiten mit Informationen zur EU in Gemeindenachrichten, EU-Stammische, Diskussionsveranstaltungen, EU-Kinderaktionen in Schulen oder ein EU-Ausschuss in der Gemeinde organisiert werden.

Das vom BMeiA angebotene Service für Europa-Gemeinderäten umfasst eine zentrale Ansprechstelle im BMeiA, wo Europa-Gemeinderäten rasch und unbürokratisch Antworten erhalten können, ein Mail-Informationssystem mit knapp gefassten Fakten zu aktuellen EU-Fragen, eine elektronische Plattform mit EU-Informationen zur Vernetzung der Europa-Gemeinderäten, mehrtägige EU-Trainingsseminare für Mitglieder der Initiative, sowie Informationsreisen nach Brüssel.

Vom 29.–30. März fand ein EU-Trainingsseminar in Salzburg statt. Die zahlreichen teilnehmenden Europa-Gemeinderäten konnten an den beiden Tagen u. a. mit Experten aus Bund, Land, Vertretungsstellen in Brüssel und anderen Institutionen Möglichkeiten aktiver kommunaler Mitgestaltung der europäischen Politik, konkrete EU Förderprogramme für Gemeinden und Städte sowie aktuelle Fragen rund um aktuelle Entwicklungen in der EU diskutieren.

Am 12. November fand in Dornbirn in Zusammenarbeit mit dem Vorarlberger Gemeindevorstand und dem Europe Direct Büro Dornbirn ein EU-Seminar für Europa-Gemeinderäten und andere interessierte Gemeinderäten aus Vorarlberg statt. Vom 30. Mai bis 1. Juni nahmen 25 Europa-Gemeinderäten an der (mittlerweile dritten) Informationsreise nach Brüssel teil.

Medien und Information

Die Informationsreisen werden 2013 fortgesetzt und, ebenso wie die mehrtägigen Seminare, aus Mitteln der Europapartnerschaft finanziert.

Beim zweiten Jahrestreffen der Europa-GemeinderätInnen am 17. Dezember im Palais Niederösterreich in Wien konnte in Anwesenheit von Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Staatssekretär Reinhold Lopatka, dem Vertreter der EK in Wien, Richard Kühnel, und den österreichischen Abgeordneten zum EP Ulrike Lunacek, Paul Rübig und Josef Weidenholzer das 500. Mitglied der Initiative begrüßt werden.

16.5. Publikationen

Mit dem Ziel, die Öffentlichkeit stets möglichst umfassend zu informieren, gibt das BMiA verschiedene Publikationen heraus. Darunter befindet sich der jährliche **Außen- und Europapolitische Bericht**, mit dem Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger das Parlament und die Öffentlichkeit über das gesamte Spektrum der Aktivitäten des BMiA sowie die außen- und europapolitischen Entwicklungen des Berichtsjahres informiert. Dieser Bericht wird sowohl in Buchform als auch elektronisch auf der Homepage des BMiA in deutscher und englischer Sprache publiziert. Weitere Publikationen waren u. a. die aktuellen Tipps für Auslandsreisende und ein Folder zu den wichtigsten Zahlen und Fakten Österreichs für das Jahr 2012.

16.6. PresserätInnentagung

Um der Bedeutung Rechnung zu tragen, welche die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Aktivitäten einer Vertretungsbehörde heute einnimmt, organisierte das BMiA auch 2012 eine Tagung der an den Botschaften, Konsulaten und Kulturforen mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vorrangig befassten Bediensteten. Neben Vorträgen und einem allgemeinen Gedanken-austausch wurde ein spezielles Medientraining mit dem Schwerpunkt „Social Media“ angeboten.

17. Der Österreichische Auswärtige Dienst

17.1. Einleitung

Im mehrjährigen Sparkurs des BMiA stellte das Jahr 2012 die zweite Etappe dar, in der eine deutliche Budgetkürzung vorgenommen werden musste. Nach einer ersten Kürzung des Ressortbudgets 2011 musste auch im Jahr 2012 nicht nur mit einem gegenüber dem Vorjahr nominell geringeren Ressortbudget das Auslangen gefunden werden, es mussten wiederum gleichzeitig kaum beeinflussbare Steigerungen (z.B. Krisenmanagement, Mietzinssteigerungen insbesondere in Asien und Afrika) durch Reduktionen in anderen Bereichen zusätzlich ausgeglichen werden.

Darüber hinaus wurde mit einer Novelle zum Bundesfinanzgesetz (BFG) im April 2012 ein sogenanntes „Stabilitätspaket“ beschlossen, wodurch weitere Einsparungen – im BMiA zusätzliche 13 Millionen Euro – vorgegeben wurden. Dadurch musste das Budget beim laufenden Betrieb aufgeschnürt und auf insgesamt 409,4 Millionen Euro herabgesetzt werden. Gegenüber 2011 hatte das BMiA 2012 dadurch alleine nominell ein um etwa 18 Millionen Euro verringertes Ressortbudget.

Vor dem Hintergrund der Vorgaben des Bundesfinanzrahmengesetzes steht das BMiA somit etwa in der Mitte des Sparpfades: Standen dem Ressort 2010 noch 440 Millionen Euro zur Verfügung, wurde 2012 auf 409,4 Millionen Euro reduziert und laut aktuellem Budgetrahmen stehen 2014 nur noch 380 Millionen Euro zur Verfügung.

Diese Ausgabenreduktion wurde 2012 durch einen Sparmix umgesetzt, der sowohl die Kürzung der Verwaltungskosten als auch eine Kürzung von Förderungen und Beiträgen umfasste.

Zur Reduktion der Verwaltungskosten führten sowohl Einzelmaßnahmen, wie etwa die Schließung der Botschaft in Kolumbien, der Verkauf des Konkurrenzgebäudes in Rio und der Wegfall der Mietzahlungen für das Amtsgebäude in Berlin durch Eigentumserwerb, als auch umfangreiche Maßnahmen im allgemeinen Verwaltungsbereich, wie etwa die Nachverhandlung von Miet- und Serviceverträgen, verstärkte Bemühungen um „Ko-lokation“ mit österreichischen und europäischen Partnern und eine Reduktion der Ausgaben für Übersiedlungen.

Im Bereich Beiträge und Förderungen wurden auf Basis der Beschlüsse der Bundesregierung in Loipersdorf vom Oktober 2010 sowohl internationale Beiträge als auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit reduziert.

Das reduzierte Budget traf auch den Personalbereich. Gleichzeitig führten erfolgreiche Kandidaturen von Bediensteten des BMiA bei internationalen Organisationen, etwa den Vereinten Nationen oder im diplomatischen Dienst der Europäischen Union, zu zahlreichen Karenzierungen im Personalstand des höheren auswärtigen Dienstes. Daher wurden unter Berücksichtigung

Der Österreichische Auswärtige Dienst

der Vorgaben des Stabilitätspakets Neuaufnahmen in allen Verwendungsgruppen für den Herbst 2012 und Frühjahr 2013 geplant und durchgeführt.

Weiterer administrativer Schwerpunkt war die Umsetzung der Haushaltsrechtsreform, wodurch das Ressortbudget eine völlig neue Strukturierung bekam, Wirkungsziele und Indikatoren eingeführt wurden sowie jedes Fachressort mit dem 1. Jänner 2013 eine Eröffnungsbilanz legte. 2012 musste vom BMiA auch wieder die Herausforderung gemeistert werden, in einem von zahlreichen Krisensituationen geprägten Jahr höchstmögliche Servicequalität im Bereich Personal und Infrastruktur sicherzustellen. Nachdem bereits 2011 die Botschafter in Tokio und Tripolis temporär verlegt wurden, musste 2012 auch das Team der österreichischen Botschaft in Damaskus nach Beirut verlegt werden.

Durch den nachhaltigen Spar- und Kürzungskurs sowie strikte Budgetdisziplin war es möglich, die Budgetvorgaben für 2012 insgesamt einzuhalten. Zu einer Entlastung des Budgets führten auch der Umstand, dass die UNO einzelne Beiträge für friedenserhaltende Operationen auf 2013 verschob, sowie der Verkaufserlös des Konsulats in Rio und der Minderverbrauch von Zusatzmitteln des BMF für Krisenmanagement und die Umsetzung der Haushaltsrechtsreform.

In der Zukunft wird die Bewältigung der außenpolitischen und konsularischen Herausforderungen durch die steigende Nachfrage nach Serviceleistungen im Ausland bei gleichzeitig sinkendem Personalstand sowohl eine Verstärkung der Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung erfordern als auch hohe Flexibilität und Mobilität verlangen.

Trotz Budgetknappheit war das Außenministerium daher auch im Jahr 2012 bemüht durch Umschichtungen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren. Dazu zählten etwa die Ausweitung von Fortbildungsmaßnahmen, die 2013 insbesondere zum Schwerpunkt Fremdsprachen gesetzt werden sollen, und Gesundheitsprojekte. Zudem wurde in die weitere Optimierung der Arbeitsbedingungen im Ausland (z.B. neue Büros in Pretoria, Abu Dhabi, Islamabad, Doha und Pressburg), in die Sicherheit an ausländischen Dienstorten, in Pilotprojekte zur Flexibilisierung der Administration und in die Modernisierung der IT-Infrastruktur sowie IT-Maßnahmen betreffend Mobilität und „Green IT“ investiert.

17.2. Arbeiten im Außenministerium

Durch das im BMiA geltende Mobilitätsprinzip ist die Rotation der Bediensteten wesentlicher Bestandteil des Berufsbildes, was neben der Flexibilität der betroffenen Bediensteten und deren Familien auch eine erhebliche organisatorische und logistische Planung erfordert. So wurden im Jahr 2012 rund 250 Bedienstete versetzt.

Arbeiten im Außenministerium

Mit Ende 2012 betrug der Personalstand des BMiA insgesamt **1.169 Bedienstete**, davon waren in der Zentrale 540 Personen (46 %) und im Ausland 629 Personen (54 %) tätig.

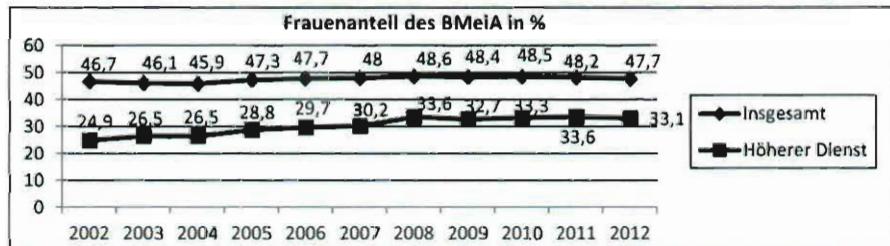
Personalstand des BMiA 2012 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer		Frauen		insges.	Frauenanteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	133	148	66	73	420	33,1
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	46	82	66	38	232	44,8
A3/v3, C/c (Fachdienst);						
A4/A5/v4, D/d, (qualifizierter mittlerer bzw. mittlerer Dienst);	89	99	120	189	497	62,2
A7/v5, E/e (Hilfsdienst)						
ADV	14	0	6	0	20	30,0
Summen Inland/ Ausland	282	329	258	300	1.169	47,7
Gesamt	611		558			

Die im Ausland an den Vertretungen tätigen Bediensteten werden in ihrer Arbeit von **692 Lokalangestellten** (Stand 31.12.2012) unterstützt, die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden.

Bei der **Behinderteneinstellungsquote** hat das BMiA zum Stichtag 31.12.2012 seine Pflichtzahl von 48 um eine Person übererfüllt.

Im höheren Dienst, jenem Bereich mit dem diesbezüglich größten Nachholbedarf, erreichte der **Frauenanteil im Jahr 2012** 33,1 %.



Der Österreichische Auswärtige Dienst

Die Personalentwicklung im BMiA war bereits in den letzten Jahren rückläufig, so sind im Jahr 2012 über 100 Bedienstete des BMiA nicht pensionsbedingt ausgeschieden oder waren karenziert. Darüber hinaus unterschreitet das BMiA schon jetzt die vom BKA für 2016 gesetzte Zielvorgabe für Planstellen bzw. Vollbeschäftigungäquivalente (VBÄ; VBÄ per 31.12.2012: 1.153,85, VBÄ Zielvorgabe des BKA für 2016: 1.182).

Daher wurde 2012 unter Berücksichtigung aller Rahmenvorgaben der Beschluss gefasst, in allen Verwendungsgruppen **Neuaufnahmen** durchzuführen, um durch Kündigungen und Karenzierungen (etwa an den Europäischen Auswärtigen Dienst oder die Vereinten Nationen) entstandene Personallücken im In- und Ausland zu schließen.

Das BMiA legt nicht nur auf die umfassende Ausbildung der neu aufgenommenen Bediensteten großen Wert, sondern setzte 2012 auch verstärkt auf Fortbildungsmaßnahmen für das Mid-Career Segment. So fand etwa ein Interview-Training für (künftige) DienststellenleiterInnen statt.

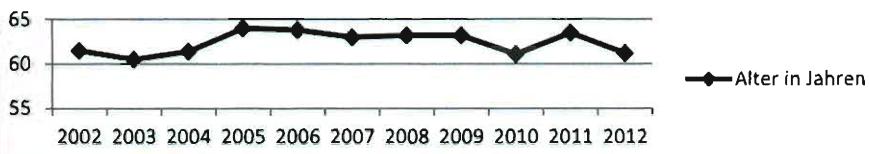
Das BMiA bietet auch JungakademikerInnen die Möglichkeit, im Wege eines **Verwaltungspraktikums im Inland oder im Ausland** Einblick in die Tätigkeitsbereiche des BMiA zu gewinnen.

Da mit der Dienstrechtsnovelle 2011 unentgeltliche Ausbildungsverhältnisse zum Bund abgeschafft wurden, hat das BMiA im Jahr 2012 – zusätzlich zu den bezahlten Praktika im Inland – entgeltliche Praktika im Ausland eingeführt. Diese Auslandspraktika werden angeboten, um JungakademikerInnen, Studierenden oder MaturantInnen im Rahmen eines Ausbildungsvorhabens die Vertiefung ihrer Berufsvorbildung durch praktische Tätigkeiten an österreichischen Berufsvertretungsbehörden zu ermöglichen.

Jahr 2012	Verwendungsgruppe	Männlich	Weiblich	Gesamt
Inland	v1/v2	38	35	73
Ausland	v1/v2	68	174	242
Gesamt		106	209	315

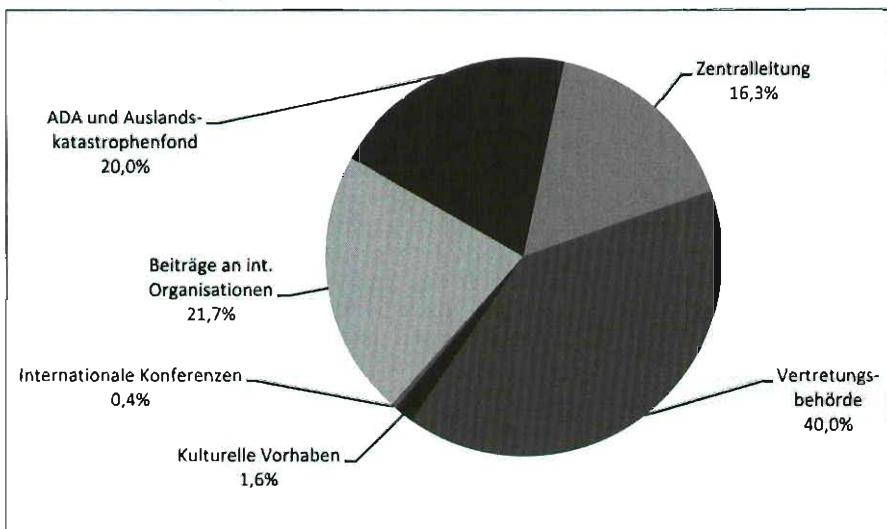
Seit Herbst 2009 bildet das BMiA auch **Lehrlinge** zu „VerwaltungsassistentInnen“ aus. Per Jahresende 2012 befanden sich sechs Lehrlinge in einem solchen Ausbildungsvorhaben.

Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des BMiA betrug im Jahr 2012 61,15 Jahre (Frauen: 60,13 Jahre, Männer: 61,83 Jahre). Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich, lag es in den letzten zehn Jahren immer über der 60-Jahr-Grenze.

*Arbeiten im Außenministerium***Pensionseintrittsalter der BeamtenInnen****17.2.1. Ausstellung von Diplomatenpässen**

Das Jahr 2012 brachte auch eine weitreichende Neuregelung bei der Ausstellung von Diplomatenpässen mit sich. Nachdem die Rechtslage gemäß § 6 Passgesetz 1992 auf öffentliche Kritik gestoßen war, wurde das Passgesetz novelliert und ist mit 25. Juli 2012 in Kraft getreten (BGBl. I Nr. 60/2012). Dabei wurde der anspruchsberechtigte Personenkreis gegenüber der bisherigen Rechtslage stark eingeschränkt.

Das BMfA hat als zuständiges Ressort im Zuge dieser Novellierung alle nicht mehr berechtigten Inhaberinnen und Inhaber von Diplomatenpässen schriftlich zur Rückgabe ihrer Diplomatenpässe aufgefordert. Insgesamt wurden 970 Diplomatenpässe entwertet. Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde die Zahl der ausgegebenen Diplomatenpässe um rund ein Drittel – von rund 3.050 auf 2.080 Diplomatenpässe – reduziert.

17.3. Das Budget des Außenministeriums

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Der Bundesvoranschlag 2012 lag zunächst bei 422,815 Mio. Euro. Mit der BFG-Novelle vom 12. April 2012 wurden das Stabilitätspaket und eine Kürzung des bestehenden Bundesfinanzgesetzes auf **409,4 Mio. Euro** – somit für das BMiA eine Konsolidierung von rund 13,4 Mio. Euro – beschlossen.

Von den 409,4 Mio. Euro wurden rund 66,740 Mio. Euro für die Zentralleitung, 163,725 Mio. Euro für die Vertretungsbehörden, 6,438 Mio. Euro für kulturelle Vorhaben, 1,593 Mio. Euro für internationale Konferenzen, 88,840 Mio. Euro für Beiträge an internationale Organisationen, sowie 82,025 Mio. Euro für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds budgetiert.

Budget 2003–2012 in Mio. Euro

Jahr	Budget des BMiA	Anteil des BMiA-Budgets am Bundesbudget in %
2003	307,000	0,50 %
2004	340,928	0,54 %
2005	380,000	0,59 %
2006	388,000	0,59 %
2007	388,109	0,56 %
2008	388,087	0,56 %
2009	435,675	0,56 %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %
2012	409,361	0,56 %

Im Jahr 2012 stellte die Haushaltsrechtsreform die weitreichendste Verwaltungsreform des Bundes seit Jahrzehnten dar und brachte zahlreiche Herausforderungen mit sich. So mussten für die Erstellung einer Eröffnungsbilanz erstmals sämtliche Immobilien und Anlagen weltweit neu bewertet und die Inventarverwaltung neu konzipiert werden. Zur Umsetzung der Haushaltsrechtsreform war es außerdem erforderlich, die Datenverarbeitungsverfahren der Vertretungsbehörden an die Vorgaben des Bundes anzugeleichen und eine hohe Bearbeitungsgeschwindigkeit des elektronischen Haushaltsverrechnungssystems für das weltweite österreichische Vertretungsnetz sicherzustellen.

Dazu mussten Investitionen in Hard- und Software sowie bei den Datenverbindungen getätigt werden. Das neue Verrechnungssystem hat den Vorteil, dass die Buchungsdaten aller österreichischen Vertretungsbehörden mit dem Verrechnungssystem des Bundes verknüpft und zeitgleich im In- wie im Ausland verfügbar sind. Weiters wurde die in aller Welt eingesetzten

Weltweite Infrastruktur

Bediensteten des BMiA in mehreren Aus- und Fortbildungsveranstaltungen geschult.

17.4. Weltweite Infrastruktur

17.4.1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten

Das BMiA betreut in über 80 Ländern ein breit angelegtes Portfolio von ca. 350 Immobilien, die vorwiegend als Amtsräumlichkeiten für Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen und Vertretungen bei internationalen Organisationen sowie für Wohnzwecke genutzt werden. Dazu gehören sowohl historische Gebäude wie in London, Paris oder Rom als auch moderne Bauten wie in Jakarta, Berlin und New York. Etwas mehr als die Hälfte der Liegenschaften befindet sich im Eigentum der Republik Österreich, die übrigen Immobilien werden angemietet.

Das Immobilienmanagement wird von einem eigenen Team von SpezialistInnen wahrgenommen und reicht von der klassischen Projektentwicklung für Neubauten, Adaptierungen und Sanierungen über die Evaluierung von strukturellen Änderungen im Portfolio bis zur umfassenden Liegenschaftsverwaltung. Die Bewirtschaftung der Objekte erfolgt im Rahmen der „Facility Management Strategie“ nach den Grundsätzen der Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit.

Der allgemein zu verzeichnende Sparkurs bedingt innovative und langfristig orientierte Überlegungen in der strategischen Investitionsplanung, um auch in Zukunft die Finanzierbarkeit des Vertretungsnetzes zu gewährleisten. Laufende Markt- und Standortanalysen bestimmen die Ausrichtung der Strategie auf Kauf oder Miete. Im Berichtsjahr wurde das im Jahr 2009 geschlossene Generalkonsulat Rio de Janeiro im Rahmen eines Bestbieterverfahrens verkauft. Die Österreichische Botschaft Berlin ging durch eine an die Bundesimmobiliengesellschaft geleistete Abschlagszahlung in das Eigentum des BMiA über.

Zur besseren Flächenauslastungen sowie zur Erreichung von Synergieeffekten bemüht sich das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten verstärkt um **Kolokationen** sowohl mit anderen österreichischen Stellen als auch mit europäischen Ländern. So wurde in Nikosia ein lettischer Diplomat an der Österreichischen Botschaft für die Zeit der zypriotischen EU-Präsidentschaft untergebracht. Mit Ungarn wurde eine Vereinbarung zur Nutzung der Konsularschalter in den Österreichischen Botschaften in Riga und Luxemburg geschlossen. In den Räumlichkeiten der Österreichischen Botschaft Podgorica wurde ein Büro der Wirtschaftskammer Österreich eingerichtet.

Im Rahmen des Immobilienmanagements rücken die Faktoren **Ökologie und Nachhaltigkeit** immer mehr in den Vordergrund. Nachdem 2011 in Jakarta die erste österreichische Niedrig-Energiebotschaft im südost-asiatischen

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Raum eröffnet worden war, wurde die Planung für die Neuerrichtung einer „grünen Botschaft“ in Bangkok begonnen, wobei in diesem Fall eine traditionelle lokale Architektur mit möglichst geringer technischer Unterstützung angestrebt wird.

Im Bereich der Bau- und Haustechnik werden seit 2011 geeignete Standorte mit **Solar- und Photovoltaikanlagen** ausgestattet. Dadurch wird neben der Energiegewinnung auch eine krisenunabhängige Versorgung der Telekommunikationseinrichtungen der Botschaften garantiert. Durch laufende Modernisierungen der haustechnischen Anlagen und effizientes Monitoring mit Hilfe der neuen Liegenschaftsdatenbank (**LIDA**) wird auf eine positive Energie- und CO₂-Bilanz abgezielt.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Gefährdungslage an mehreren Dienstorten wurde dem Themenbereich „**Sicherheit**“ besondere Bedeutung beigemessen. An einer Reihe von Standorten wurden bauliche Maßnahmen bei Botschaftsgebäuden und Amtswohnungen zur Erhöhung des Schutzes der Bediensteten durchgeführt. Die Immobilienstrategie des BMiA wurde insofern angepasst, als künftig mehr Investitionen in neue Projekte in krisenanfälligen Ländern getätigt werden, um im Falle einer akuten Krise sicherheitstechnisch besser ausgestattet zu sein. Für einige besonders gefährdete Dienstorte wurden sondergeschützte Fahrzeuge angeschafft. Erstmals wurden auch Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in privat angemieteten Wohnungen ergriffen. So wurden Bediensteten an Dienstorten mit hoher Kriminalitätsrate mobile Alarmanlagen zur Verfügung gestellt.

17.4.2. Informationstechnologie

Die wesentlichsten Schwerpunkte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Jahr 2012 waren folgende Projekte:

Das Projekt **MOVE-IT** ermöglicht die Modernisierung der EDV an allen Vertretungsbehörden: Wesentliche Neuerungen sind die Erhöhung der Ausfallsicherheit, Speichererweiterung, um den ansteigenden Bedarf abdecken zu können, ein Backupkonzept, bei dem die Daten erstmalig in die Zentrale repliziert werden können, sowie Unified Communications mit der Verknüpfung aller Kommunikationsmöglichkeiten für mehr Komfort und Verbesserung der Erreichbarkeit. Nach dem Vergabeverfahren im Jahr 2012 beginnt der Rollout im 2. Quartal 2013, der Projektabschluss soll 2015 erfolgen.

Cyber-Security war auch im Jahr 2012 ein Schwerpunktthema. Das BMiA ist gut mit Organisationen wie CERT vernetzt und war an der Erstellung einer bundesweiten IKT-Sicherheitsstrategie beteiligt. Intern wurden zahlreiche, insbesondere präventive Maßnahmen technischer und organisatorischer Natur umgesetzt.

Verwaltung registrierter AuslandsösterreicherInnen: Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher sowie deren Angehörige, die sich bei der

Weltweite Infrastruktur

für sie zuständigen Vertretungsbehörde registrieren, werden erfasst und in ein einheitliches System, das an jeder österreichischen Vertretungsbehörde besteht, eingetragen. Kontaktaufnahmen mit verschiedenen Personengruppen per E-Mail oder per Briefsendung sind möglich. Weiters können die Daten in der Zentrale des BMiA zusammengeführt und – im Fall einer Krise – durch einen Krisenstab genutzt und bearbeitet werden. Von einer Krise betroffene Personen werden per E-Mail oder SMS kontaktiert.

Terminreservierung für Visa- und AufenthaltstitelantragstellerInnen: Zum Zweck der besseren Übersichtlichkeit bei gleichzeitiger Arbeitersparnis für die Vertretungsbehörden sowie zur Steigerung des Service den AntragstellerInnen gegenüber wurde ein Online-Reservierungssystem entwickelt und eingeführt. Das größte Interesse bestand an Vertretungsbehörden mit großem Parteienverkehrsaufkommen, diesen kam bei der Analyse der Anforderungen eine große Rolle zu. Das Hauptaugenmerk wurde auf größtmögliche Flexibilität, Mehrsprachigkeit und Sicherheit gelegt. Seit der Inbetriebnahme im Mai 2012 wurden bis Jahresende 38.283 Termine für insgesamt 61.570 AntragstellerInnen gebucht; die Tendenz ist steigend.

VIS: Seit der Inbetriebnahme des Visa-Informationssystems, das der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 folgend am 10. Oktober 2011 in Betrieb ging, wurden im Jahr 2012 weitere 11 Vertretungsbehörden im Nahen Osten und in der Golfregion, sowie erstmalig auch externe Dienstleister (zur Abnahme und Vorerfassung der Fingerabdrücke im Visaverfahren) angeschlossen.

Mobilität: Um der im BMiA erforderlichen Mobilität Rechnung zu tragen und jederzeit auch abseits des Arbeitsplatzes Datenzugriff zu haben, wird seit 2012 bereits an rund 20 % der Arbeitsplätze in der Zentrale des BMiA ein „mobiler Client“, also ein Notebook mit Dockingstation anstelle eines Desktop PCs verwendet. Weiters werden als mobile Devices generell Smartphones mit Zugriffsmöglichkeit auf E-Mail ausgegeben.

Bei allen Projekten nimmt die Bedeutung von **Green-IT-Prinzipien** eine zunehmend wichtige Rolle ein. Als Beispiel ist der Einsatz von Virtualisierung am Arbeitsplatz (VDI) zu nennen, bei der das BMiA als Vorreiter im Bund agierte. Dadurch konnten sowohl der Primärenergieaufwand der Arbeitsplatzgeräte als auch die Energiebetriebskosten gesenkt werden.

17.4.3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Die interministerielle Arbeitsgruppe zum Thema „Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung“ hat Ende November einen „Leitfaden zum Wissensmanagement im Bund“ erarbeitet. In diesem Leitfaden werden unterschiedliche Methoden zur Wissenssicherung beim Ausscheiden von MitarbeiterInnen empfohlen. Ziel ist es, das Wissen der scheidenden MitarbeiterInnen den NachfolgerInnen zugänglich zu machen.

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Aufgrund dieser Anregungen wird ein Fragebogen entworfen, der auf die Bedürfnisse des BMeiA abgestimmt ist und auch den häufigen Posten- und Ortswechsel berücksichtigt. Dafür erforderliche interne Wissensdatenbanken konnten kontinuierlich erweitert werden:

- FIPS-Datenbank (Fully integrated Personal System) spiegelt täglich die aktuelle Organisationstruktur und den MitarbeiterInnenstand des BMeiA wieder.
- ELBA (Elektronische Basisinformation Außenpolitik) sichert den MitarbeiterInnen den Wissensstand an Länderinformationen.
- PEDAS (Personendatensystem) ist eine Personaldatenbank für effizientes Personalmanagement im BMeiA.
- HAD (Handbuch für den auswärtigen Dienst).
- Datenbank, in welcher Beginn und Form der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und anderen Staaten festgehalten werden.
- Weiters erfolgte die Bereitstellung externer Informationsdatenbanken (RDB, Amtskalender) sowie ausländischer online-Nachrichten- und Analysedienste (Latinnews, Stratfor). Der Umstieg von Printausgaben auf elektronische Tageszeitungen wird fortgesetzt.

Auch im Jahr 2012 wurde der Bestand der Außenpolitischen Bibliothek beständig erweitert und ist mittlerweile auf 106.256 Titel angewachsen. Die Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie wurde intensiviert und die Buchbeschaffungen wurden genauer auf die jahrgangsspezifischen Anforderungen abgestimmt. Die von der Außenpolitischen Bibliothek betreuten Kulturforen haben ihre Bestände aufgestockt und in den Gesamtkatalog der wissenschaftlichen Bibliotheken des deutschsprachigen Raumes (ALEPH) eingegeben. Die Erfassung der Artikel derjenigen Zeitschriften, die nur an der Außenpolitischen Bibliothek vorhanden sind, in ALEPH wurde fortgesetzt.

Im Bereich des Archivwesens wurde besonderes Augenmerk auf die Sichtung der elektronischen Akten gelegt. Das BMeiA hat als erstes Ministerium im Jahr 1995 den Elektronischen Akt eingeführt und muss daher bereits die ersten Jahrgänge sichten und bewerten, um sie für die Übergabe an das Österreichische Staatsarchiv vorzubereiten. Die Skartierung der Papierakten wird mit Nachdruck fortgesetzt, um die durch das Bundesarchivgesetz vorgegebenen Archivfrist einhalten zu können.

*Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate***17.5. Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate**

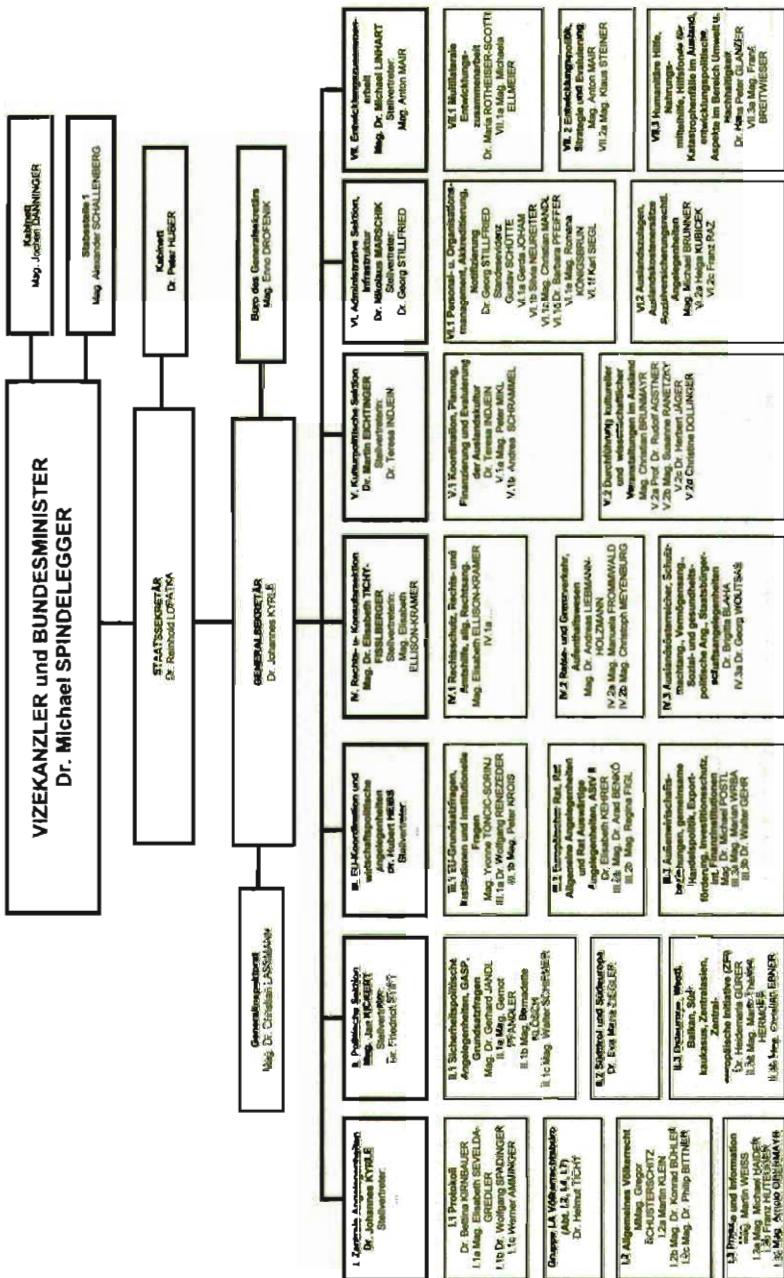
Dienststellen des BMiA	Stand 31.12.2012
Bilaterale Botschaften	80
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	10
selbständige Kulturforen	6
sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	102

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung beschlossenen Budget- und Sparvorgaben wurden nach einer eingehenden Evaluierung des österreichischen Vertretungsnetzes auf der Grundlage objektiver Kriterien (dazu zählen unter anderem die Anzahl der konsularischen Serviceleistungen für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland, die Intensität des politischen Besuchsaustausches, die Höhe des Handelsvolumens und der heimischen Direktinvestitionen) Anpassungen im österreichischen Außennetz vorgenommen. Im Jahr 2011 erfolgte die Schließung der Vertretungen in Maskat (Juli 2011), Harare (Dezember 2011) und Zürich (September 2011). Gleichzeitig wurde 2011 in einem Pilotprojekt mit der Wirtschaftskammer Österreich ein gemeinsames Büro in Doha (Katar) errichtet. Im Jahr 2012 wurde die Vertretung in Bogotá (September 2012) geschlossen.

Neben den unmittelbar dem BMiA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich bei seiner weltweiten Präsenz auch auf die Austrian Development Agency (ADA), das Unternehmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, zurückgreifen. 2012 unterhielt die ADA neun Koordinationsbüros im Ausland sowie ein Implementierungsbüro für EU-finanzierte Projekte in Belgrad. Dazu kommen weiters das Österreich-Institut (ÖI), welches seit 1997 an neun Orten außerhalb Österreichs Deutschkurse durchführt, sowie anderweitige Vertretungen (z.B. OECD-Vertretung in Paris), die nicht dem Ressortbereich des BMiA angehören.

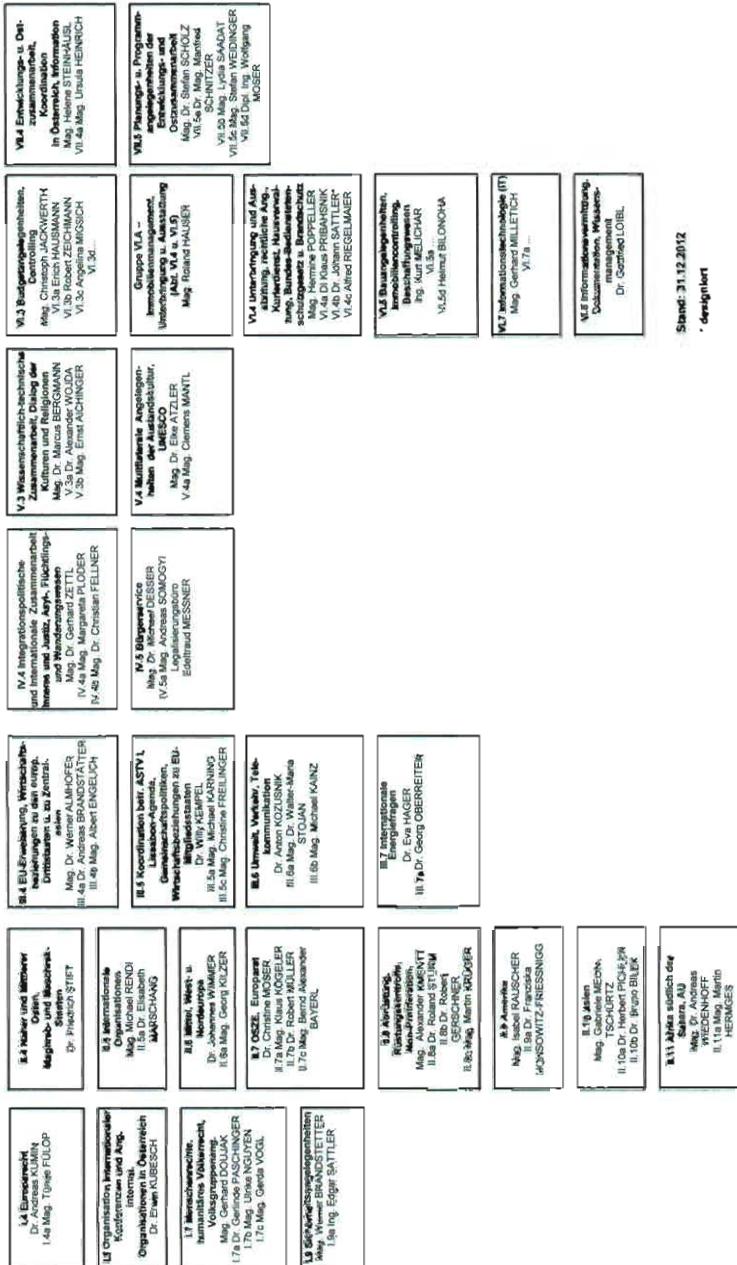
Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch rund 300 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

Der Österreichische Auswärtige Dienst



17.6. Organigramm

Organigramm



*Der Österreichische Auswärtige Dienst***17.7. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Ferdinand MAULTASCHL
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Florian RAUNIG
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Mag. Aloisia WÖRGETTER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	DDr. Robert ZISCHG
ASERBAIDSCHAN Georgien	ÖB Baku	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	MMag. Dr. Gudrun GRAF
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neu- guinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Helmut BÖCK
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Karl SCHRAMEK
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Mag. Dr. Donatus KÖCK
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Mag. Marianne FELDMANN
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Gerhard REIWEGER
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Dorothea AUER
CHINA Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Mag. Dr. Irene GINER-REICHL Mag. Gerhard MAYNHARDT Michael HEINZ
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	vakant
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Dr. Ralph SCHEIDE Dr. Ingrid PECH
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Renate KOBLER
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Elisabeth KEHRER**
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Ursula PLASSNIK Mag. Wolfgang STROHMEYER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Mag. Melitta SCHUBERT

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
 ** designiert

Osterreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Emil BRIX Mag. Elisabeth KÖGLER
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Alfons KLOSS
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	vakant
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Andreas KARABACZEK
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Thomas BUCHSBAUM
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Thomas NADER
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Dr. Franz KUGLITSCH
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Christian BERLAKOVITS Mag. Christoph MERAN Mag. Sigrid BERKA
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Bernhard ZIMBURG
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Mag. Astrid HARZ
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Arno RIEDEL
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Dr. Wolfgang BANYAI
KATAR	ÖB Doha	Mag. Roland HAUSER (mit Sitz in Wien)
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Somalia, Tansania, Sambia, Malawi	ÖB Nairobi	Mag. Christian HASENBICHLER
KOREA DVR Korea	ÖB Seoul	Dr. Josef MÜLLNER
KOSOVO	ÖB Pristina	Dr. Johann BRIEGER
KROATIEN	ÖB Agram*	Mag. Andrea IKIC-BÖHM
KUBA	ÖB Havanna	Mag. Andreas RENDL
KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Ulrich FRANK
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Stefan PEHRINGER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum
 ** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

LIBANON	ÖB Beirut	Mag. Ursula FAHRINGER
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Franz HÖRLBERGER
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Helmut KOLLER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Thomas OBERREITER
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Andrea WICKE
MALTA	ÖB Valletta	DDr. Petra SCHNEEBAUER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Thomas Michael BAIER
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panamá	ÖB Mexiko*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Mag. Martin PAMMER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Werner DRUML
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, Togo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Dr. Joachim ÖPPINGER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Thomas WUNDERBALDINGER
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Mag. Axel WECH
PERU Bolivien, Kolumbien, Ecuador	ÖB Lima	Dr. Andreas MELAN
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Mag. Wilhelm DONKO
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Herbert KRAUSS Mag. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER Mag. Christophe CESKA
PORTRUGAL Kap Verde	ÖB Lissabon	Mag. Bernhard WRABETZ
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Michael SCHWARZINGER
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau*	Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER
- Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum -- designiert		

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

SAUDI-ARABIEN Oman, Jemen	ÖB Riyadh	Mag. Gregor KÖSSLER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag. Dr. Ulrike TILLY
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Mag. Jürgen MEINDL
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DEISS
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Dr. Johannes EIGNER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Markus WUKETICH
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Clemens KOJA
SPANIEN Andorra	ÖB Madrid*	Dr. Rudolf LENNKH
SÜDAFRIKA Botswana, Lesotho, Madagas- kar, Mauritius, Namibia, Swasiland, Simbabwe, Mosambik, Angola	ÖB Pretoria	Mag. Brigitte ÖPPINGER- WALCHSHOFER**
SYRIEN	ÖB Damaskus	Mag. Isabel RAUSCHER**
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Gerhard WEINBERGER
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Klaus WÖLFER Paul JENEWEIN Mag. Doris DANLER
UKRAINE	ÖB Kiew*	Mag. Wolf-Dietrich HEIM
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Michael ZIMMERMANN Dr. Susanne BACHFISCHER

* Bilaterale Berufsvertretungsbüros mit Kulturfarmus
** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

VENEZUELA	ÖB Caracas	Mag. Gerhard MAYER
Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago, Niederländische Karibikinseln (Aruba, Bonaire, Curacao, Saba, Sint Eustatius und Sint Maarten)		
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Mag. Peter ELSNER-MACKAY
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Hans Peter MANZ Mag. Thomas SCHNÖLL Mag. Karin PROIDL Dr. Ernst-Peter BREZOVSZKY Mag. Andreas STADLER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Georg HEINDL
ZYPERN	ÖB Nicosia	Dr. Karl MÜLLER
Armenien, Usbekistan	ÖB Süd-kaukasien (mit Sitz in Wien)	Dr. Alois KRAUT
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Mag. Dr. Arthur WINKLER-HERMADEN
Ständige Vertretung bei den VN in New York		Dr. Martin SAJDIK
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf		Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien		Dr. Christine STIX-HACKL
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel		Mag. Walter GRAHAMMER
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg		Dr. Thomas HAJNOCZI
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien		Mag. Christine MOSER
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dr. Ursula PLASSNIK
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag		Dr. Werner DRUML
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel		Dr. Karl SCHRAMEK
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest		Dr. Michael ZIMMERMANN
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid		Dr. Rudolf LENNKH
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi		Mag. Christian HASENBICHLER

Exkurs: Die Diplomatische Akademie

ÖB Chisinau (Moldau)	Koordinationsbüro der Austrian Development Agency (ADA)
ÖB Singapur (Singapur)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)	Zweigbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)	Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWFJ
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	untersteht dem BKA

Stand: 31.12.2012

* bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

17.8. Exkurs: Die Diplomatische Akademie

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (DA) ist die älteste Schule ihrer Art. Sie wurde nach ihrer Schließung während des 2. Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

In das Berichtsjahr 2012 fallen folgende Lehrgänge:

Lehrgang	Anzahl der TeilnehmerInnen	Davon ÖsterreichischeInnen
48. Diplomlehrgang	28 (erfolgreicher Abschluss)	13
49. Diplomlehrgang	23	12
15. Master of Advanced International Studies (MAIS)-Lehrgang; Durchführung gemeinsam mit der Universität Wien	44 (erfolgreicher Abschluss)	15
16. MAIS-Lehrgang	63	17
17. MAIS-Lehrgang	64	15
4. Lehrgang Master of Science in Environmental Technology and International Affairs (ETIA); Durchführung gemeinsam mit der Technischen Universität Wien	14 (erfolgreicher Abschluss)	9
5. ETIA-Lehrgang	23	8
6. ETIA-Lehrgang	23	10

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Im Studienjahr 2012/13 studieren insgesamt 173 StudentInnen aus 50 Ländern an der DA.

Im Zuge des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** (Executive Training Programmes) fanden Spezialkurse, vor allem für DiplomatInnen und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus folgenden Ländern bzw. Ländergruppen statt: Südosteuropa, Donauraum, Schwarzmeerregion, Kasachstan, Karibik, Libyen und Naher Osten. Des Weiteren wurden von der DA Trainingsmodule für DiplomatInnen und Administrationskräfte in Serbien und andere Seminare durchgeführt, wie z.B. für die OSZE, das European Patent Office und die Regional School of Public Administration aus Montenegro. Darüber hinaus wurde für Berufstätige ein Verhandlungstraining angeboten.

Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 69 TeilnehmerInnen aus 32 Ländern besucht. Weiters wurden **Sommerschulen** für das European Studies Institute der MGIMO Universität (Moskau) und die Freie Universität Brüssel organisiert.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** fanden rund 100 öffentliche Veranstaltungen an der DA statt, darunter Vorträge und Podiumsdiskussionen mit dem Präsidenten Boliviens, Ministern unter anderem aus Österreich, Andorra, Belgien, Kosovo und der Autonomen Irakischen Region Kurdistan, zahlreichen BotschafterInnen, Vertretern der EU, dem Generalsekretär der OSZE, dem Lord Chancellor Großbritanniens und dem Hohen Repräsentanten Bosnien und Herzegovinas. Konferenzen fanden u.a. zu den Themen „A changing European Union in a changing world“, „Auf den Spuren Wallenbergs“ und dem Kampf gegen den Menschenhandel statt. Veranstaltungen anlässlich von Jubiläen der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine, Kasachstan, Georgien sowie Vietnam standen ebenfalls am Programm. Das jährlich stattfindende Milton Wolf Seminar on Media and Diplomacy befasste sich mit „Transitions Transformed: Ideas of Information and Democracy Post-2011“. Darüber hinaus wurde die Reihe „Werkstattgespräche“ mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich mit vier Veranstaltungen weitergeführt.

Das 40. Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten unter dem Vorsitz der DA und der Georgetown University, Washington D.C.) fand im September auf Einladung der Azerbaijan Diplomatic Academy in Baku (Aserbaidschan) statt und wurde von etwa 100 TeilnehmerInnen aus fast 60 Ländern besucht.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien** wurden zwei **Favorita Papers** zu den Themen „Nachhaltigkeit fassbar machen: Entropiezunahme als Maß für Nachhaltigkeit“ und „The European Union – A Major International Player? The Common Security and Defence Policy under the Lisbon Treaty“ herausgegeben.

18. Ausgewählte Dokumente

Anmerkung: Bei sämtlichen Reden gilt das gesprochene Wort

18.1. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger, Rede vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, „Die österreichische Außenpolitik heute – europäische und internationale Herausforderungen“. Wien, Parlament, 26. November 2012

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Vorgänger, lieber Wolfgang, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ziemlich genau heute vor einem Jahr habe ich hier im Parlament ebenfalls auf Einladung der ÖGAVN eine Grundsatzrede zur österreichischen Außen- und Europapolitik gehalten.

Letzte Woche habe ich meine grundsätzlichen Überlegungen zur Europapolitik dargelegt.

Heute möchte ich gerne auf einige aktuelle Herausforderungen der Außenpolitik zu sprechen kommen.

1. Der „Arabische Frühling“ und der Nahe Osten

2. Abrüstung

3. Dialog und Menschenrechte

4. Südosteuropa und der Schwarzmeerraum

Viele der Themen und Fragen, die uns über das letzte Jahr beschäftigt haben, sind auch heute noch so aktuell wie damals. In vielem muss ich sagen – leider!

1. Der „Arabische Frühling“ und der Nahe Osten

Auf internationaler Ebene halten uns erneut die Ereignisse im Nahen Osten in Atem. Täglich ereilen uns Bilder des Schreckens, ob aus Syrien oder Gaza und Israel.

Sie führen uns Europäern, die wir seit Jahrzehnten in Frieden leben, klar vor Augen, wie brüchig Stabilität und Sicherheit sein können. Es führen uns aber auch deutlich vor Augen, dass Außenpolitik kein Orchideenthema, kein Expertenthema ist, kein Thema, das uns nur am Rande beschäftigen sollte.

Denn heute ist es genauso wenig wie vor 50 Jahren keine Selbstverständlichkeit, in Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu leben. Vielmehr muss dies tagtäglich neu erarbeitet werden, zuhause, aber ebenso in unserer näheren

Ausgewählte Dokumente

und ferner Nachbarschaft. Außenpolitik ist daher Sicherheitspolitik im weitesten Sinne!

Unser Einsatz im multilateralen Bereich, etwa für Menschenrechte und Abrüstung, unser Engagement am Balkan und im Nahen Osten, sind Investitionen in unsere eigene Sicherheit, in unseren eigenen Wohlstand. Dieses Engagement ist genauso unerlässlich wie unsere Arbeit innerhalb der EU. Denn gerade Österreich als kleineres Land mit einer exportorientierten Wirtschaft muss sich international vernetzen und engagieren. Es kann und darf uns nie gleichgültig sein, was in unserem näheren und weiteren Umfeld geschieht.

Meine Damen und Herren,

Es ist keine zwei Jahre her, da glaubten viele, dass die arabische Welt mit Freiheit und Demokratie nichts anfangen könne. Beginnend mit Tunesien zum Jahreswechsel 2010/2011 schickte sich in der Folge eine ganze Reihe arabischer Länder an, das Gegenteil zu beweisen. Nichts symbolisiert dieses arabische Erwachen und vor allem die damit verbundenen Hoffnungen besser als der Begriff des „Arabischen Frühlings“. Noch ist nicht klar, ob diesem Frühling auch ein nachhaltiger Sommer folgen wird. Noch kann niemand mit Sicherheit sagen, ob die hohen Erwartungen auch tatsächlich eintreffen werden. Ob die letzten regionalen Despoten, so wie in Syrien, bald endgültig der Geschichte angehören und demokratische und tolerante Systeme nachhaltig Wurzeln schlagen können.

Vor wenigen Tagen habe ich in Kairo am 2. Ministertreffen der EU mit der Arabischen Liga teilgenommen. Meine Gespräche und Begegnungen haben mir neuerlich einen Eindruck davon vermittelt, vor welch gewaltigen Herausforderungen die neuen Regierungen des „Arabischen Frühlings“ stehen. Es geht um politische, demokratische und menschenrechtliche Weichenstellungen, nicht zuletzt aber auch um Fortschritte bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Es wäre ein fataler Fehler, würden wir dabei nur zuschauen und uns aufs Schulmeistern reduzieren. Wir müssen uns bei diesem epochalen Umbruch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aktiv einbringen! Wir müssen Unterstützung anbieten, um den Menschen klare Perspektiven anbieten zu können. Nur so können wir den radikalen Alternativen die Attraktivität nehmen, ihnen den Nährboden entziehen.

Die Umwälzungen im arabischen Raum führen uns vor Augen: Europa ist keine abgeschottete Insel. Revolutionen und Instabilitäten in unserer weiteren Nachbarschaft haben auch auf uns direkte Auswirkungen. Da gilt es sich zu engagieren, zu einer Stabilisierung der Region beizutragen. Bilateral und im Verbund der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren,

In Syrien spielt sich vor unseren Augen eine Tragödie ab. Bürgerkrieg, über 40.000 Todesopfer, 400.000 Flüchtlinge in den Nachbarstaaten und noch

Ausgewählte Dokumente

immer ist kein Ende der Kämpfe abzusehen. Im Gegenteil: Der Kampf wird immer brutaler. Die Hauptopfer bringt wieder einmal die Zivilbevölkerung.

Das Schicksal der Menschen lässt uns nicht kalt. Wir haben daher, bilateral und im Rahmen der EU, unsere humanitäre Hilfe kräftig aufgestockt. Das ist aber letztlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Unser Ziel ist und bleibt das Ende der Kampfhandlungen und eine Ablöse von Präsident Assad. Gerade vor dem Hintergrund der menschlichen Tragödie, die sich in Syrien abspielt, ist die anhaltende Blockade des UNO-Sicherheitsrats durch Russland und China unverständlich. Russland und China sollten ihrer Verantwortung im Sicherheitsrat endlich gerecht werden und es der internationalen Gemeinschaft ermöglichen, sich geschlossen zur Befriedung des Landes einzubringen.

Gleichzeitig muss für den Tag nach Assad vorgebaut werden. Die Bildung einer neuen breit aufgestellten Oppositionskoalition ist ein ermutigendes Zeichen. Wir hoffen, dass sich hier wirklich eine alle Gruppen umfassende glaubhafte demokratische Alternative zum jetzigen Regime herausbildet, die den Menschen in Syrien eine gemeinsame Zukunftsvision für den Tag nach dem Sturz Assads bieten kann. Denn eines muss uns allen klar sein: Eine Opposition zu Assad wird nur dann Erfolg haben, wenn sich alle gesellschaftlichen Kräfte Syriens in ihr wiederfinden. Das heißt konkret, dass sich auch Kurden, Christen und Alaviten in ihr vertreten fühlen müssen.

Und ich erwarte auch, dass die syrische Opposition die Achtung universeller Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz glaubwürdig an die Spitze ihrer Agenda stellt. Nur dann kann es gelingen, ein pluralistisches Syrien, in dem nicht eine Minderheit gegen die andere ausgespielt wird, zu erhalten.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund auch eines ganz klar feststellen: Österreich wird sich weiter dafür einsetzen, dass all diejenigen Kräfte, die sich in Syrien Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig machen, vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden. Und zwar unabhängig davon, auf welcher Seite sie begangen wurden!

Meine Damen und Herren,

Dieser Tage hat sich uns auch der ungelöste Konflikt zwischen Israel und Palästina grausam in Erinnerung gerufen.

Die Raketenangriffe auf Israel ebenso wie das Bombardement Gazas gaben ein trauriges Zeugnis davon, dass wir in den 20 Jahren seit den Verträgen von Oslo so gut wie keinen Fortschritt erreicht haben. Der Stillstand im Nahostfriedensprozess rächt sich bitter. So mancher stellt sich bereits die Frage, ob die Zwei-Staaten-Lösung aufgrund des fortduernden israelischen Siedlungsbaus überhaupt noch möglich und ob es nicht ehrlicher wäre, sich das endgültige Scheitern des Nahost-Friedensprozesses einzustehen.

Ausgewählte Dokumente

So weit dürfen wir es nicht kommen lassen! Ich erwarte mir, dass die wieder gewählte US-Administration gemeinsam mit der EU einen neuen Anlauf unternimmt, um den Stillstand im Nahen Osten zu überwinden und eine neue diplomatische Perspektive aufzuzeigen.

In drei Tagen kommt in der UNO-Generalversammlung zur Abstimmung, ob Palästina der Status eines Nicht-Mitglied-Staates zuerkannt werden soll.

Ich sehe dies als einen Verzweiflungsakt der palästinensischen Autonomiebehörde, die ihrem Volk keine Zukunftsperspektive mehr anbieten kann.

Viel ist darüber schon gesprochen worden. Über das Ergebnis der Abstimmung gibt es wohl keinen Zweifel. Offen bleibt, ob diese Abstimmung als Anlass zur völligen Beerdigung des Nahostfriedensprozesses genommen oder nicht doch als Chance für einen Neuanfang genutzt wird.

Wenn Präsident Abbas sagt, es gäbe nach Annahme der Resolution keine Vorbedingung mehr zum Beginn von Verhandlungen – nicht einmal ein Einrufen des Siedlungsbaus – so sollte er beim Wort genommen werden.

Aber auch Israel muss seinen aufrichtigen Willen für ernsthafte Friedensverhandlungen unter Beweis stellen. Verhandlungen um der Verhandlungen willen bringen niemanden weiter. Alle Beteiligten wissen, wie die Lösung aussieht. Jetzt muss endlich der politische Wille sichergestellt werden, dorthin zu gelangen.

Die jüngsten Schreckensbilder aus Gaza und Israel sollten für alle ein Weckruf sein.

Mit Gewalt sind die Probleme im Nahen Osten nicht zu lösen. Jeder Versuch, Gewalt allein mit Gewalt zu bekämpfen, wird scheitern. Ich würde mir wünschen, dass beide Seiten die grundlegenden Veränderungen, die derzeit in der Region im Gange sind, als Möglichkeit sehen, neue Wege zu beschreiten, um diesen schon so lange brodelnden Konflikt endlich beizulegen. Beide Seiten, Israelis und Palästinenser, tragen Verantwortung für eine friedliche Zukunft ihrer künftigen Generationen.

Die internationale Staatengemeinschaft kann keinen Frieden oktroyieren. Was sie aber sehr wohl kann, ist Druck auf beide Seiten auszuüben, sich ehrlich und guten Willens in einem neuen Anlauf zu engagieren. Ich weiß, die EU steht bereit dazu. Ich hoffe, dass auch die USA ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale werfen werden, um die Negativspirale umzukehren.

Es steht außer Frage, dass Israel das Recht hat, in Sicherheit zu leben. Das betrifft die tägliche Bedrohung durch Raketenbeschuss ebenso wie die Gefahr eines iranischen Atomwaffenprogramms. Hier ist die EU, vertreten durch Catherine Ashton, innerhalb der E3+3 weiterhin die treibende Kraft in den Vermittlungsbemühungen. Mit den Sanktionen der EU haben wir ihr ein Druckmittel zur Seite gestellt, das bereits Wirkung zeigt. Wir müssen diesen Druck aufrechterhalten, um die iranische Seite zum Einlenken zu bringen.

Ausgewählte Dokumente

Wenn der Iran wirklich kein Atomwaffenprogramm hat oder entwickeln will, so kann er doch nichts gegen entsprechende Beschränkungen und Kontrollen seines zivilen Programms haben. Der Iran muss endlich einen Offenbarungseid leisten. Nach der Wiederwahl von US-Präsident Obama ist ein Mondfenster gegeben, das er nicht ungenutzt zugehen lassen sollte.

2. Abrüstung

Meine Damen und Herren,

Weiterhin scheinen sich die meisten der irrgen Meinung hinzugeben, dass mehr Waffen mehr Sicherheit bedeuten. Die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um eine Zone im Nahen und Mittleren Osten frei von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen kommen daher nicht vom Fleck.

Hier braucht es Mut und politischen Weitblick. Ich schlage vor, einen völlig neuen, innovativen Weg einzuschlagen: Warum schaffen wir nicht ein kollektives Sicherheitssystem, eine Art OSZE für den Nahen Osten? Eine solche multilaterale Struktur würde wohl die nachhaltigste Form der Sicherheit für Israel und die gesamte Region mit sich bringen. Was zwischen den verfeindeten Blöcken im Kalten Krieg möglich war, müsste doch auch im Nahen Osten gelingen können. Dieses System könnte dabei auf dem Arabischen Friedensplan aufbauen. Im Gegenzug für einen Friedensschluss Israels mit den Palästinensern, würden die arabischen Staaten die völlige Normalisierung ihrer Beziehungen mit Israel in Aussicht stellen.

Was kollektive Sicherheit und Abrüstung anlangt, sollten wir in Europa aber ebenfalls einen Schritt weiter- und mit gutem Beispiel vorangehen. Denn auch wir leben weiter unter dem Damoklesschwert der ständigen Bedrohung durch Nuklearwaffen. Wir verdrängen das oft, aber diese Waffen sind in nächster Nähe von uns. Etwa in unserem Nachbarland Deutschland. Nur weil Österreich ein neutrales Land ist, heißt das nicht, dass wir nicht von den Folgen betroffen wären.

Haben wir uns mit der Existenz von Atomwaffen und der von ihnen ausgehenden Bedrohung abgefunden? Sind Atomwaffen unser unabwendbares Schicksal?

Ich sage klar nein dazu!

Alle Nuklearwaffenstaaten haben sich für das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen ausgesprochen. In der Theorie zumindest. Nehmen wir sie doch bei ihrem Wort.

Beginnen wir doch mit der Abschaffung der Atomwaffen in Europa. Dies wäre eine immense vertrauensbildende Maßnahme auf unserem Kontinent. Die Zeiten des Kalten Krieges sind schließlich vorbei. Das sollte sich doch endlich auch in den Militärdoktrinen widerspiegeln.

Ausgewählte Dokumente

Ob NATO, neutral oder Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit: wenn man die Menschen in Europa fragen würde, habe ich keinen Zweifel, dass sie diese Idee unterstützen.

Aber es fragt sie niemand. Wir folgen weiter dem Dogma der nuklearen Abschreckung. Es fragt sich nur gegen wen?

Ist ein Europa oder eine Welt ohne Atomwaffen, eine reine Utopie? Mitnichten! Wir müssen es nur wollen. Und entsprechend handeln.

Schon als Österreich mit Mitstreitern die Ächtung von inhumanen Waffensystemen wie Anti-Personenminen oder später von Streumunition betrieben hat, wurden wir anfangs milde belächelt.

Und heute? Heute sind bei den Anti-Personenminen bereits über 80 % der Staaten weltweit Partei des Abkommens und bei der viel jüngeren und aufgrund der Zerstörung von Beständen schwerer umsetzbaren Streumunitionskonvention immerhin bereits fast die Hälfte. Tendenz steigend.

Vor kurzem ist uns in diesem Zusammenhang ein weiterer Erfolg gelungen: Die Annahme einer gemeinsam mit Mexiko und Norwegen initiierten Resolution zur Dynamisierung der multilateralen nuklearen Abrüstungsverhandlungen durch die Generalversammlung der UNO. Damit erwarten wir ab 2013 im Bereich der Kernwaffen ernsthafte Abrüstungsverhandlungen auf globaler Ebene in Bewegung setzen zu können.

Eine ähnliche Dynamik wollen wir auch mit den Kernwaffen erreichen.

Österreich hat sich im Laufe der Jahre durch seine Hartnäckigkeit und Glaubwürdigkeit ein starkes Profil in den Bereichen Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen erarbeitet. Ich verspreche Ihnen, dass sich Österreich weiterhin mit Hartnäckigkeit und Konsequenz in diesem Bereich engagieren wird!

3. Dialog und Menschenrechte

Meine Damen und Herren,

Wir sind stolz, dass Österreich heute Sitz zahlreicher internationaler Organisationen ist, allen voran natürlich die UNO.

Heute Abend wird in Wien eine weitere Organisation mit einem Festakt in der Hofburg offiziell eröffnet: das „Internationale König Abdullah Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog“. Das Dialogzentrum wird als Plattform des Austauschs und der Vernetzung für Vertreter der Religionen, der Zivilgesellschaft, der Universitäten, von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen und Experten dienen. Dieses Projekt, zu dem ich mich voll bekenne, ist von großer Tragweite. Denn ein institutionalisierter Dialog der Weltreligionen kann einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Lösung von Konflikten liefern. Es ist kein Zufall, dass dieses Zentrum hier in Wien, in Österreich, eingerichtet wird und ich denke, dass es hier genau am richtigen Ort steht.

Ausgewählte Dokumente

Das Dialogzentrum ist die logische Fortsetzung der vielen Initiativen zum interkulturellen und interreligiösen Dialog auf, die in der Tradition von Kardinal König und Alois Mock stehen. Sie haben zum Ziel, das gegenseitige Verständnis und den Respekt füreinander zu fördern. Sie sind die Basis für jedes gedeihliche und friedliche Miteinander auf unserem Planeten. Auch mit der Ausrichtung des Gipfeltreffens der Allianz der Zivilisationen Ende Februar 2013 in Wien führen wir diese Tradition konsequent fort.

In die gleiche Kerbe schlägt unser weltweiter Einsatz für Menschenrechte. Ohne Schutz und die Durchsetzung der Menschenrechte, ohne Respekt der Würde jedes Menschen ist eine demokratische und damit letztendlich nachhaltige Entwicklung der Menschheit nicht denkbar.

Dafür engagieren wir uns derzeit auch im UNO-Menschenrechtsrat. Dieser hat eine viel zentralere Rolle als man denken mag. Das hat sich etwa im Fall von Libyen und Syrien gezeigt: In beiden Fällen hat der Rat rasch und klar Position bezogen und Untersuchungskommissionen eingerichtet, die Menschenrechtsverletzungen nachgehen und konkrete Vorschläge zu deren Aufarbeitung unterbreiten sollen.

Unsere Mitgliedschaft in den nächsten zwei Jahren, bis Ende 2014, wollen wir dazu nutzen, um bei einigen Schwerpunktthemen konkrete Fortschritte zu erzielen. Diese sind der Schutz der Religionsfreiheit und religiöser Minderheiten, die Förderung der Medienfreiheit und der Schutz von Journalisten sowie die Förderung der Rechte von Kindern und deren Schutz vor Gewalt und Ausbeutung.

Gerade der Schutz vor religiöser Intoleranz und Gewalt gegen religiöse Minderheiten – nicht zuletzt gegen Christen – ist mir ein persönliches Herzensanliegen, das ich auch bei meinen Auslandsreisen offen anspreche. Ich habe die Religionsfreiheit auch im Rahmen der EU zum Thema gemacht und erreicht, dass die EU im Rahmen ihres Menschenrechtspaketes auch einen Aktionsplan zur Glaubensfreiheit angenommen hat. Das Thema Religionsfreiheit ist damit endgültig in der Menschenrechtspolitik der EU angekommen.

Meine Damen und Herren,

Österreich ist traditionell ein Land, das stark im multilateralen Kontext denkt und handelt. Gerade in diesem Bereich boxen wir über unserer Gewichtsklasse und gestalten mit, indem wir in Schlüsselpositionen im UN-System vertreten sind. Nach dem UNO-Sicherheitsrat sind wir nun bis 2014 im Menschenrechtsrat und bis 2015 im UNESCO-Exekutivrat vertreten. Zusätzlich wird Österreich von November 2013 bis Mai 2014 den Vorsitz im Europarat innehaben.

Österreichische Außenpolitik heute bedeutet auch Mitbestimmung und Mitverantwortung für eine europäische Außenpolitik.

Ausgewählte Dokumente

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union war zwar primär eine Anerkennung für die historische Rolle der europäischen Einigung für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Ich sehe ihn aber auch als Anerkennung der Bedeutung, die Europa für den Rest der Menschheit hat. Denn die EU hat sich zu einem Exporteur von Stabilität und Frieden entwickelt, die weit über ihre Grenzen hinaus wirksam ist.

Diese Auszeichnung soll uns daher Ansporn sein, weiter über unseren Tellerrand zu schauen. Mit einer Vogel-Strauß-Politik oder einer Trittbrettfahrer-Mentalität werden wir unsere eigene Sicherheit in einer globalisierten Welt nicht gewährleistet können.

Österreich beteiligt sich daher aus eigenem Interesse aktiv am europäischen Krisenmanagement und ist am Balkan und im Nahen Osten stark engagiert. Ich möchte den derzeit fast 1.500 österreichischen Soldatinnen und Soldaten, den Polizistinnen und Polizisten und unseren zivilen Beamten dafür danken, dass sie im Namen der Sicherung des Friedens, oft unter schwierigsten Bedingungen, auf der ganzen Welt im Einsatz sind.

Trotz des gegebenen Sparzwangs können wir es uns nicht leisten hier nachzulassen. Wir werden, insbesondere in unserer Nachbarschaft, so lange wie nötig engagiert bleiben, sei es am Westbalkan, im Nahen Osten, im Kaukasus oder selbst in Afrika. Österreich wird auch weiterhin seinen Beitrag leisten – zum Wohle der Österreicherinnen und Österreicher.

4. Südosteuropa und der Schwarzmeerraum

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unser aktives Engagement am Westlichen Balkan ist und bleibt ein Kern unserer Außenpolitik. Die Heranführung an die EU hat sich dabei – wie das kroatische aber auch montenegrinische Beispiel zeigt – als wichtigstes Instrument unseres stabilitätspolitischen Handelns bestätigt. Für uns ist die EU-Mitgliedschaft der gesamten Region daher nie bloß ein Lippenbekenntnis. Wir werden uns auch weiterhin mit allen Mitteln als Freund und Fürsprecher für die Region einsetzen.

Wir haben gerade begonnen, in Brüssel die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu diskutieren. Wir stehen in der EU vor einigen schwierigen Entscheidungen. Österreich wird mit klaren Positionen und Zielsetzungen in diese Gespräche hineingehen und sich mit Nachdruck um positive Entscheidungen bemühen.

Ich werde diese Woche erneut nach Tirana reisen, um dort an den Feierlichkeiten des 100-jährigen Bestehens Albaniens teilzunehmen. Albanien hat in den letzten Jahren beeindruckende Fortschritte erzielt, dennoch bleibt noch einiges zu tun – insbesondere beim Kampf gegen die Korruption und bei der Reform des Justizsystems. Es wäre ein bedeutsames Signal, wenn dieses so lange von Europa abgeschottete Land als Anerkennung der enormen Anstrengungen, den Status eines Beitrittskandidaten erhalten würde. Wir werden

Ausgewählte Dokumente

uns jedenfalls für eine Verleihung dieses Status einsetzen, und hoffen, dass wir zusammen mit skeptischeren EU-Partnerstaaten eine Lösung finden, die bestehenden Bedenken Rechnung trägt, aber zugleich auch Ansporn für weitere Reformarbeit in Albanien darstellt.

Die Kommission hat nun schon zum vierten Mal empfohlen, mit Mazedonien Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Jedes Mal wurde der Beschluss wegen eines 20 Jahre alten Streits um den Staatsnamen blockiert. Es kann doch nicht sein, dass wir es in Europa nicht schaffen, in dieser Frage endlich einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden! Bilaterale oder regionale Zwistigkeiten dürfen nicht den EU-Integrationsprozess blockieren. Ich sage deshalb ein klares „Ja“ zur Empfehlung der Kommission, die Beitrittsverhandlungen unter dem provisorischen Namen „FYROM“ zu beginnen und die endgültige Namenslösung in einem frühen Stadium der Beitrittsverhandlungen anzustreben.

Ende dieser Woche werde ich auch Serbien besuchen. Sowohl Belgrad als auch Pristina muss klar sein, dass es ohne eine glaubwürdige Normalisierung der Beziehung zwischen Kosovo und Serbien keine Fortschritte bei ihrer EU-Annäherung geben wird. Ich bin zuversichtlich, dass der von Cathy Ashton geführte Dialog der richtige Ansatz dafür ist. Er kann den Weg für Serbien in Richtung Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen ebnen. Das ist ein Ziel, das wir ebenfalls voll unterstützen.

Ein offenes Wort zu Bosnien und Herzegowina: Bei meinem letzten Besuch im Mai habe ich erneut das Verlangen und die Bereitschaft vor allem der jungen Menschen gespürt, ein Teil des gemeinsamen Europa zu sein. Die Entwicklungen der letzten Monate waren leider enttäuschend. Ich würde mir wünschen, dass sich die politisch Verantwortlichen mit derselben Kraft der europäischen Zukunft des Landes verschreiben, wie sie sich dem Kampf um Macht und persönlichen Einfluss widmen. Bosnien gehört in die EU. Der Weg dahin mag zwar steinig sein, ist aber zu bewältigen. Die Menschen in Bosnien und Herzegowina haben das verstanden. Wir warten darauf, dass auch die politische Klasse dies versteht und sich endlich an die Arbeit macht.

Die logische Fortsetzung unseres Engagements am Balkan sind unsere Initiativen in der Donau- und Schwarzmeerregion. Die von uns angestoßene EU Strategie für den Donauraum wird mittlerweile von 14 Staaten, darunter auch einige Nicht-EU-Länder, umgesetzt. Allein in Österreich sind bereits beeindruckende 275 Projekte geplant, vorgelegt oder umgesetzt worden. Der Mehrwert steht für uns außer Zweifel: verstärkte Vernetzung und Anbindung Österreichs an eine Wachstumsregion und die verstärkte Positionierung Österreichs als Akteur in Südosteuropa.

Wir haben daher beim Außenministertreffen am 22. Oktober in Sankt Pölten gemeinsam eine klare Richtung vorgegeben: Wir wollen, dass die Donauraumstrategie in allen EU-Programmen als eine konstante EU-Politik für die-

Ausgewählte Dokumente

sen Raum konsequent umgesetzt wird, um das Potential der Donauregion verstärkt freizusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die österreichische Außenpolitik hat ihre traditionellen Interessens- und Schwerpunktgebiete. Einige davon habe ich heute angesprochen. Viele weitere, wie etwa unser Engagement in der Östlichen Partnerschaft, unsere gewachsenen Beziehungen zu Ukraine und Russland oder etwa unser Engagement für den Sudan konnte ich schon aus Zeitgründen nicht anführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die internationale Politik ist täglich mit neuen, komplexen Herausforderungen konfrontiert, mit denen wir umgehen müssen. Nicht auf alle diese Fragen und Herausforderungen gibt es immer gleich eine gute Antwort. Außenpolitik ist so wie jedes andere Politikfeld die Kunst des Möglichen. Das Mögliche ist dann oft viel weniger als das Wünschenswerte. Das mag oft enttäuschend sein.

Die österreichische Außen- und Europapolitik setzt Tag für Tag einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Energie dafür ein, die Grenzen des Möglichen stückchenweise zu erweitern in Richtung einer Welt, die unseren Wünschen etwas besser entspricht als die oft nicht besonders schöne Realität. Wir Österreicher sind ein positiver, aktiver und engagierter Teil der Weltgemeinschaft. Das werden wir weiter so halten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

- 18.2. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede in der JFK School of Government,
Harvard University,
„Responding to European and international challenges:
Austria's foreign policy“.
Harvard, 24. September 2012 (nur englisch)**

Mr. Executive Dean,
Excellencies,
Dear students,
Ladies and gentlemen,

It is a great pleasure and honour for me to speak to you today, here at the John F. Kennedy School of Government at Harvard University. The name of President Kennedy will forever be linked to Austrian Foreign policy. It was the legendary summit in June 1961, when the newly elected John F. Kennedy met Nikita Khrushchev in Vienna. This summit reinstated Vienna as a platform for peace and dialogue, two goals Austria is pursuing ever since with diligence and passion.

Ausgewählte Dokumente

In the country of opportunity, you know better than anybody else that opportunity is often borne out of challenge.

Already in the past Austrian foreign policy tried to live up to the challenges it was facing by turning them into opportunities.

After the end of the Second World War, Austria was – like Germany – occupied by foreign forces including the Soviet Union. The price for the withdrawal of the Red Army was our declaration of **neutrality** in 1955.

But we interpreted our neutrality not as neutralism. Directly neighbouring the former Eastern Bloc and facing the Iron Curtain we embedded ourselves into the **Western world**, without severing our relations with the East. Austria recognized that the challenging place history had assigned it also bore some opportunities.

Vienna became a meeting place during the Cold War culminating in becoming the third headquarter of the UN and numerous other international organizations.

Austria also – unlike Switzerland – interpreted its neutrality as an active one. We became a member of the **United Nations** right away in 1955, participated soon thereafter in UN peacekeeping missions and have ever since been continuously and actively involved in the organization's work. Since 1960, more than 90,000 Austrians have served in UN peacekeeping missions all over the world. Currently, we are participating in six UN missions, our priority being the Middle East, The Golan heights and Lebanon. Austria learned to appreciate a strong and effective multilateral system which remains to date a pillar of our foreign policy.

The fall of the Berlin Wall changed the political environment in Europe again dramatically. The challenge was to adapt rapidly to the new realities. With joining the **European Communities** only a few years later in 1995 Austria firmly anchored itself in a zone of stability, security, freedom and growth, positioning itself well for the opportunities offered of a re-uniting Europe culminating in the European enlargement rounds of 2004 and 2007.

Austria returned – from a position of periphery during the Cold War – to the **centre** of the European continent. The continued enlargement of the European Union is in our very interest. Besides the transformative powers to the acceding societies and the economic benefits, we must not forget that the European Union was and is – above all – a **peace project**.

Ladies and Gentlemen,

Challenges never cease. Today it is globalisation and the European financial crisis. What can a small country like Austria contribute to fundamental European and global issues?

Obviously, there are limits to what Austria can do. However, being small does not mean being without resources.

Ausgewählte Dokumente

Austria is – in relative terms – one of the wealthiest countries in the EU and the world. It places 3rd in the EU and 8th in the world in GDP per capita. Austria has the lowest unemployment and the lowest youth unemployment rate in the EU. Austria disposes of excellent infrastructure, high-skilled workers, a well-developed R&D sector and a stable social and economic framework.

Austria benefited enormously from its accession to the European Union. For the last ten years, Austria has significantly outperformed the EU average growth and this trend continues in 2012. Austria is one of the 11 net contributors to the EU budget. Austria has been able to establish itself as an important investor in the Central, Eastern and South-Eastern Europe, continuously looking to new frontiers:

- Austria is the biggest foreign direct investor and played a pioneering role in Croatia, Serbia, Bosnia and Herzegovina and Macedonia.
- For the last 3 years, 2009 through 2011, Austria has been the single biggest direct investor in Turkey – whose population is about 10 times higher than the Austrian.

Thus, Austria may be small, but in economic terms, in terms of the resources the country and its population provide, it outperforms many a country of bigger size.

Ladies and Gentlemen,

Our experience within the UN and the EU confirm to us that small states can punch above their weight in the multilateral environment. They can be a player when they act as confidence builders, as mediators, as advocates of dialogue and as defenders of international law. Small states pursue less geo-strategic goals and are more credible as impartial brokers.

Yet we are not acting in a void. Being a committed and active member of the European Union adds a specific angle to our foreign policy. During the last 15 years, the EU Member States have gradually stepped up their cooperation on international issues and have created a genuinely **European Foreign and Security Policy** Cooperation. Austria nowadays puts its foreign policy efforts to a large degree to the service of a European Foreign Policy. We send our experts and diplomats to join the new **European External Action Service** (EEAS). We co-shape European foreign policy decisions. These are taken by unanimity, our voice counting as much as Germany's which has a population ten times larger than the Austrian.

Admittedly, it is sometimes difficult to find a consensus among the 27 Member States – soon 28 with the accession of Croatia next year. Non-EU-partners sometimes wonder about a European cacophony of voices when the EU fails to unite on a certain issue. However, when speaking with one voice, the European opinion is very powerful.

Ausgewählte Dokumente

Being small you have to be smart, flexible and you have to specialize. Austria concentrates on regions and areas where we have special expertise and interests. These are in particular South-East and Eastern Europe as well as Northern Africa and the Middle East.

The EU-Strategy for the Danube Region was designed on the basis of an Austrian and Romanian initiative. The Strategy will provide us with better possibilities to fully benefit from the region's growth potential. Austria is also working on closer ties with the countries of the Black Sea Region.

Equally, Austria is a proud champion of „soft issues“.

The experience of the Cold War has made Austria very sensitive to the threat vast nuclear arsenals constitute for the family of nations. Consequently, Austria has been a long-standing supporter of nuclear **non-proliferation and disarmament**. Austria is also in the vanguard in the conventional disarmament, be it in banning landmines or cluster ammunition and in fighting the illicit trade of small arms and light weapons.

Austria is also proud to be in the first line of defenders of **Human Rights** and the **Rule of Law**. For us these are the very basic prerequisites for democracy, stability and sustainable development. Austria is setting high standards to itself but also to others. With like-minded partners we are pursuing our goal vigorously, currently also on the UN Human Rights Council (2011–14) or in our upcoming chairmanship of the Council of Europe (2013).

Ladies and Gentlemen,

Let me now turn to some very recent and fundamental European and international challenges and illustrate the Austrian and European way of tackling them.

In our **Southern Neighbourhood**, some Arab countries may be in a long phase of instability; but they could also become part of an enlarged zone of democracy and growth encompassing both shores of the Mediterranean.

The road of transition these countries have chosen so courageously will be very difficult in each and every case and will be marked by setbacks.

Libya, for example, seemed to be on a good track, when suddenly disaster struck. Allow me to express at this occasion my sincere condolences for the murder of Ambassador Christopher Stevens and three of his colleagues in Bengasi two weeks ago. On the day of the killings, I condemned this heinous crime – like so many of my colleagues around the world – and I added: the new Libya which received so much help from the international community during its quest for liberty, must take those responsible for this despicable act to account and prove through actions in the future what the new Libya truly stands for.

But it is our duty and in our self-interest to assist those countries to embrace democratic pluralism, the rule of law and individual freedoms. The EU has

Ausgewählte Dokumente

thus developed a comprehensive approach, encompassing economic, security and democracy support.

Challenges remain, of course, one of the biggest being the situation in **Syria**. After more than 25.000 victims and daily suffering for many more, including 2,5 million Syrians who depend on humanitarian assistance, the international community stands at a crossroad. The UN Security Council is unable to fulfil its responsibility, being blocked by certain powers.

Equally concerning is the situation in **Iran**. The longer Iran is unprepared to give credible assurances that its nuclear program is for peaceful use only, the more the risk of a military strike increases. This risks plunging the entire region neighbouring Europe into disarray. For Austria, there is thus no alternative to a peaceful solution. The sanctions we imposed serve the purpose of changing Iran's attitude on the nuclear issue. Austria and the European Union stand ready to step up the pressure in this respect even more.

Ladies and Gentlemen,

Austria's outstanding economic performance which I referred to before was and is challenged by the **crisis in the Euro zone**.

The Euro is embedded in the Economic and Monetary Union which was designed about 25 years ago. Monetary integration subsequently evolved faster than economic integration. This gap is also one of the reasons for the current crisis. To counter the crisis, the EU has implemented a number of unprecedented policy measures during the last two years, measures of enhanced financial, fiscal and economic cooperation, discipline and solidarity.

The EU has also agreed to a series of significant **Governance Reforms**: in future, Government budgets, by constitutional provisions, will have to be balanced or in surplus. Eurozone members will coordinate more closely on their economic and budgetary policies. European institutions will oversee the budgets and implementation of fiscal policies of member states.

Economic growth will be the key driver to resolving the crisis. Hence, a European „Pact for Growth and Employment“ was adopted at the European Council in June this year.

Structural changes in the Eurozone countries will take their time to be fully realized – currently, crisis countries are expected to see a decline in economic output both this and next year. On the other hand, we see that the massive structural reforms are bearing their first fruits.

Allow me to remark that despite all the negative financial news of these last weeks and months, the euro remained pretty strong, at around 1.29 US dollar / 1 euro. This proves the **resilience** of our currency.

However, the crisis has revealed how insufficient the existing banking supervision is. We must end the vicious circle between sovereign debt and bank debt. There should be a single rule book for financial services. Therefore I

Ausgewählte Dokumente

believe that we need to create a Single European banking supervision, a **Banking Union**.

We need to complete and deepen the EU Single market. This should comprise better regulation, support for small and medium-sized enterprises, and in particular EU funds for job creation. Trade and double-taxation agreements with third countries, including the United States, are also of key importance for progress.

At the same time, national measures are necessary, such as structural reforms, fight against unemployment and modernisation of administration. This includes reforming social policies, in particular health and pension systems. Austria is taking steps in this direction.

Ladies and Gentlemen,

I am deeply convinced that the euro crisis is not putting the future of the European Union at risk. On the contrary, out of what may have been the biggest challenge the European Union had to face so far, an opportunity for an even better and stronger EU may arise. During the last 60 years the EU had to master already a number of serious challenges and mostly came out **stronger in the end**.

The EU is not an accomplished project but rather a continuing integration process. Europe-wide polls confirm the support of European citizens for further unification of Europe. Austria is therefore actively involved in an internal and external debate on how to **create an ever closer Union**.

One week ago, a group of 10 EU foreign ministers, including myself, tabled a plan for the future of Europe. Our absolute priority is, at this stage, to strengthen the Economic and Monetary Union. Nevertheless, once the immediate crisis has been overcome, we must also improve the overall functioning of the EU.

First, we see a need to **improve our institutions** so that the EU can act faster without losing its democratic integrity. The European Commission with its supranational powers should be strengthened so that it can improve its service as the engine of European integration. Within the Council of Ministers, we could extend the scope of decisions that are taken by qualified majority. The European Parliament should boost its democratic visibility by the nomination of a European top candidate by each political group for the next elections to the European Parliament in 2014.

Then, we want Europe to become a **stronger actor on the world stage**. To that end, we propose to strengthen the European External Action Service. We want the EU to act more united in international organizations. And we want more effective relations with our strategic partners, first of all the United States.

I am confident that our proposals will give a new impetus to the European integration process.

Ausgewählte Dokumente

Ladies and Gentlemen,

The US was and is **the crucial strategic partner of the EU**. The EU-US relationship is indeed a unique partnership. The US and the EU account for 60 % of world's GDP. Taking goods and services together, we account for 40 % of world trade and we are still each other's largest foreign investors. The vital nature of this partnership goes far beyond the economic dimension, however. It is a relationship based on a shared understanding of the values we wish to promote and secure. Our combined economic and political power places us at the centre of the international system and gives us a special responsibility. Today's global challenges are challenges we face together – and I am sure we will together be able to find the opportunities therein.

It was here in Boston, and in a few other cities such as Philadelphia, where the Founding Fathers of the United States of America developed their concepts. Their ideas led to reshaping this part and many other parts of the world, including Europe. Without their **vision** and their wisdom the world would have taken a different direction. We need very similar qualities in our days.

Ladies and Gentlemen,

Allow me end by quoting Wolfgang Amadeus Mozart, Austria's most popular artist and composer:

„To talk well and eloquently is a very great art, but an equally great one is to know the right moment to stop.“

I thus prefer to stop here and am looking forward to your questions.

Thank you very much.

**18.3. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede bei der Gedenkveranstaltung
„Umbruch – Aufbruch – Europa“,
Wien, Bundeskanzleramt, 8. Mai 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der 8. und der 9. Mai stehen als stille Zeugen unserer gemeinsamen europäischen Geschichte im Kalender nebeneinander:

Der 8. Mai 1945, Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Tag an dem unser Kontinent nach dem Ende eines schrecklichen Krieges wieder aufatmen konnte – fünf Jahre später – der 9. Mai 1950, mit der Präsentation des Schuman-Plans wird der Grundstein für das Friedensprojekt Europa gelegt und der europäische Gedanke feiert seine Geburtsstunde.

Zwei Tage, die sowohl den Umbruch als auch den Aufbruch unseres Kontinents symbolisieren, das Ende und den Neuanfang.

Ausgewählte Dokumente

Auch wenn die Jahre des Neuanfangs alles andere als einfach waren und von großer Ungewissheit und bitteren Entbehrungen geprägt waren – für ganz Europa und für unser Österreich im Besonderen – das, aufgeteilt in vier Besatzungszonen einer ungewissen Zukunft entgegenblickte:

Denn der wirtschaftliche Wiederaufbau war hart – der Wandel in der Gesellschaft tiefgreifend – und der Weg zur Unabhängigkeit, zur Souveränität und zur Freiheit – die wir erst mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags erlangten – noch lang.

Dennoch markiert der 8. Mai den Umbruch, die Wende – das Ende der Tragödie und den Beginn der Hoffnung. An diesen Hoffnungstag wollen wir uns heute erinnern.

Und wenn einige wenige diesen Anlass heute für ihre Zwecke missbrauchen wollen – um Intoleranz und Zwietracht zu säen und die Menschen in Europa gegeneinander auszuspielen – dann sage ich ganz klar und deutlich: Das brauchen wir nicht! Denn wir brauchen Ideen und Visionen für morgen und kein gestriges Gedankengut im Dunkel des Fackelscheins.

Österreich steht heute fest auf dem Fundament der Rechtstaatlichkeit, der Demokratie, und der Menschenrechte. Wir leben in einer freien Gesellschaft, wo niemand wegen seines Glaubens, seiner Herkunft, oder seiner Meinung verfolgt wird.

Wir leben in einem Land, in dem sich jeder Mann und jede Frau bestmöglich entfalten kann; in einem Land, das den Menschen Chancen bietet, Türen öffnet und die Erreichung ihrer individuellen Ziele ermöglicht.

Wir leben darüber hinaus in einem Europa, das frei von Krieg und Elend ist; das Stabilität garantiert, das Wachstum fördert, Wohlstand bringt und den Frieden sichert.

Das sind große Errungenschaften, auf die wir zu Recht stolz sein können, die wir bewahren müssen, die wir weiterentwickeln und an künftige Generationen weitergeben müssen.

Denn sie sind keineswegs selbstverständlich. Jeden Tag aufs Neue müssen wir für unsere Grundwerte kämpfen. Frieden, Freiheit und Sicherheit bedürfen unseres ständigen Engagements, unseres Einsatzes und der tiefen Überzeugung, dass wir trotz aller Schwierigkeit nur gemeinsam vorwärts kommen werden.

Gerade in der heutigen Zeit ist das keine leichte Aufgabe mehr: Denn während jene, die den Zweiten Weltkrieg noch selbst miterlebt haben, wohl am besten wissen, was es heißt, den Frieden zu verteidigen, ist das heute keine Selbstverständlichkeit mehr.

Denn wie erklären wir heute das Friedensprojekt Europa einer Generation, für die Krieg und Zerstörung – Gott sei Dank – eine Geschichte aus fernen Ländern und aus einer längst vergangenen Vorzeit ist?

Ausgewählte Dokumente

Wie machen wir der heutigen und noch viel mehr der morgigen Jugend verständlich, was es überhaupt heißt, über Ländergrenzen hinweg, gemeinsam und partnerschaftlich an einem Tisch zu sitzen und die Zukunft zu gestalten, anstatt auf dem Schlachtfeld im sinnlosen Kampf all das zu zerstören was zuvor mühevoll aufgebaut wurde?

Wie können wir den jungen Menschen verständlich machen, dass ein geeintes Europa keine Selbstverständlichkeit ist? Dass ohne die europäische Einigung ein dauerhafter Friede in Europa nicht möglich ist? Und dass es ohne Friede keine Sicherheit und ohne Sicherheit keinen Wohlstand gibt?

Ich glaube, das ist eine Herausforderung vor der wir heute zunehmend stehen. Denn gerade in einer Zeit, in der sich der europäische Alltag mühevoll gestaltet, in der wir zum Teil unpopuläre und oft nur schwer erklärbare Entscheidungen und Maßnahmen treffen müssen, ist es schwierig, eine Vision von Europa zu vermitteln, die über den Alltag hinausgeht.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Europa schwer getroffen. Viele Länder haben harte und schmerzhafte Sparmaßnahmen ergreifen müssen.

Gerade für die Jungen in vielen Ländern sind das keine einfachen Startvoraussetzungen; und ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen in ganz Europa macht das mehr als deutlich: Spanien und Griechenland liegen heute über 20 Prozent, Portugal bei 15 Prozent.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist vielerorts noch höher: Und es gibt für einen Jugendlichen kaum etwas Schlimmeres, als wenn man ihm sagen muss: „Unsere Gesellschaft braucht dich nicht. Für dich haben wir keine Arbeit.“ Das sind keine guten Voraussetzungen.

Hinzu kommen noch die relativ niedrigen Wachstumsprognosen und eine steigende Inflation im Euroraum.

Darüber hinaus stellen andere Entwicklungen große Aufgaben für Europa dar:

- Migrationsbewegungen aus unseren Nachbarregionen – (z. B. Nordafrika wegen arabischer Frühling)
- Die Integration neuer Europäer in unsere Gesellschaft – auch das ist alles andere als frei von Konflikten -
- Und natürlich eine zunehmend alternde Bevölkerung, die Fragen nach der Sicherung unserer Gesundheits-, Pensions- und Sozialsysteme aufwirft.

Das sind heute zentrale Herausforderungen und entscheidende Zukunftsfragen, auf die wir als verantwortungsvolle PolitikerInnen und Politiker die richtigen Antworten geben müssen.

Mehr noch: Es ist unsere Aufgabe, den Menschen immer wieder zu sagen: Glaubt an dieses Europa. Denn die richtigen Antworten können wir heute nur mehr gemeinsam geben.

Ausgewählte Dokumente

Nur gemeinsam und sicher nicht im nationalen Alleingang können wir die Zukunftsfragen lösen und auf die großen Herausforderungen reagieren.

Und bei allen Schwierigkeiten, die sich uns im Alltag stellen, garantiert uns Europa Freiheiten und Sicherheiten, die weltweit beispiellos sind:

- Die Vier Freiheiten:
- Freier Personenverkehr
- Freier Warenverkehr
- Freier Dienstleistungsverkehr
- Freier Kapitalverkehr

Und dazu kommen heute vier Sicherheiten, die uns Europa garantiert:

- Stabilität
- Wachstum
- Nachhaltigkeit
- Und natürlich der Friede, der über all dem ruht

Denn Europa ist als Friedensprojekt einzigartig auf der ganzen Welt. Nirgendwo sonst gibt es einen Raum, der über alle Grenzen hinweg, den Menschen Friede, Sicherheit und Freiheit garantiert.

Und das ist auch das starke Fundament, auf dem wir heute stehen und das uns langfristig tragen wird. Ohne dieses Fundament haben wir keine Zukunft – mit diesem Fundament aber können wir uns allen Herausforderungen stellen.

Diese Vision von Europa müssen wir den Menschen spürbar machen – diese zentrale Errungenschaft dürfen wir nicht vergessen.

Und deshalb besinnen wir uns heute auch zurück – auf die Zeit, die davor war und die nie wieder sein darf – und an die Grundsteinlegung unserer Gemeinschaft – an den 8. Mai 1945 und an den 9. Mai 1950, an den Umbruch und an den Aufbruch.

Denn auch wenn Europa heute mehr ist, als das Friedensprojekt von einst, erinnert uns der 8. Mai eindringlich daran, dass – was immer auch geschieht, wie auch immer sich unsere Gemeinschaft weiterentwickelt – es nie wieder weniger sein darf.

Denn der Friede, den uns Europa garantiert und auf dem wir aufbauen, ist das höchste Gut und der zentrale Grundstein auf dem unserer aller Zukunft steht.

Vielen Dank!

Ausgewählte Dokumente

**18.4. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede anlässlich der Eröffnung des Internationalen
König Abdullah Bin Abdulaziz Zentrums für
interreligiösen und interkulturellen Dialog
Wien, 26. November 2012
(nur Englisch)**

Your Holiness,
Eminences,
Secretary General of the United Nations,
Your Royal Highness,
Foreign Minister of Spain,
Chief Rabbi Goldsmith,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen!

It is my great pleasure to address this distinguished audience on the occasion of the Inauguration Ceremony of the King Abdullah Bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue tonight.

Let me start by emphasizing the significance of continuous and constructive dialogue between cultures and religions. Dialogue is not only a priority of the Austrian foreign cultural policy, but has also become an important instrument of diplomacy on a global scale.

With a longstanding tradition as a hub for intercultural and interreligious dialogue and exchange, Austria enjoys broad international recognition. Spearheading a number of decisive initiatives that are designed to promote democracy and the universal respect for human rights and basic human freedoms, Austria provides neutral ground for fruitful exchange.

In the light of changing geo-political conditions and increased polarisation, the necessity arose to extend dialogue beyond „cultural“ and „religious“ lines. Dialogue has to be „issue-driven“ and to focus on topics that are of mutual concern and relevance. At the same time, dialogue constitutes the indispensable fiber that holds our pluralistic and versatile societies together and has to be recognized as prerequisite for the peaceful co-existence of different cultures and religions.

Against this backdrop, I truly welcome the inauguration of the Centre in the midst of Vienna. Originating as a farsighted initiative by His Majesty King Abdullah Bin Abdulaziz, the Centre builds upon the premises that fostering respect, reconciliation, and peace will counteract the abuse of religion, which must never serve as a justification for oppression, violence, and conflict.

The significance of dialogue has been widely recognized and thus initiatives and projects have increased steadily. While I most certainly appreciate this

Ausgewählte Dokumente

positive development, efforts on a global scale have varied greatly in priority, objective, and impact.

The Center provides a unique opportunity in the sense that it offers a concrete structure for dialogue. Based on the Universal Declaration of Human Rights enshrined in the Preamble of the Founding Agreement, the Centre will realize its projects and initiatives in a conceptual framework of internationally recognized principles. Moreover, by means of augmenting and expanding expertise, the Centre shall function as a hub for other organizations currently active in the field of dialogue and thus further structure and reinforce joint endeavours.

In addition, the Centre provides the means to develop a network of experts, scholars, and civil society representatives, so as to establish an indispensable platform for open and constructive exchange. Representatives of different faiths, civil society, and academia will work together in a truly interreligious and interdisciplinary manner. Initiatives and projects aimed at exchange, awareness-raising, and communication shall foster a culture of understanding and respect.

Strengthening the capacity of people and organizations will allow for the development of more responsive efforts that address these issues which are of utmost concern to all of us.

Combining the ability to complement dialogue efforts with structure and to reach a wider public audience by encouraging broad participation of people with different backgrounds, expertise and experience leads me to my final point: Continuity and sustainability. The Centre carries the potential to develop expanding and sustainable networks and thus promote the concept and significance of interreligious and intercultural dialogue across different societies and communities.

I am strongly convinced that the founding of the Centre constitutes a decisive milestone for dialogue. The next few years present an important period for the Centre, to translate its Mandate into action and deliverables. Together with Spain and Saudi-Arabia and relying on the support of the Holy See, I want to underscore our firm commitment to respond to this challenge and joint responsibility of enhancing co-operation, respect for diversity, and justice.

Let me conclude in expressing my gratitude to Secretary General Faisal Bin Muammar and Deputy Secretary General Claudia Bandion-Ortner for their untiring efforts devoted to this noble cause. The Secretariat of the Centre and its outstanding Board of Directors have achieved remarkable success so far. I greatly look forward to seeing the Centre flourish and contribute to a safer and more peaceful world.

Ausgewählte Dokumente

- 18.5. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger, Eröffnungsrede bei der Konferenz „Sudan, South Sudan & Europe: Prospects of Cooperation for Regional Peace and Development“ in Anwesenheit des Außenministers der Republik Sudan, Ali Ahmed Karti, und des Vize-Außenministers der Republik Südsudan, Prof. Elias Nyamlell Wakoson,
Wien, 10. Oktober 2012 (nur englisch)**

Dear colleagues and friends,
Excellencies, Ladies and Gentlemen,

Today's conference takes place at a moment of hope. Things took a significant turn about three weeks ago. The signing of a series of agreements between Sudan and South Sudan in Addis Ababa on 27 September represents a historic step for both countries. I congratulate both Governments on the leadership and spirit of compromise they have shown in reaching these agreements. It is now essential for both sides to implement the agreements without delay. It is particularly important that oil start flowing and that cross-border trade resume as this will benefit both economies and improve the lives of ordinary people. The agreement on security arrangements will also contribute to stabilising the border area. As the EU's High Representative, Catherine Ashton, has said, the EU stands ready to support the implementation of the signed agreements.

Since today's conference also has an important economic dimension, we need to bear in mind that trade and investments require security. The economy is the driving factor for growth and prosperity. This is why the news about the agreements reached in Addis on 27 September is also important in economic terms, not just politically.

Ladies and Gentlemen,

You sometimes hear politicians hold speeches saying: „Much still needs to be done“. This also holds true for the relationship between Sudan and South Sudan. There are still some outstanding issues to be resolved. Resolving the final status of Abyei is a critical part of the AU Roadmap and UN Security Council Resolution 2046 (2012), on the situation in Sudan and South Sudan, adopted on 2 June 2012.

In my statement to the press on the aftermath of the signing of these agreements in Addis Ababa I have expressed my gratefulness to President Mbeki for his tireless efforts.

The international community is looking forward to the recommendations by the AU High Level Implementation Panel to the African Union for taking this matter forward. We all hope that a process will also be agreed as soon as possible for addressing the disputed and claimed border areas.

Ausgewählte Dokumente

One thing, however, is clear: The signing of the Addis agreements has been a milestone. The dominating factor now, when it comes to Sudan's and South Sudan's future, is hope: Hope for lasting peace, hope for stability, prosperity and development. I think the motto of today's conference has been very well chosen: Peace and Development.

Ladies and Gentlemen,

I have said that much remains to be done. I remain gravely concerned about the on-going conflict in Southern Kordofan and Blue Nile states and the resulting humanitarian situation. The fighting has caused human suffering on a massive scale. It is imperative that international humanitarian agencies be allowed to deliver immediate assistance to civilians caught up in the fighting. Direct talks between the parties concerned should start immediately and unconditionally with the aim to agree on a cessation of hostilities, to recommit to the delivery of humanitarian assistance to all those affected, and to find a lasting political solution to the conflict in accordance with UN Security Council Resolution 2046.

Sudan and South Sudan are multi-ethnic countries. The diversity of their respective peoples might at first sight appear as a burden but can in reality be considered as an asset. Look at Europe, look at the European Union. Diversity is not an unknown phenomenon to us. The driving force behind the building-up of the European Union has been the will for peace. A will which all European peoples share and which has been the basis for development and prosperity for many decades up till now.

Ladies and Gentlemen,

You will have realised that I have mentioned the United Nations and the European Union several times in my remarks. It comes as no surprise and it is not a coincidence.

You all know that Austria is particularly attached to a functioning multilateral system based on the Rule of Law. This is a factor that has shaped our thinking in international politics, not only regarding Sudan but also globally. Vienna is home to several international bodies, among them agencies of the United Nations. International treaties on diplomatic and consular relations include the name of this city. I would like to particularly highlight the Vienna Convention on Diplomatic Relations dating back to 1961.

Recent attacks on diplomatic personnel and diplomatic premises in places such as Benghazi, Cairo, Tunis, Sana'a but also Khartoum have underlined the importance of respecting international obligations based on this treaty. The Vienna Convention on Diplomatic Relations is very clear about a country's obligations to adequately protect diplomatic personnel and diplomatic premises. The full respect of this treaty is an unconditional basis for diplomatic relations in a modern world.

Ausgewählte Dokumente

I would once again like to take this opportunity to pay tribute to the victims of these attacks. I would also pay tribute to the four UN troops killed in Darfur last week. I would like to make clear that we will never be one the side of those who commit violence, who condone violence nor those who encourage violence.

Ladies and Gentlemen,

Before concluding my remarks let me say a word about civilian victims of conflict, another issue close to our hearts and minds. For many years Austria's engagement with this issue in multilateral fora has been marked by our commitment to create appropriate frameworks for those who need to be protected from violence. On 11 November 2009 under my chairmanship, the UN Security Council adopted Resolution 1894 (2009) on the protection of civilians in armed conflict.

Ladies and Gentlemen,

Dear colleagues and friends,

Respecting international obligations is no easy task. In particular, cooperation with international judicial bodies has been and is set to remain a challenge for every country. Austria has adopted a very clear and principled position when it comes to supporting the work of the International Criminal Court. We consider this as a very important element of our overall commitment to the Rule of Law. Europe's position in this respect is based on lessons of its own history.

With this in mind let me come back to the topic of today's event, Peace and Development. Dear friends from Sudan and South Sudan, some of the tasks ahead of you will not be easy to deal with. But what matters in politics is not to do the easy thing. What matters is to do the right thing. I can reassure you: You are not alone. You can enjoy the support of the international community if your will for peace is a genuine one. This is what the EU Foreign Ministers clearly stated in the Council conclusions of 23 July this year. Namely that full implementation of UN Security Council Resolution 2046, including the outstanding issues, would lead to improved relations with the EU, allowing the EU to consider further support.

Dear friends,

We are ready to help. Today's conference is an expression of our readiness to help. I wish you all a successful conference. Thank you very much.

Ausgewählte Dokumente

**18.6. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede beim Treffen der Außenminister der Arabischen
Liga und der EU,
Kairo, 13. November 2012 (nur englisch)**

Excellencies,
Dear colleagues,

I would like to thank the League of Arab States for organizing this important and timely meeting of Arab and European Foreign Ministers. We have come together to discuss developments in the Middle East and Europe and how we can enhance and strengthen our cooperation. We listen to each other and try to find solutions through dialogue and reason. Regular dialogue is the basis on which we can build solid co-operation and friendship, as regions, countries or individuals. However, the ultimate success of our work depends on the extent to which we bring similar values and principles to the table.

The Arab Charter on Human Rights and the Charter of Fundamental Rights of the European Union both highlight that the respect for human rights and democratic principles are shared values of the League of Arab States and the EU. While diversity of cultures, traditions and religions has to be taken into account, Human Rights are universal, indivisible, interdependent and inter-related. This is of central importance for us and has to be respected by all of us at all times.

The Arab world has experienced dramatic changes since the beginning of 2011. Driven by their legitimate desire for a life in dignity and peace, Arab citizens have successfully pushed for democratic participation as well as for the end of oppression and corruption. These changes are only the beginning of a long road towards the point where democracy and civil rights become ingrained and unquestioned by the whole society. It will however still take great efforts and patience on all sides until the gains won by the courageous protesters can be fully realized.

The welcome changes that have already taken place, would not have been possible without the active and courageous support of women. It is therefore of utmost importance that women can hold an equal share in all spheres of society and that their right to fully participate in all political processes is respected. Democratic transition can never succeed if half of the population is excluded from decision making. The so called Arab Spring has also shown us that those belonging to minority groups warrant our particular attention. Hatred and violence directed against people who belong to a different religion or who have a different ethnic background can never be tolerated. Only in a society that is free of discrimination and that provides for equal opportunities for men and women, will lasting peace be possible.

Let me briefly return to the subject of dialogue. Even as we regularly practice it in the political sphere, we must not forget the importance of intercultural

Ausgewählte Dokumente

and interreligious dialogue, especially in times of political transformation. I consider it so essential that we have made this topic a clear priority of Austria's foreign policy.

Our dialogue initiatives are designed to promote democracy, the universal respect for human rights and basic human freedoms, including the freedom of religion or belief. By launching and supporting dialogue initiatives we want thus to offer sustainable contributions to building trust and peace and combat the spread of stereotypes.

On 26 November we will have the honor to inaugurate the „King Abdullah Center for Interreligious and Intercultural Dialogue“ in Vienna. This new International Organization, founded by the Kingdom of Saudi Arabia, Spain and Austria upon the initiative of His Majesty, King Abdullah, will become a platform for new initiatives, a meeting place for religious leaders and a hub for the exchange between cultures. Thus, it complements and reinforces Austria's long standing tradition in interreligious and intercultural dialogue.

The most recent of our dialogue initiatives is taking place right now here in Cairo, organized by the Arab League Secretariat in co-operation with the Austrian Foreign Ministry, namely the 2nd Arab European Young Leaders Forum. May I express in this context our appreciation to the Arab League Secretariat for their excellent work in the preparation of the Forum. After a first round in Vienna in 2010, this second round of the „Arab-European Young Leaders Forum“ is entitled „Responsible Leadership for Transformation towards Democracy and Prosperity- Innovative Forms of Cross-Cultural Cooperation“. This is the first initiative of its kind, focusing on young leaders of excellence and experience in the EU and the Arab world, with the objective to enhance responsible leadership skills. By supporting such future leaders I am sure that the Euro-Arab relations will enhance sustainably in the future.

Thank you for your attention.

Ausgewählte Dokumente

**18.7. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede vor dem kosovarischen Parlament anlässlich der
feierlichen Schließung des Büros des Internationalen
Zivilen Vertreters,
Pristina, 10. September 2012 (nur englisch)**

Dear Madam President,
Mr. President of the Assembly,
Prime Minister, Foreign Minister, Ministers, Deputies to the Assembly,
Citizens of the Republic of Kosovo,
President Ahtisaari, International Civilian Representative Feith,
Excellencies, ladies and gentlemen,

Today is a historic day for the Republic of Kosovo, its citizens as much as for the friends of Kosovo and the International Community.

With the legal and constitutional decisions of this Parliamentary Assembly the international supervision of Kosovo's independence is coming to an end. Kosovo is opening a very new chapter in its statehood.

The Kosovars can be proud of what they have achieved in those few years since declaring independence.

Austria is honored to have been able to accompany Kosovo on its path to statehood as a close partner and advocate of your rightful aspirations.

From the very beginning – the dark days of the Milošević suppression – through the most difficult times of war, and in the state formation, we have always walked alongside our Kosovar friends, giving them every support possible.

Let me just mention one small example: when Kosovar students were driven out of universities into underground facilities, it was Austrian universities offering them study places. It is with pride that I note that also many government members and parliamentarians present here have benefited from these opportunities.

Or our contribution to a safe and secure environment all over Kosovo through KFOR, where Austria is the largest troop contributor from a non-NATO country.

Or Austria's diplomatic engagement: Ambassadors Wolfgang Petritsch and Albert Rohan are two most known personalities in this respect.

Given our commitment for Kosovo it was only logical that we offered President Martti Ahtisaari to host his office in Vienna. Thus the bilateral talks with Serbia were conducted and the Comprehensive Settlement Proposal (CSP), the basis for the independence of your country, was drafted in our capital. Equally, it was in Vienna, two months ago, where the International Steering Group determined that Kosovo had implemented the CSP, so that we could all meet here to celebrate. It is thus with great satisfaction that I can

Ausgewählte Dokumente

state that what was started in Vienna could also be successfully closed In Vienna.

Madame President, Mister President (*of the Assembly*), Prime Minister, The path Kosovo took over the past years is indeed remarkable. This was also due to the support the young state has received from the many countries represented in this Assembly Hall today.

And it was to a large part thanks to the vision, skills and dedication of President Ahtisaari and his team. Let me thus take this opportunity, as representative of the International Community, to express our profound gratitude and appreciation to President Ahtisaari. Thank you so much, Mr. President!

I would also like to take the opportunity and acknowledge the man, who as our International Civilian Representative successfully led the international efforts, together with the institutions of Kosovo, to implement the so-called „Ahtisaari-Plan“: Mr. Pieter Feith. Pieter, many thanks to you and all your colleagues!

But foremost, ladies and gentlemen, Kosovo's progress and development since the adoption of the Comprehensive Settlement Proposal are not owed to us internationals, but to the functioning of your institutions, to the work and guidance by your leaders and, most importantly, by you, the citizens of this young country.

Dear citizens of Kosovo,

With the departure of the International Civilian Representative and the closure of the International Civilian Office, the International Community is not going to leave Kosovo. On the contrary, we are here to stay. Only the quality of our relationship is going to change fundamentally.

Today, the international community is transferring full sovereignty from the international to the national level. We Austrians can feel with you. Following World War Two it took ten years until we regained our full sovereignty. But we look back on Austria's foreign supervision as a benefit creating the solid base for what Austria developed in today.

Ladies and Gentlemen,

A transitional period has ended for Kosovo and a new era starts in earnest, your path towards the EU.

Some day in the not so distant future it will be Kosovo herself transferring in turn some of her regained sovereignty to a supranational authority, or in the words of late President Ibrahim Rugova:

„My vision is that our country should be integrated in the EU, to transfer a part of our independence there.“

With the European Union Special Representative, my former colleague and friend Samuel Zbogar, with EULEX and with our embassies – we will, sup-

Ausgewählte Dokumente

ported by our American friends, continue seconding you actively on your Euro-Atlantic path.

Whether it is your reforms towards visa liberalization, your strife for contractual relations with the EU, your quest for more recognitions and for membership in international organizations – you can count on the continued assistance of Austria in this respect!

Dear colleagues and friends,

The granting of full sovereignty to Kosovo is a clear sign of confidence in Kosovo's institutions, leaders and people. But with this empowerment and ownership comes also full responsibility.

And the challenges ahead are manifold: managing the dialogue with Serbia, the integration of the North, consolidating the democratic institutions and state structures, the fight against widespread corruption and organized crime, creating a more favorable economic and investment climate.

There is no time to lean back now. Be ambitious in your reform path. Not to please us internationals, but to create a better life for your citizens. A life in safety and dignity for all, regardless of ethnicity, creating jobs and opportunities including for the many young, ambitious and talented people you have in your country – in short: build a positive perspective for the future.

In the light of this new beginning, I am reminded of the words of Mother Teresa when she said:

„Yesterday is gone. Tomorrow has not yet come. We have only today. Let us begin.“

In this sense, dear friends, let me congratulate you once again on this day. Let me commend you for your hard work, your passion, your endurance.

Continue in the same spirit when tackling the challenges ahead. With the clear vision of becoming a part of the united Europe. I can assure you that Austria will stand by your side also in this endeavor!

Thank you very much.

Ausgewählte Dokumente

**18.8. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede bei der 67. Generalversammlung
der Vereinten Nationen,
New York, 28. September 2012 (nur englisch)**

Mr. President,

Excellencies, dear colleagues,

Distinguished delegates to the 67th General Assembly of the UN,

Events of recent months have once again illustrated the importance of the United Nations as a multilateral forum to address today's crises and challenges: the conflicts in Syria and Mali and the ongoing reform processes in many parts of the Arab World demonstrate that we can face those challenges only through concerted action.

Mr. President, Ladies and Gentlemen,

In Syria, thousands have lost their lives in their struggle for freedom and reforms through crimes committed by a regime that denies them every basic human right in order to stay in power. Austria condemns the systematic human rights violations and bloodshed in Syria in the strongest possible terms. More than 27,000 victims and some 2.5 million people in dire need of humanitarian assistance are a stark reminder for each and every one of us that it is high time for the United Nations to finally act. The Security Council in particular must assume its responsibility for the ever aggravating situation in the country.

Violence has to stop immediately and both sides have to engage in a meaningful dialogue facilitated by the Joint Special Representative Lakhdar Brahimi. There will be no solution unless President Assad steps aside and gives way to forces of reason and reconciliation.

Ladies and Gentlemen,

Austria continues to fully support the ongoing transition processes in the Arab World. We welcome the efforts undertaken so far to lay the foundation for more open, inclusive and prosperous societies. We encourage the newly empowered authorities to fulfil their mandate for democratic change responsibly. The aspirations of the people for dignity and freedom must be satisfied, thereby contributing to peace and stability in the region.

In this context, let me reiterate my strongest condemnation of the recent attacks on diplomatic missions and personnel, especially the murder of ambassador Chris Stevens and three of his colleagues in Benghazi. Violence is never an acceptable response to the fundamental right for freedom of speech. To attack an embassy and its personnel is not only contrary to international law but an attack on the very idea the United Nations stand for, namely the peaceful cooperation of member states to jointly build a better future.

Ausgewählte Dokumente

Mr. President,

The still unresolved Israeli-Palestinian conflict continues to gravely destabilize the Middle East. The terms of a negotiated and sustainable solution – two states with secure and mutually recognized borders – have been discussed over and over again and are broadly supported by the people and the international community. And yet we experienced a complete lack of progress in the last year. We thus call on the leadership on both sides to finally assume their responsibility and enable lasting peace and security for their children and future generations.

The situation in Mali also continues to be a matter of grave concern. Austria has been dismayed by the political turmoil with its disastrous effects on the Malian population. Growing insecurity and the continued deterioration of the humanitarian and human rights situation are calling for concerted action. The High-Level meeting on Wednesday was an important signal that we are moving in that direction. We fully support the efforts by ECOWAS and the African Union to try and find – together with the UN – a lasting political solution to the crisis in Mali and the Sahel region as a whole. Austria will advocate for increased support of the European Union to contribute to this end.

Ladies and Gentlemen,

In light of the crises and challenges the international community is facing, Austria welcomes President Jeremic's timely choice to highlight the peaceful settlement of disputes in this year's general debate. Prevention is always better – and cheaper – than cure. Progress made in Sierra Leone, Kyrgyzstan, Nepal, or Myanmar testifies how successful sustainable mediation efforts can be.

The peaceful settlement of disputes can only be achieved through open dialogue based on mutual respect. Austria has a long-standing tradition of promoting intercultural and interreligious dialogue and are proud to host the 5th Global Forum of the United Nations Alliance of Civilizations in Vienna. This will take place on the 27 and 28 of February 2013 under the title „Responsible Leadership in Diversity and Dialogue“. Austria highly values the contribution of youth as a transformative force. Therefore, the day before the Global Forum will be dedicated to the UNAOC Youth Event to benefit from their views.

In this context, I am also pleased to inform that the *King Abdullah Bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue* will be inaugurated on November 26, 2012 in Vienna. The Centre, a joint initiative by the Kingdom of Saudi Arabia, the Kingdom of Spain and the Republic of Austria, will certainly offer a significant contribution to the promotion of dialogue.

Mr. President, Ladies and Gentlemen,

We need to be clear: sustainable peace and development go hand in hand with the respect for human rights, democracy and the rule of law. These are

Ausgewählte Dokumente

universal values no human being should be denied. We must not falter until this goal is achieved.

In 2011, Austria was elected to the Human Rights Council. We fully support the Council and its mechanisms, especially the Universal Periodic Review. The Council is best placed to react swiftly in case of human rights emergencies. Its special sessions on Syria and Libya illustrated that the international community will not turn a blind eye on gross human rights violations and indiscriminate attacks against the civilian population. Human rights abuses must not go unpunished. Violations have to be thoroughly investigated and perpetrators must be held accountable before credible judicial institutions including the International Criminal Court.

Our membership of the Human Rights Council is an opportunity to continue working on the key priorities Austria pursued during the Security Council membership in 2009/2010: the protection of civilians, the safety of journalists, the implementation of resolution 1325 on women, peace and security, the freedom of religion and belief, as well as the protection of children from violence and abuse.

The High-Level Meeting of Monday was an important opportunity to renew our commitment to the rule of law at the national and international levels. It now needs an adequate follow-up. As chair of the Group of Friends of the Rule of Law, Austria will provide concrete proposals for the upcoming report of the Secretary-General.

Mr. President, Ladies and Gentlemen,

The UN Headquarters in Vienna are a hub for promoting peace and security. The work of the IAEA is more relevant than ever. I am pleased that we can now also draw on additional services from the new Vienna Office for Disarmament Affairs.

Austria is deeply concerned about weapons of mass destruction programs and proliferation activities in several regions of the world. The creation of a Zone free from Nuclear Weapons and other Weapons of Mass Destruction in the Middle East is more urgent than ever. In this respect, let me underline that Iran must finally give credible evidence for the peaceful nature of its nuclear program and engage in earnest in the talks with the E3+3.

The continued inability to even initiate substantive multilateral disarmament negotiations is unacceptable. Austria is committed to working with other interested states to move forward on this crucial issue. In this context, I would like to thank the Secretary-General for his continued support in this matter.

We need to move beyond a strictly military security approach that originates from the cold war period. It is time we change the discourse on nuclear weapons. Any use of nuclear weapons would be devastating for the whole world in its humanitarian and environmental effects. In the 21st century,

Ausgewählte Dokumente

such an existential threat to humankind can no longer be handled exclusively by a few states as a national security matter.

Austria is committed to strengthening and further developing international law and a humanitarian approach to advance the global disarmament and non-proliferation agenda. A lot has been achieved in the past two decades, as evidenced by the successful conclusions of the conventions to ban antipersonnel mines and cluster munitions. We hope that similar progress can be achieved in the Arms Trade Treaty in the coming months. Other member states should join the emerging consensus on regulating the trade in arms in a comprehensive manner.

Mr. President,

Vienna and its UN Headquarters also serve as a platform for the discussion on sustainable development. We welcome the decision of the Secretary General to establish an implementation office for his „Sustainable Energy for All“ initiative. This will help advancing this important agenda.

Universal access to energy, the improvement of energy efficiency, as well as a higher share of renewable energy are goals that will help bring electricity to the billion and a half people worldwide lacking access. Equally, it will help control greenhouse gas emissions and global warming, which is threatening the very existence of many a UN member state.

This year's Conference on Sustainable Development marked the beginning of a new era, renewing the perspectives for future generations via the Sustainable Development Goals, tailored to the needs of different countries or groups of states and regions. While implementing these new global goals, we should not cease our efforts towards achieving the Millennium Development Goals by its target date 2015.

Mr. President, Ladies and Gentlemen,

Austria remains fully committed to an effective multilateral system. Therefore, we will support your efforts, Mr. President, and that of the Secretary General to further increase the effectiveness of our organization in order to better enable us to face the challenges of our time.

Ausgewählte Dokumente

**18.9. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede bei der 56th Regular Session of the
IAEA General Conference,
Wien, 17. September 2012 (nur englisch)**

Mr. President,
Mr. Director-General,
Excellencies,
Distinguished Delegates,

First of all let me first express my deep and sincere condolences for the victims of the shocking events last week in Libya.

Having the privilege of being the representative of the host country, let me continue my tradition of starting with a hearty welcome to all delegates to Austria. We are proud of hosting such an important organisation, and I congratulate you, Mr. President, on your election to preside over the 56th General Conference. In addition, let me also very cordially welcome the Republic of Trinidad and Tobago that has recently decided to join the Agency.

Mr. President,

At this General Conference, I would like to highlight Austrian positions on three thematic areas:

1. First: Austria stands for responsible uses of nuclear science and technology.
2. Second: Austria supports all efforts to prevent the proliferation of military uses.
3. Third: Austria calls on all States to join in creating a nuclear weapon free world quickly and effectively.

Let me expand on these three points:

(1) On the peaceful uses of nuclear power, I would like to stress that, also in times of increasing demand for energy and while respecting international law and national sovereignty, Austria feels obliged and entitled to voice its concerns regarding the safety and security of nuclear installations. The protection of the Austrian population and the environment is of paramount importance for the Austrian government. In all cases of nuclear installations that might have a negative impact on Austria, we will use all legal means available to protect our safety interests. This also means supporting all measures to ensure maximum transparency and participation. I reiterate that a key objective of Austrian nuclear safety policy remains the creation of high and binding safety standards for nuclear power plants and other fuel cycle facilities. We take note that – even after and despite the „Fukushima nuclear catastrophe“ – there is still interest in nuclear power in a number of countries. We follow the discourse and the pertinent developments with great attention. However, if a country decides to use nuclear power, we are of the firm con-

Ausgewählte Dokumente

viction that it has to do this under the highest safety, security and non-proliferation standards.

On the peaceful uses of nuclear science and technology, I would like to add that Austria has – for a very long time – been home to nuclear scientists, physicists and researchers, including Nobel prize winning ones like Erwin Schrödinger. Another scientist, Lise Meitner, refused to bow to political pressure to work on the atomic bomb. Nowadays, it is clear that Austrian nuclear scientists work „to harness the atom for peace“, to use a phrase we are all familiar with.

This year's scientific forum on „Food for the Future“, which highlights joint activities of the Agency with the FAO in Rome, gives another good example of the many peaceful applications of nuclear energy. Other applications in climate science, health and related to water management also show the valuable contribution nuclear science can make in addressing the world's pressing social, environmental and development needs.

Over the years that I have been in office, I have come to highly appreciate the central role this organisation plays in global nuclear developments. I am very conscious of the central role which the host country of an organisation can play in assuring the smooth functioning of its work. Therefore, Austria has continuously been providing in-kind contributions for the Agency's facilities in Vienna and at the laboratories at Seibersdorf. Today, Austria also pledges to continue to support the Technical Cooperation Fund in full and on time with its assessed contribution in 2013.

Mr. President,

(2) „Harnessing the atom for peace“ also means preventing its use for military purposes. We cannot afford to add to the existing risks of civil nuclear energy those related to growing global nuclear weapons arsenals and a rising number of nuclear armed states. Alongside the continuous efforts to remove the root causes of nuclear proliferation, we must extend the existing non-proliferation tools, in particular also the additional protocol to comprehensive safeguards agreements, to all countries around the globe. We must ensure their implementation without any loop-holes and thus eliminate any possibilities to break away from civilian uses and turn to a military night-mare. On this way, we will need to take several hurdles, find creative solutions for the interim in specific situations and contexts; but the final commitment must be equally strong for each and every country.

Mr. President,

Austria fully endorses the positions of the European Union also in this context. One area of particular concern that I would like to mention is the situation regarding the nuclear programme in the Islamic Republic of Iran. It is frustrating and disappointing that uncertainties about the peaceful nature of this programme still remain after so many years of negotiations and attention.

Ausgewählte Dokumente

The tools necessary to be able to assure the world of Iran's peaceful intentions exist. I appeal to Iran to allow the Agency to make substantive progress in its verification work to be able to close this deeply worrying file soon.

Mr. President,

(3) Let me now turn to my last point. The arguments I used for non-proliferation hold also true for nuclear disarmament. The only guarantee against the risk of proliferation of nuclear weapons is their complete elimination. Moreover, the arguments in favour of non-proliferation, and the support by the international community for such measures, depend on credible steps towards nuclear disarmament. Nuclear disarmament and non-proliferation must go hand in hand.

The catastrophic accidents at the power plants at Chernobyl and recently at Fukushima have demonstrated clearly that Murphy's law is applicable also in the nuclear field: „Whatever can go wrong, will go wrong.“ However, we cannot afford to wait until something goes wrong with nuclear weapons. The humanitarian costs would be overwhelming. There is no justifiable reason why the whole world should continue to be exposed to such a risk.

The path to a world without nuclear weapons may be complex and difficult but reason demands that we take this path. We already have legal instruments like the NPT and strong institutions like this Agency and the CTBTO that help us in this endeavour. We also have growing global support for nuclear disarmament and the goal of a world without nuclear weapons. Furthermore, there is hope that the countries of the Middle East will follow the examples of nuclear weapons free zones and be able to start a process towards the creation of a zone free from nuclear weapons and other weapons of mass destruction in the Middle East. Austria strongly supports this process. There is no reason why such a project should not be extended to the whole world.

Mr. President,
Director-General,
Excellencies,
Distinguished Delegates,

The General Conference of the Agency, and in fact the Agency itself, represent unique opportunities, unique global forums for all of us Member States to discuss and negotiate important nuclear issues in a constructive manner. We cherish such a unique forum. We have seen on numerous occasions, how constructively we can work together and achieve results. I am fully aware that delegates will have a week full of hard work ahead of them. Therefore, let me conclude by expressing my best wishes to all delegates for a successful General Conference.

Thank you.

Ausgewählte Dokumente

**18.10. Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner,
Rede bei der 19. Session des Menschenrechtsrats
der Vereinten Nationen,
Genf, 27. Februar 2012 (nur englisch)**

Madame President,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

Let me start my remarks by addressing the human rights crisis in the **Syrian Arab Republic**. The **mounting death toll** is a source of grave concern for all of us. I am **shocked by the reports** and evidence presented by High Commissioner Navi Pillay and the International Commission of Inquiry that **crimes against humanity** have been committed by the Syrian government. I call on the Syrian authorities to immediately end the brutal assault on their own people.

Austria welcomes all steps by the international community to end the suffering of the Syrian people. In this respect, I welcome the appointment of **Kofi Annan as Special Envoy** on the Syrian crisis. Austria also fully supports tomorrow's urgent debate in this respect.

It is our duty to **ensure that perpetrators are held accountable** for these crimes. The International Criminal Court should start proceedings against these perpetrators. We **support the Commission of Inquiry** in the pursuit of its mandate and call on the Syrian Government to provide it with all cooperation and information required. I am pleased to announce that Austria will support the important work of the OHCHR in Syria with a voluntary financial contribution.

Madame President,

Let me turn to some of Austria's priorities for the work of the Council:

The year 2012 marks the **20th anniversary** of the adoption of the **Declaration on the Rights of Persons belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities**. We appreciate the work of the Independent Expert on minority issues in promoting the implementation of the Declaration. Austria is proud to be the **main sponsor of a panel** on 13 March which will focus on achievements, best practices and challenges in the Declaration's implementation. It will also collect ideas on how to integrate more effectively the rights of persons belonging to minorities into the work of the Council. I would like to **invite all of you to actively engage and participate in the discussion**.

At this session of the Council, Austria will introduce a **resolution on the Forum on Minority Issues**. The first four sessions were successfully completed and have addressed the right to education, the right to effective political participation, the right to effective participation in economic life as well as the rights of minority women and girls. We hope for your support to ensure

Ausgewählte Dokumente

that the Forum remains this **unique platform for dialogue and cooperation involving a wide range of stakeholders.**

Austria is committed to contributing to the respect of **freedom of religion or belief**. We are thus deeply concerned about growing discrimination and the **rising number of violent attacks against members of religious minorities** and their places of worship in many parts of the world. Especially those who have chosen a religion that differs from the majority often face enormous difficulties, sometimes even putting their own life at risk. We thus urgently need to **step up our common efforts to make human rights policy more responsive** to these pressing needs.

Madame President,

Another source of concern for Austria is the worldwide increase in **attacks against journalists**. It is unacceptable to see a steadily growing number of journalists threatened, arbitrarily detained or forced to leave their country. The **increase in targeted killings** is of particular concern. Such **attacks** constitute a serious threat to fundamental freedoms, democracy and to the cause of human rights as a whole.

Under international law there is a **clear duty and responsibility of governments to protect journalists**. This is a fundamental pillar of the universal, inalienable right to press freedom.

Impunity for those responsible for attacks is a major obstacle for the effective protection of journalists. The fact that **more than 90 % of reported cases** of abuse remain unresolved speaks for itself. The current climate of impunity is prompting fear and leads to self-censorship of journalists. The Human Rights Council needs to send a **strong message to perpetrators** who kill, assault, intimidate or lock away journalists: These acts have to stop and **perpetrators must be brought to justice**.

In this context, Austria organised **expert consultations in Vienna** last November that resulted in a **road-map towards a more efficient protection framework**. Let me highlight some of the **concrete elements**:

1. We need to be more systematic and vigorous in **condemning attacks against journalists** and violations of their rights;
2. We need to devote more efforts to **fighting impunity** and to **holding the perpetrators** of attacks against journalists **accountable**;
3. We need to ensure **better cooperation and coordination** among the various international, regional and local actors, including in **establishing effective early warning mechanisms**;
4. We need to call on all relevant actors to **comply with existing standards** on the protection of journalists;

Ausgewählte Dokumente

5. Finally, we need to ensure **full cooperation with existing protection mechanisms**, in particular with Special Rapporteurs and Representatives, who play a crucial role in monitoring compliance.

Besides a series of further activities, our **ultimate objective is to achieve a substantial resolution by the Council** with a view to placing the **protection of journalists firmly on the international agenda**. In the months to come we will continue to engage in a dialogue with all of you on how to move forward the discussion and ultimately ensure that journalists can report without fear of being attacked, harassed or even killed.

Madame President,

The **protection of the human rights of Internally Displaced Persons (IDPs)** is a longstanding Austrian priority in the Human Rights Council. Millions of IDPs are still waiting for durable solutions that ensure full respect of their human rights. Austria remains committed to advance their cause in the Council. At this session, we are looking forward to holding a side-event, together with OHCHR and the Special Rapporteur, on the **role of women in peace processes and durable solutions to internal displacement**. We are also looking forward to introducing a **resolution** during the next session of the Council.

Madame President,

The promotion and protection of children's rights is a key priority for Austria during our membership in the Council. I am proud to announce that tomorrow Austria will be among the first states to sign the **optional protocol to the Convention on the Rights of the Child** adopted during the last session of the General Assembly. We are looking forward to soon receive the necessary clarification from the Committee on the procedures it seeks to apply for the treatment of complaints launched under this protocol.

Austria aims at contributing to an increased **protection of children from violence and abuse** worldwide. It is in the **administration of justice** where states have a particularly clear duty to set norms in accordance with their human rights obligations and where they must abide by these norms in their application. Unfortunately, in reality, it is in the administration of justice where human rights are often violated. Children are particularly vulnerable. The **focus of our resolutions on the administration of justice has thus been on juvenile justice**, underlining the importance of restorative justice and rehabilitation as its aims. In January this year we supported the Special Representative on Violence against Children, Ms. Marta Santos Pais, in hosting an **interagency consultation on violence against children in detention** in Vienna.

In order to further enhance our support to the promotion of children's rights, Austria is now presenting our first ever candidate to the Committee on the Rights of the Child, **Justice Renate Winter**. Justice Winter has over 30 years

Ausgewählte Dokumente

of hands-on national and international experience in juvenile justice and child protection, working with State parties from diverse legal cultures on the implementation of the Convention on the Rights of the Child. As an international judge in post-conflict situations, she successfully tackled challenges in the protection of women and children, including the rehabilitation and reintegration of children affected by armed conflict. I am **confident** that Justice Winter will **enhance the high professional standing and contribute significantly to the work of the Committee.**

Madame President,

All these initiatives pursue one overriding objective of Austria's international engagement: **fostering the rule of law**. It is only through the vigorous pursuit of the rule of law in all countries that a life in dignity and freedom will be ensured for everyone. The recent developments in the Arab world are witness to this fundamental principle.

Thank you.

**18.11. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Rede anlässlich der Auslandskulturtagung 2012,
Wien, 4. September 2012**

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,
liebe Freunde der Auslandskultur!

Österreichs Auslandskultur ist in Zeiten des Wandels ein wichtiges internationales Sensorium. Sie bietet eine Standortbestimmung und gibt Antwort auf wichtige Fragen der Einschätzung Österreichs. Unser Bild in der Welt wird ganz wesentlich von der Kultur geprägt. Wir werden oftmals vorrangig als Kulturnation wahrgenommen. Mit Freude lässt sich feststellen, dass das innovativ-kreative Potential Österreichs international beeindruckende Erfolge feiert, dass an frühere kulturelle Leistungen Österreichs angeschlossen wird und kulturelle Traditionen Österreichs fortgeführt werden aber auch neue, innovative Schritte gegangen werden.

Die Themenstellung der heurigen Auslandskulturtagung hat sich mit der Frage der virtuellen und realen Kulturarbeit beschäftigt. Wir sind in neue Dimensionen der Kommunikation vorgestoßen. Nach der Revolution des Internets haben wir eine weitere Steigerung der allgegenwärtigen Verfügbarkeit von Information erlebt.

Die virtuelle Welt hat auch unsere Arbeitsprozesse, unsere Tagesabläufe, unser gesellschaftliches Zusammenleben, ja vielleicht sogar die Art und Weise verändert, wie wir unsere Umwelt wahrnehmen. Und gleichzeitig erleben Millionen Menschen durch die sozialen Medien neue Beziehungsebenen, die Lebensweise und Bewusstsein prägen.

Ausgewählte Dokumente

Die heutige Tagung hat gezeigt, dass gerade die Kultur der permanenten Beschleunigung unserer Lebensweise eine andere Qualität entgegensetzen kann, nämlich jene der Langsamkeit und der Bedeutungstiefe.

Für diese Qualität steht zum Beispiel das heute präsentierte Projekt „schreibArt“, das das zeitgenössische literarische Schaffen in Österreich in den Mittelpunkt stellt, und sich auf die Nachhaltigkeit von Texten im Kontrast zur Flüchtigkeit der virtuellen Kommunikation konzentriert. Einer der Autoren von „schreibArt“, Richard Obermayr, hinterfragt in seinem Roman „Das Fenster“ das Phänomen der Beschleunigung, indem er sagt (ich zitiere):

„Was, wenn die Vergangenheit alles aufbewahrt, um es uns eines Tages wieder zurückzuerstatten? Wenn uns ein zweiter Tag folgt, der aufsammelt, woran wir achtlos vorbereiteten, was wir, um mit der Gegenwart Schritt zu halten, am Rand liegen lassen mussten?“

Trotz aller Erfahrungen in den virtuellen Welten der Kultur bin ich von der Bedeutung realer Kulturaktivitäten überzeugt. Für einen echten, tiefgründigen Kulturdialog und einer persönlichen Auseinandersetzung der Gesellschaft mit Kunstwerken und dem intellektuellen Austausch mit Künstlerinnen und Künstlern gibt es keinen Ersatz. Es bedarf der persönlichen Begegnungen und der Orte, die wir dafür bereitstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

So wie wir weltweit mit unserem kulturellen Erbe und unserer Gegenwartskunst wahrgenommen werden, so wollen wir sicherstellen, dass wir unsere globale Reichweite im Auslandskulturnetz bewahren. In einem Interview im „Standard“ hat Maja Haderlap kürzlich darauf hingewiesen, dass es „die Aufgabe der Kulturpolitik ist, dass sie Institutionen schafft, die künstlerische Arbeit ermöglichen, Rahmenbedingungen, die helfen, dass Kunst entstehen kann.“ Das ist in Zeiten der Knappheit öffentlicher Mittel nicht einfach – und doch: wir können logistisch noch besser und effizienter werden. Dazu können organisatorische Maßnahmen beitragen, die nicht automatisch mit einem Mehr an Ausgaben von Steuergeld verbunden sind.

Zum einen ist das die Erschließung von privaten und privatwirtschaftlichen Geldern. Ich freue mich sagen zu können, dass sich unsere Kulturforen und Vertretungsbehörden beim Einwerben von Drittmitteln nicht nur mit großem Engagement einbringen, sondern ganz große Erfolge zu verzeichnen haben. Im vergangenen Jahr konnte für jeden Euro operatives Kulturbudget der Kulturforen und Vertretungsbehörden 75 Cent an Sponsoring geworben werden. Nach 45 Cent im Jahre 2010 eine bemerkenswerte Steigerung – und das mitten in den krisenhaften Entwicklungen der Weltwirtschaft.

Zum anderen habe ich mich zu einem Schritt entschlossen, der das beachtliche Netz der österreichischen Auslandskultur widerspiegelt und eine noch größere Servicefunktion für unsere Kulturschaffenden bedeutet. Wir werden neben den bestehenden 30 Kulturforen an allen Vertretungsbehörden Kon-

Ausgewählte Dokumente

taktpunkte für die Kultur einrichten, Österreichische Kulturkontaktepunkte in der Welt – Austrian Cultural Contact Points. An jeder Vertretungsbehörde wird klar ausgewiesen sein, wer sich an einer Botschaft oder einem Generalkonsulat mit kulturellen Agenden beschäftigt, also der Ansprechpartner für unsere Künstlerinnen und Künstler ist. Der Auftrag zur Kulturarbeit ist allen unseren Vertretungsbehörden im Ausland mitgegeben!

Gemeinsam mit dem Netz an Österreich-Bibliotheken, den Österreich-Instituten und den vom ÖAD betreuten Lektorinnen und Lektoren verfügt Österreich über eine weltweite Präsenz, die unser Bekenntnis zur Kulturnation Österreich entsprechend widerspiegelt. Dazu gehört aber auch die Sicherstellung der öffentlichen Mittel. Ich bekenne mich zur öffentlichen Kulturförderung, die ein wichtiges Element der Kulturpolitik und damit auch der Auslandskulturpolitik darstellt. Daher freue ich mich sehr, dass ich Ihnen mitteilen kann, dass ich das Budget für die Auslandskulturarbeit trotz der intensiven Sparanstrengungen, die mein Ressort unternimmt, auch im kommenden Jahr unverändert halten konnte.

Eine wichtige Rolle kommt den Kulturforen und den Vertretungsbehörden auch in der Betreuung der wissenschaftlichen Beziehungen zu. Dieser Bereich hat nicht zuletzt durch die Verabschiedung der Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie der Bundesregierung im Vorjahr an Bedeutung gewonnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

Vor einem Jahr habe ich bei der Auslandskulturtagung das neue Auslandskulturkonzept vorgestellt. Es hat sich mit seinen klaren Zielen auch in der Umsetzung bewährt.

Den österreichischen Kulturschaffenden haben die Kulturforen und Vertretungsbehörden in ambitionierten Programmen Zugänge zum internationalen Kulturdiskurs geschaffen und sie bei ihrer internationalen Vernetzung unterstützt.

Wir haben das 10-Jahres-Jubiläum des Österreichischen Kulturforums in New York mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm gefeiert, darunter große Ausstellungsprojekte und eine Serie von Kompositionsaufträgen an herausragende Komponistinnen und Komponisten.

Im Rahmen der europäischen Kulturhauptstadt Maribor 2012 findet im Oktober ein Österreich-Monat statt, bei dem wir ein sehr ambitioniertes Programm vorstellen werden. Dem Schwarzmeerschwerpunkt ist ein großes österreichisches Kulturfestival in Sotschi gewidmet, das in wenigen Tagen über die Bühne geht.

Als Gastgeberland beim Festival Cervantino, dem größten lateinamerikanischen Kulturfestival, werden wir gemeinsam mit Polen und der Schweiz auftreten und eines der größten je bei einem Kulturfestival in Lateinamerika

Ausgewählte Dokumente

gezeigten Kulturprogramme präsentieren, das die ganze Bandbreite österreichischen Kulturschaffens abdeckt.

Die Kultur in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist ein wichtiges Element für das Zusammenwachsen der Bevölkerung Europas und die weiteren Integrationsschritte, die in den nächsten Jahren erfolgen sollen. Dabei nähern wir uns dem Jahr 2014, dem „Jahr der europäischen Zeitgeschichte“, wie es verschiedentlich genannt wird, in dem wir dreier großer historischer Ereignisse gedenken werden: dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem Fall des Eisernen Vorhangs. Für die Vielzahl an Veranstaltungen, die vor allem im Zusammenhang mit dem 100-Jahr-Gedenken des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, geplant sind und an denen sich Österreich aktiv beteiligen wird, habe ich unseren ehemaligen Botschafter in Washington und Berlin, Christian Prosl, gebeten, als Koordinator in meinem Ressort zu fungieren.

Das Internet hat uns große Möglichkeiten eröffnet, es hat uns aber auch verwundbarer gemacht. Das Internet und die sozialen Medien haben wesentlich zum „Arabischen Frühling“ beigetragen. Andererseits haben Diktaturen und repressive Regime neue Möglichkeit der Zensur erhalten und nutzen die Kommunikationskanäle, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen und diese weiterentwickeln möchten, um die Kontrolle der Bevölkerung zu verstärken.

Österreich hat sich in den letzten Jahren in allen internationalen Gremien massiv für Menschenrechte und Grundfreiheiten eingesetzt. Während unserer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben wir einen großen Erfolg gefeiert, als die Resolution 1894 zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten einstimmig verabschiedet wurde. Zurzeit arbeiten wir im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, dem wir seit 2011 angehören, an einer Resolution zur Pressefreiheit und dem Schutz von Journalisten. Dieses Thema forcieren wir auch im Rahmen der UNESCO, deren Exekutivrat wir seit letztem Jahr angehören.

Ein besonderes Anliegen sind mir die Aktivitäten im Bereich des Dialogs der Kulturen. Höhepunkt unserer internationalen Dialogbemühungen wird das Gipfeltreffen der Allianz der Zivilisationen in Wien im Februar 2013 in der Hofburg sein, wenn sich Persönlichkeiten und Zivilgesellschaftsorganisationen treffen und ihre Erfahrungen im Dialog der Kulturen austauschen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch das neu gegründete Dialogzentrum in Wien, das sich dem interreligiösen und interkulturellen Dialog verpflichtet fühlt, seine Arbeit aufgenommen haben und seinen Beitrag zu diesem Gipfeltreffen leisten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

Ich hoffe, das Sie mit der heutigen Auslandskulturtagung einen guten Eindruck erhalten haben, was das Netz der österreichischen Auslandskultur zu leisten in der Lage ist. Ich danke Sektionschef Martin Eichlinger und dem

Ausgewählte Dokumente

Team der Auslandskultur, und allen die vor und hinter den Kulissen am Gelingen der heurigen Auslandskulturtagung mitgearbeitet haben. Ich danke den bemerkenswerten Künstlerinnen und Künstlern, die heute aufgetreten sind. Und ich danke all jenen Personen im Saal, die sich in der einen oder anderen Form um die Anliegen der Auslandskultur bemühen.

18.12. Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka:

„Austrian Development Cooperation in response to a changing environment“.

Rede bei der Internationalen Paneldiskussion

„Change and Challenges for Development Cooperation“,
Wien, Parlament, 11. Oktober 2012 (nur englisch)

The world of development cooperation is a world of **significant changes in recent years**. These changes are based on alterations like the new global distribution of power and wealth, the growing population, the financial and economic crisis, migration or climate change.

Consequently, because of the global nature of the challenges ahead of us, politics have to globalize as well in order to find appropriate answers. **No country**, not even the biggest one and certainly not one the size of Austria, **can find a solution on its own**. Only through **collective action** can we foster the creative, outside-the-box type of thinking which allows us to shed old imperatives of policy making and find innovative solutions to global challenges.

While there are several ways of approaching these challenges, we believe that **development cooperation** offers a unique opportunity to address many of them. As such, development does not only help to improve the lives of the around 900 million people that live in poverty today, it is a way to **tackle problems that concern the world at large**. It is an opportunity to sustain global goods, and to overcome global „bads“.

Since 2000, the MDGs – **Millennium Development Goals** – have provided the main **framework for global development cooperation**. However, looking beyond their expiration date in 2015, a new paradigm will be required. A **paradigm** that we believe should be built on **human rights, inclusivity and sustainability**, and that integrates the **Sustainable Development Goals** we are discussing right now into the process.

The success of the on-going **post-2015 debate** will depend to a large extent on the strength and sincerity of our global collaboration. Only through the **spirit of a global partnership**, as was laid out in **Busan**, will we be able to find sustainable answers to the challenges facing us.

Ladies and Gentlemen,

This understanding of development cooperation has important consequences for **Austria and our future engagement** in this field. While building and

Ausgewählte Dokumente

strengthening partnerships is crucial for all countries, it is of particular importance for a smaller country like Austria.

The kind of partnerships we seek will foster inclusivity by integrating and linking the increasing number of development actors. Naturally, partnerships are not only built on rights, but also on responsibility. We attach great importance to this aspect and it guides our engagement in partnerships at all levels.

At the multilateral level, much of our engagement will be channelled through EU institutions and in particular the EU-Africa partnerships. However, we also consider the United Nations system, the International Financial Institutions, the Busan Global Partnership and other working streams of the OECD as very important frameworks.

Through our engagement with these institutions, we want to advance the integration of new development actors like the BRICS-States. At the same time, while the integration of new actors is crucial, the development community must uphold certain standards. Our goal has to be an improvement of the accountability mechanisms to monitor abidance by these standards.

Many of the principles Austria supports at the multilateral level also guide our policies at the bilateral level. The cooperation with our partner countries will continue to reflect the spirit of Busan and the Paris Declaration. As such, we aim to empower our partner countries to take ownership and drive their national development agenda. For our part, we will approach each country with an open mind and with the understanding that no two situations are alike and can be solved with one and the same recipe. We will listen to our partners and make every effort to remain a reliable and accountable counterpart.

In addition to multilateral and bilateral partnerships, we also attach great importance to cooperation at the domestic level. Given the range of development actors, including parliament, civil society organizations, the private sector and academia, a coherent, coordinated and complementary approach is essential.

Policy coherence for development is the key word and I am pleased to say that we have achieved considerable progress in this area. In particular, our hosts today, the Austrian Parliament, deserve credit for their efforts in this context. Yet, there is still a long road ahead of us and we need to continue to strengthen coordination at the domestic level.

Ladies and Gentlemen,

For taking on an influential role on the international stage, we first have to be very clear about our overall objectives, as laid out in the Austrian Development Act. Subsequently, we need to identify the areas in which we possess comparative strengths and can therefore make a difference in attaining these objectives. The Austrian 3-year-program of development policy is central in

Ausgewählte Dokumente

this regard, as it outlines our **areas of specialization** and thus **prevents a fragmentation of our funding**. In the coming years, we will continue to focus on the **nexus of water, energy, agriculture and forestation**, on the development of the **private sector** and on the promotion of **human rights**.

In line with our overall vision of sustainable and future-oriented development, we take **environmental and gender considerations** into account in all aspects of our work. Likewise, we consider **training and education as the foundation** for a promising future and therefore as a key element towards achieving the development goals. As an active contributor to the Busan process, we **commit ourselves** to results transparent and mutually accountable cooperation.

Finally let me point out the importance of **continuous innovation** for the field of development. This includes complementing traditional financing sources of ODA with more innovative mechanisms, such as the **financial transaction tax**, which will be introduced now by eleven members of the EU. And it also means **improving coherence and synergies** between development cooperation and policies in other areas, such as **trade, agriculture or energy**.

Ladies and Gentlemen,

development cooperation has been a challenging area in the past and it will remain a challenge for the future. However, decisive **improvements are possible** if we build upon **strong partnerships** and approach key issues in an effective, innovative and open-minded manner. And there is no doubt that, **if the public and the private sector and civil society in Austria join forces, we can together make a considerable contribution to this cause**.

Thank you very much!

18.13. Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka:

„Austrian Development Cooperation in response to a changing environment“.

Rede bei der ersten Versammlung der Vertragsparteien des Abkommens über die Errichtung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) als internationale Organisation,

**Wien, Vienna International Centre,
29. November 2012 (nur englisch)**

Madam President,

At the outset, I would like to convey warm greetings from the Austrian Foreign Minister and Vice-Chancellor Michael Spindelegger to all the distinguished delegates. I highly appreciate the fact that so many parties have fol-

Ausgewählte Dokumente

lowed our invitation to this first Assembly of Parties. This is a very encouraging sign of commitment from IACA's constituency.

Madam President,
Distinguished Delegates,

We all share the common understanding that corruption is a global threat which affects public as well as private sectors in all societies. There is also common agreement that the effects of corruption are enormously detrimental to the rule of law, democracy, social and economic development. My own country is not spared. Continuous efforts and firm commitment are required to prevent and combat it. Austria has recently strengthened her criminal law provisions on corruption and re-enforced prosecution. The Austrian Parliament established a committee inquiring into political responsibilities for corruption cases up to the government level.

The Austrian Government has also taken a variety of measures and initiatives on awareness-raising, prevention, education and training. The Ministry of the Interior has established a Single Point of Contact to share information on corruption cases. Special courses, conferences and events such as the annual Austrian Anti-Corruption Day are regularly organised.

At the same time Austria is actively engaged in anti-corruption efforts on the European and international level. We support initiatives like the International Anti-Corruption Summer School and the European Anti-Corruption Training. We are convinced that strengthening cooperation is a prerequisite for effectively countering corrupt practices on the national as well as the international level. With the United Nations Convention Against Corruption (UNCAC) we have an important legally binding instrument in place. The UN Office on Drugs and Crime (UNODC) is playing a crucial role in providing legal and technical assistance to ensure full and effective implementation of this convention. Austria is a strong supporter of both, UNCAC and UNODC.

Still, there was an additional need for an independent centre of excellence in the field of anti-corruption education, training, networking and research in order to make our fight against corruption more effective, more successful and more sustainable. Therefore, together with UNODC and other partners such as the European Anti-Fraud Office (OLAF), we promoted the idea of establishing the International Anti-Corruption Academy as an international organisation.

The rest of the story is well known to all of you. IACA's successful inaugural conference took place in September 2010. The founding agreement entered into force a few months later, and the number of states and international organisations becoming part of IACA's overall constituency has continuously and significantly increased since then. IACA has managed to become operational within a very short period of time and offers first training programs, seminars and workshops.

Ausgewählte Dokumente

Madam President,

You have provided a comprehensive overview and assessment of IACA's achievements up to now and of the main challenges ahead, which will be discussed in detail by this Assembly.

Let me now focus on what Austria believes should be the next crucial steps for a smooth transition from the build-up phase to a sustainably functioning fully fledged international organisation:

- First of all, we have to ensure continuity and legal certainty. We do not start from scratch today. The Academy is already operating. It has its premises, provisional staff, has been granted financial resources and has concluded working arrangements. In a nutshell, there is already an 'Acquis' of IACA, that has to be endorsed by this Assembly and which we can build on.
- Secondly, based on what has been achieved so far, the Assembly has to set up the organisation's regular institutional structure. It is essential to elect a Board of Governors, which will be quickly in a position to take the necessary institutional and other decisions. Therefore the Austrian nominee for the Board has proposed to convene and to host the first meeting of the Board immediately following the Assembly's session.
- Thirdly, IACA needs a sustainable financial basis in order to fulfil its mandate. Austria has provided not only substantial financial contributions but also the premises and a significant part of the provisional staff. We are fully convinced that this investment is worthwhile. As host country we will certainly continue to support IACA in the best possible way. We are more than grateful to those that have made contributions to IACA and the fight against corruption. However, more voluntary contributions are needed. We therefore encourage all parties as well as signatories to contribute to the successful development of this international organisation for the benefit of all of us.

Madam President,
Distinguished delegates,

The establishment of IACA and its future is particularly near and dear to us. Following the international community's overwhelming interest to participate in this organisation, IACA's Transitional Team has shown outstanding dedication and has undertaken enormous efforts. Let me express Austria's acknowledgement and gratitude to this team. The build-up phase has been an impressive success story. IACA's constituency has never stopped growing. It is now the parties' responsibility to ensure that our organisation will be able to consolidate and to develop further on a solid institutional and a sustainable budgetary basis. We have jointly set up IACA. Let us now again combine our efforts in strengthening and promoting this organisation.

Thank you for your attention.

Ausgewählte Dokumente

**18.14. Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner,
Rede anlässlich der Konferenz der Vereinten Nationen
über nachhaltige Entwicklung (Rio+20),
Rio de Janeiro, 21. Juni 2012 (nur englisch)**

Mr./Ms. Vice-President,
Distinguished Delegates,
Ladies and Gentlemen,

At the outset, let me thank the government of Brazil and the city of Rio de Janeiro for hosting this important conference. We have gathered here in Rio to take stock of the achievements on sustainable development over the last 20 years and to decide on our way forward.

Rio 1992 was a milestone for environment and development and its outcome is still valid. Despite the progress achieved on the national, regional as well as the international levels, we are still facing considerable environmental and developmental challenges. Climate change, loss of biodiversity, hunger and extreme poverty demand urgent action and our utmost attention. The international community therefore has to strengthen its efforts for sustainable development.

All three dimensions of sustainable development – namely its ecological, economical and social dimensions – are interrelated. This conference clearly demonstrates that green economy, the protection of our planet also as provider of food and water are essential preconditions to nourish our rapidly growing world population. Green economy and poverty reduction are therefore directly interlinked. Furthermore, I wish to stress the need to especially protect and promote the socially most disadvantaged – women, children and disabled persons. Without enhancing the living conditions and rights of these groups, sustainable development might remain a mere concept.

Tomorrow, we will formally adopt the outcome document of this conference „The Future We Want“. Austria welcomes the outcome document as a step in the right direction and a basis for further action. Rio+20 marks the beginning of a new form of multilateralism – of a dialogue not only involving state actors, but all levels of society and stakeholder groups. The life of future generations is not only a responsibility for governments, but also the civil society, the private sector, the scientific community and non-governmental organisations.

However, we would have hoped to achieve even more concrete and more ambitious results at the occasion of this conference. Austria as a member of the European Union has come to Rio committed to take action on green economy, on the institutional framework and on sustainable development at large.

We accept that we need more time and in depth discussions on some of these issues. And we look forward to continue our discussions in good faith. I am pleased that we agreed on a common, global understanding of green econ-

Ausgewählte Dokumente

omy. And it is clear: green economy does not replace the concept of sustainable development. It is a means to achieve it!

Green economy has many advantages, resulting in win-win situations. For example in Austria the environmental sector is booming and environmental technologies „Made in Austria“ are well known all over the world. This is good for the environment but also good for the economy. Green economy on the other hand should not lead to new trade barriers for developing countries. And we have made this clear here in Rio.

Another important sector for Austria is sustainable energy. In particular renewable energy and energy efficiency are the cornerstones of our national energy policy. Currently, almost one third of the total energy consumption as well as some two thirds of our electricity consumption are provided by renewable energies. In 2010, renewable energies saved 30 million tons of CO₂ emissions.

We share our know-how in this sector also with other countries. Therefore, energy has been a thematic focus of the Austrian Development Cooperation since many years. In line with this long-standing policy and commitment, Austria fully supports the „Sustainable Energy for All“ initiative of the Secretary General of the United Nations.

Ladies and Gentlemen,

Austria welcomes the agreement on Sustainable Development Goals and will actively engage in their elaboration. In our view, priorities such as energy, water and food security must be covered by those new targets.

In this context, I wish to underline that we have to remain committed to the achievement of the Millennium Development Goals by 2015. We will have to work together on the post 2015 agenda, formulating the new Sustainable Development Goals while keeping our special attention to the development agenda.

Mr. President,

In closing, I would like to reiterate: Rio+20 is another step in the right direction towards sustainable development, including green economy and the fight against poverty.

But many more decisive steps from all of us have to follow to achieve „the future we want“.

Let us use the momentum generated at this occasion to continue the work towards this future, especially for the benefit and in the interest of our children and coming generations.

I thank you.

Anhang

I. Länderinformationen

Anmerkung: Die Schengenvertretungen sind im Internet auf der BMiA Homepage unter www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buergerservice/pass-und-visum/schengen-visainformationen.html abrufbar.

Die Außenhandelszahlen beruhen auf vorläufigen Ergebnissen (Quelle: Statistik Austria).

Die EZA-Zahlen sind gerundet und beruhen auf vorläufigen Zahlen ohne Anteile aus geographisch verteilten Stipendien- und NRO-Rahmenprogrammen.

Afghanistan

(Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Hamid Karzai

Außenminister
Zalmai Rassoul

ÖB: siehe Pakistan; AC: siehe Iran

Gespräch Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger mit Außenminister Zalmai Rassoul am Rande der 67. VN-GV (New York, 28. September)

Österreich beteiligte sich weiterhin an ISAF: Drei österreichische Offiziere sind beim Stab von ISAF in Kabul eingesetzt. Im Zuge der Sicherheitssektorreform beteiligt sich Österreich mit bis zu fünf PolizeibeamtInnen an EU-POL Afghanistan. Darüber hinaus unterstützt Österreich Projekte von UNODC, OSZE und im Bereich Entminierung.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA:

Wissenschaft:

Es bestehen wissenschaftliche Kontakte zwischen dem Kunsthistorischen Museum und dem Kabul Museum.

Österreichische Exporte: 13.009 Millionen Euro (+41,9 %)

Importe: 226.000 Euro (+109,8 %)

Ägypten

(Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt Mohammed Mohammed Morsi (seit 30. Juni)	Regierungschef Hesham Mohamed Qandil (seit 24. Juli)	Außenminister Mohamed Kamel Amr
--	---	------------------------------------

Kairo – ÖB, KF, Büro des Verteidigungsattachés, AC, ÖAI; Alexandria – HGK

Besuche aus Österreich:

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit stv. Außenminister Ramzy Ezzedine Ramzy und dem Kabinettschef des Generalsekretärs der Arabischen Liga Waguih Hanafy (4.–5. November); Leiter der Kulturpolitischen Sektion im BMiA Martin Eichtinger, Teilnahme am II. Arab-European Young Leaders Forum (11.–14. November); Vizekanzler und

Anhang

Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am EU-LAS Außenminister-Treffen, Gespräche mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga Nabil El Araby, Friedensnobelpreisträger Mohamed El Baradei und mit dem interimistischen Oberhaupt der koptischen Kirche Bischof Bakhomios (12.–13. November); Stv. Leiter der Politischen Sektion im BMfA Friedrich Stift, Teilnahme an der EU-Egypt Task-Force (13.–14. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die Visumsfreiheit für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik Österreich und Inhaber von Diplomaten-, Spezial- und Dienstpässen der Arabischen Republik Ägypten wurde von Ägypten ratifiziert.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 97.000 Euro

Österreichische Exporte: 192,910 Millionen Euro (-2,2 %)

Importe: 89,077 Millionen Euro (+42,6 %)

Albanien

(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt
Bujar Nishani
(seit 24. Juli)

Regierungschef
Sali Berisha

Außenminister
Edmond Panariti
(seit 3. Juli)

Tirana – ÖB, Verbindungsbeamter des BMI, Bildungsbeauftragte des BMUKK, Außenwirtschaftsbüro, Koordinationsbüro der OEZA; AC siehe Slowenien; Shkodra – HK

Besuche aus Österreich:

Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Treffen mit Präsident Bujar Nishani, Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli und Premierminister Sali Berisha, Rede vor dem Parlament, Eröffnung eines Kraftwerks (16.–18. September); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Eröffnung der Ausstellung „Skanderbegs Waffen in Albanien“ gemeinsam mit Bundesministerin Claudia Schmied, Premierminister Sali Berisha und Kulturminister Aldo Bumçi, Verleihung des Skanderbegordens durch Präsident Bujar Nishani, Eröffnung der Festveranstaltung „20 Jahre Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)“ mit Premierminister Sali Berisha (22. November); Bundesministerin Claudia Schmied, Eröffnung der Skanderbegausstellung mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Premierminister Sali Berisha und Kulturminister Aldo Bumçi, Treffen mit Bildungsminister Myqerem Tafaj (22. November); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme an den offiziellen Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstagsjubiläum Albaniens (28. November); Zweiter Präsident des Nationalrates Fritz Neugebauer, Teilnahme an den offiziellen Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstagsjubiläum Albaniens, Treffen mit Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli, Straßeneröffnung gemeinsam mit dem Bürgermeister von Tirana, Lulzim Basha (28.–29. November).

Besuche in Österreich:

Innenminister Bujar Nishani, Teilnahme an der Ministerkonferenz der Zentralasiatischen Grenzsicherheitsinitiative (CABSI); Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (16. April); Vizepremier- und Außenminister Edmond Haxhinasto, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger (14. Juni); Polizeipräsident Hysni Burgaj, Treffen mit Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Herbert Anderl (19. September).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 822.000 Euro

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerrat der Republik Albanien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde am 2. Mai in Wien unterzeichnet.

Länderinformationen

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über die Zusammenarbeit betreffend die Leihgabe von Gegenständen ihres beweglichen staatlichen Kulturerbes für Ausstellungen auf dem Staatsgebiet des jeweils anderen Staates wurde am 29. August in Wien und Tirana unterzeichnet und trat am 16. November in Kraft.

Das Protokoll zur Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft wurde am 29. August in Wien und Tirana unterzeichnet und trat am 16. November in Kraft.

Wissenschaft:

Längerfristige Kooperationsabkommen der Universitäten Graz, Klagenfurt und Wien mit der Universität Shkodra; Österreichbibliothek an der Universität Shkodra; Lehrtätigkeit eines österreichischen Lektors am Germanistikinstitut der Universität Shkodra.

Österreichische Exporte: 55,166 Millionen Euro (-25,8 %)

Importe: 26,688 Millionen Euro (-11,7 %)

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Abdelmalek Sellal	Mourad Medelci
	(seit 3. September)	

Algier – ÖB, AC

Österreich beteiligte sich an der EU-Wahlbeobachtungsmission bei den Parlamentswahlen am 10. Mai.

Besuche in Österreich:

Landwirtschaftsminister Rachid Benaissa, Teilnahme an der Eröffnung der "Agraria 2012" gemeinsam mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich und Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zur bilateralen Kooperation in der Landwirtschaft (Wels, 28.–31. August).

Wissenschaft:

Eine DaF-Assistentin unterrichtete im Wintersemester 2011/12 österreichische Literatur und Landeskunde an der Universität Oran. Zwischen den Universitäten Innsbruck und Oran wurde eine Universitätspartnerschaft initiiert.

Österreichische Exporte: 220,311 Millionen Euro (+50,0 %)

Importe: 209,511 Millionen Euro (+46,6 %)

Andorra

(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten:	Antoni Martí Petit	Gilbert Saboya Sunyé
François Hollande (seit 15. Mai) (französischer Staatspräsident)		
Joan Enric Vives i Sicilia (Erzbischof von La Seu d'Urgell)		

ÖB, AC: siehe Spanien

Besuche in Österreich:

Außenminister Gilbert Saboya, Arbeitsgespräche mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (22. November).

Anhang

Österreichische Exporte: 3.735 Millionen Euro (+12,6 %)

Importe: 642.000 Euro (+190,9 %)

Angola

(Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt und Regierungschef
José Eduardo dos Santos

Außenminister
Georges Rebelo Chikoti

ÖB: siehe Südafrika; AC: siehe Südafrika; Luanda – HK

Besuche in Österreich:

Erdölminister José de Vasconcelos, Teilnahme am Treffen der OPEC (11.–13. Dezember).

Österreichische Exporte: 25.897 Millionen Euro (+61,6 %)

Importe: 43.000 Euro (-44,4 %)

Antigua und Barbuda

(Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.
vertreten durch:
Generalgouverneurin
Dame Louise Lake-Tack

Regierungschef und Außenminister
Winston Baldwin Spencer

ÖB, AC: siehe Venezuela; St. John's – HK

Österreichische Exporte: 176.000 Euro (+7,0 %)

Importe: 21.000 Euro (+32,1 %)

Aquatorialguinea

(Republik Aquatorialguinea), Malabo

Staatsoberhaupt
Teodoro Obiang Nguema
Mbasogo

Regierungschef
Vicente Ehate Tomi
(seit 21. Mai)

Außenminister
Agapito Mba Mokuy
(seit 22. Mai)

ÖB, AC: siehe Nigeria

Bilaterale Leistungen (Nettozahlung) im Rahmen der OEZA: Euro

Österreichische Exporte: 1.035 Millionen Euro (+6,7 %)

Importe: Es wurden keine Importe registriert

Argentinien

(Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Cristina Fernández de Kirchner

Außenminister
Héctor Timerman

Buenos Aires – ÖB, AC; Córdoba, Mendoza, Posadas (vorübergehend geschlossen), San Carlos de Bariloche – HK

Länderinformationen

Besuche aus Österreich:

Bundesministerin Beatrix Karl, Treffen mit Justizminister Julio Alak, Vizepräsidentin des Obers ten Gerichtshofs Elena Highton de Nolasco und Präsident des Rechnungshofs Leandro Despouy (1. und 2. November); Offizieller Besuch von Bundespräsident Heinz Fischer begleitet von Bundesministerin Doris Bures, Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Staatssekretär Andreas Schieder, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl, Wirtschafts-, und Wissenschaftsdelegation, Treffen mit Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, Wirtschafts- und Finanzminister Hernán Lorenzino, Industrieministerin Débora Giorgi, Wissenschaftsminister Lino Barañao, Außenministeriums-Staatssekretär Eduardo Antonio Zuain, Finanzstaatssekretär Adrián Cosentino (3.–5. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Memorandum of Understanding über Zusammenarbeit im Justizbereich wurde am 2. November in Buenos Aires unterzeichnet.

Österreichische Exporte: 194,176 Millionen Euro (+53,7 %)

Importe: 134.108 Millionen Euro (-8,3 %)

Armenien

(Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Serzh Sargsyan	Tigran Sargsyan	Edward Nalbandian

Wien – ÖB; Jerewan – HK, Österreich-Bibliothek; Informationszentrum; AC: siehe Russland; GK Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich:

Offizieller Besuch von Bundespräsident Heinz Fischer, begleitet von Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Gespräche mit Präsident Sargsyan, Parlamentspräsidenten Abrahamyan, Patriarch Katholikos Karekin II. (25. Bis 27. Juni).

Besuche in Österreich:

Wirtschaftsminister Tigran Davtian, Teilnahme an der vom BMWFJ organisierten Konferenz für Zentralasien und den Südcaukasus (26. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Der Vertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Armenien über Entwicklungszusammenarbeit wurde am 26. Juni in Jerewan unterzeichnet.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 753.000 Euro

Wissenschaft:

Vom 3.–5. Juni organisierte das BMUKK an der Staatlichen Linguistischen W.-Brjussow-Universität in Jerewan Österreichtag. Am 28. Oktober fand in der Österreich-Bibliothek Franz Werfel Jerewan das Symposium „Franz Werfel und seine Zeit“ statt.

Österreichische Exporte: 51,687 Millionen Euro (+31,9 %)

Importe: 2,346 Millionen Euro (-61,4 %)

Aserbaidschan

(Republik Aserbaidschan), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rasizade	Elmar Mammadjarov

Baku – ÖB, Marketingbüro der WKO, Österreich-Bibliothek

Anhang

Besuche aus Österreich:

Delegation unter der Leitung von Sektionschef im BMVIT Andreas Reichhardt, Konsultationen (10.–13. April, 9.–12. Juli, 5.–8. November); Bundesministerin a.D. Claudia Bandion-Ortner, Leiter des IACA International Transition Team Dekan Martin Kreutner und Delegation der Internationalen Antikorruptionsakademie Laxenburg (IACA), Treffen mit Steuerminister Fazil Mammadow, Justizminister Fikrat Mammadov, Vorsitzendem der Antikorruptionskommission Karman Alijew und Generalstaatsanwalt Zakir Garalow (13.–16. Februar); Abgeordnete zum Europäischen Parlament Ulrike Lunacek im Rahmen eines Arbeitsbesuchs des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP (17.–20. Februar); 2. Landtagspräsidentin von Salzburg Gudrun Mosler-Törnström im Rahmen einer Europaratstelegation (1.–6. April); Bundesministerin a.D. Claudia Bandion-Ortner, Bundesministerin a.D. Karin Gastinger, Präsident des Obersten Gerichtshofes a.D. Johann Rzeszut, Teilnahme am Baku International Humanitarian Forum (4.–5. Oktober); Präsidentin des Stadtschulrats für Wien Susanne Brandsteidl, offizielle Repräsentantin der Stadt Wien am Wien Ball (20. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Peter Schieder, Teilnahme an der Konferenz „Hospitality“ (19. und 20. Oktober).

Besuche in Österreich:

Minister für Fernmeldewesen und Informationstechnologien Ali Abbasov, Ko-Vorsitz der Gemischten Wirtschaftskommission (21. und 22. Februar); Parlamentspräsident von Naxicevan Vasif Talibov, Treffen mit Landtagspräsident der Steiermark Manfred Wegscheider (Graz, 6.–9. Mai); Vizeaußenminister Kalaf Xalafov, Politische Konsultationen (5. Juni); Minister für Auswärtige Beziehungen Elmar Mammadjarov, Teilnahme am Trilog (Salzburg, 16. und 17. August); Minister für Katastrophenschutz Kamaladdin Hajdarov, Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (18. September); Minister für Arbeit und Soziales Füsun Alakbarov, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer (18. September); Justizminister Fikrat Mammadov, Teilnahme an der 31. Konferenz der Justizminister des Europarates „Antworten der Justiz auf die städtische Gewalt“ (19.–21. September); Minister für Tourismus und Kultur Abulfaz Garayev, Teilnahme an der CCA-Ministerkonferenz (26. September); Minister für Industrie und Energie Natig Aliyev, Teilnahme am Ministertreffen des Nabucco Komitees (8. Oktober); Vizeaußenminister Aras Asimov bei Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (24. Oktober).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Memorandum of Understanding über die Kooperation zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales der Republik Aserbaidschan und dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz der Republik Österreich wurde am 19. September in Wien unterzeichnet.

Ein bilaterales Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen befindet sich in Verhandlung.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 161.000 Euro

Österreichische Exporte: 114.920 Millionen Euro (+27,9 %)

Importe: 157,567 Millionen Euro (+167,0 %)

Äthiopien

(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatoberhaupt Girma Wolde Giorgis	Regierungschef Hailemariam Desalegn (seit 21. September)	Außenminister Tewodros Adhanom (seit 29. November)
---------------------------------------	--	--

Addis Abeba – ÖB, Ständige Vertretung bei der AU; Koordinationsbüro der OEZA; AC siehe Ägypten

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 4,6 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 25,161 Millionen Euro (+107,6 %)

Importe: 5,884 Millionen Euro (+0,4 %)

Länderinformationen

Australien

(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Julia Gillard	Bob Carr
vertreten durch:		(seit 13. März)
Generalgouverneurin		
Quentin Bryce		
Canberra – ÖB; Sydney – HGK, AC, ÖW; Brisbane, Melbourne – HGK; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – HK		

Wiedereröffnung des HK Perth am 27. Juli und des HGK Brisbane am 18. Dezember.

Besuche aus Österreich:

Zweiter Präsident des Nationalrates Fritz Neugebauer, Klubobmann Karlheinz Kopf und 3. Präsidentin des Wiener Landtages Marianne Klicka, Treffen mit dem Präsidenten des Oberhauses (Legislative Council) des Parlaments des Bundesstaates Victoria Bruce Atkinson, dem Präsidenten des Unterhauses (Legislative Assembly) des Parlaments des Bundesstaates Victoria Ken Smith und der Parlamentarischen Staatssekretärin für Kunst des Bundesstaates Victoria Heidi Victoria (29. Oktober).

Abkommen/Verhandlungen:

Das 2. Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und Australien im Bereich der sozialen Sicherheit sowie die Zusatzverwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und Australien im Bereich der sozialen Sicherheit sind am 1. Jänner in Kraft getreten.

Das Memorandum of Understanding über den gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt für Angehörige von Mitgliedern der diplomatischen Vertretungen und Berufskonsulaten ist am 20. April in Kraft getreten.

Österreichische Exporte: 755,570 Millionen Euro (+11,4 %)

Importe: 66,837 Millionen Euro (-17,8 %)

Bahamas

(Commonwealth der Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Perry G. Christie	Frederick A. Mitchell
vertreten durch:	(seit 8. Mai)	(seit 10. Mai)
Generalgouverneur		
Sir Arthur A. Foulkes		

ÖB: siehe Vereinigte Staaten; AC: siehe Vereinigte Staaten (AC New York); Nassau – HK

Österreichische Exporte: 9,764 Millionen Euro (+6,0 %)

Importe: 863.000 Euro (-29,1 %)

Bahrain

(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Hamad Bin Isa	Prinz Khalifa Bin	Sheikh Khalid Bin Ahmed
Bin Salman Al-Khalifa	Salman Al-Khalifa	Bin Mohamed Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; AC: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Länderinformationen

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am Treffen der NATO-Verteidigungsministerinnen (3. Februar); Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Gespräche mit dem Vizepräsidenten der Region Rhône-Alpes Bernard Soulage, dem Präfekten des Bezirks Varazdin Predrag Stromar und dem Bürgermeister von Rijeka Vojko Obersnel (18. und 19. Juli); Bürgermeister Michael Häupl, Arbeitsbesuch beim Bürgermeister von Brüssel Freddy Thielemans und Bürgermeister von Rotterdam Ahmed Aboutaleb (30. September); Staatssekretär Sebastian Kurz, Arbeitsbesuch bei Innenministerin Joëlle Milquet (15. Oktober); Landeshauptmann Markus Wallner, Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang (24. Oktober); Kardinal Christoph Schönborn und österreichische Bischöfe, Abhaltung einer österreichischen Bischofskonferenz in Brüssel (5.–8. November); Landeshauptmann Hans Niessl, Arbeitsbesuch bei Energiekommissar Günther Öttinger, Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft Karl-Heinz Lambertz und REGIO-Generaldirektor Walter Defaa (28. und 29. November); Landeshauptmann Josef Pühringer, Übergabe des Friedenslichtes (18. Dezember).

Besuche in Österreich:

Außenminister Didier Reynders, Teilnahme am Treffen der europäischen Zukunftsgruppe (15. Mai); Arbeitsministerin Monica De Coninck, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Rudolf Hundstorfer (25.–28. August); Staatssekretär für Umwelt und Energie Melchior Wathelet, Arbeitsbesuch bei der IAEA (18. September); Ministerin für Jugend und Beihilfen der Region Brüssel Evelyne Huytebroeck, Teilnahme an einer ministeriellen Konferenz des BMASK (19. und 20. September); Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, Arbeitsbesuch bei Landtagspräsident Herwig van Staa (Innsbruck, 26. Oktober).

Abkommen/Verhandlungen:

CEATS-Beendigungsvereinbarung, Hinterlegung der Ratifikationsurkunde (25. Jänner).

Österreichische Exporte: 1.703.287 Millionen Euro (-0,2 %)

Importe: 1.976.189 Millionen Euro (-4,0 %)

Belize

(Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt
Königin Elisabeth II.
vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

Regierungschef
Dean Barrow

Außenminister
Wilfred Elrington

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; Belize-Stadt – HGK

Österreichische Exporte: 4.953 Millionen Euro (+48,9 %)

Importe: 150.000 Euro (+281,3 %)

Benin

(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt
Thomas Boni Yayi

Regierungschef
Pascal Irénée Kouakpi

Außenminister
Nassirou Arifari Bako

ÖB, AC: siehe Nigeria; Cotonou – HK

Österreichische Exporte: 5.159 Millionen Euro (-27,4 %)

Importe: 17.000 Euro (-21,0 %)

Anhang

Bhutan

(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt

König Jigme Khesar

Namgyel Wangchuck

Regierungschef

Jigmi Y. Thinley

Außenminister

Ugyen Tshering

ÖB, AC: siehe Indien; Koordinationsbüro der OEZA – Thimphu

Gespräch Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger mit Premierminister Jigmi Y. Thinley am Rande der 67. VN-GV (New York, 28. September)

Besuche aus Österreich:

Zweiter Präsident des Nationalrats Fritz Neugebauer, Treffen mit Parlamentssprecher Lyonpo Jigme Tshultim (30. April).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2,352 Millionen Euro

Wissenschaft:

Die Royal University of Bhutan ist Mitglied im Eurasia-Pacific-Uninet; regelmäßiger Austausch von ForscherInnen und ProfessorInnen mit österreichischen Universitäten; Durchführung gemeinsamer, wissenschaftlicher Projekte; österreichische Unterstützung der beruflichen Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft.

Österreichische Exporte: 6,268 Millionen Euro (+120,6 %)

Importe: 54.000 Euro (k.A.)

Bolivien

(Plurinationaler Staat), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Juan Evo Morales Ayma

Außenminister

David Choquehuanca Céspedes

ÖB: siehe Peru; AC: siehe Chile; La Paz – HGK; Santa Cruz – HK

Besuche in Österreich:

Staatspräsident Evo Morales, Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer (12. März).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 60.000 Euro

Österreichische Exporte: 10,088 Millionen Euro (+40,0 %)

Importe: 8,272 Millionen Euro (+32,1 %)

Bosnien und Herzegowina

(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt

Staatspräsidium

mit rotierendem Vorsitz

Regierungschef

Vjekoslav Bevanda

(seit 12. Jänner)

Außenminister

Zlatko Lagundžija
(seit 10. Februar)

Nebojša Radmanović

(seit 10. November)

Željko Komšić

Bakir Izetbegović

Sarajewo – ÖB; AC, Büro des Verteidigungsattachés, des Verbindungsbeamten des BMI, der Bildungsbeauftragten des BMUKK, regionales österreichisches Kooperationsbüro in Wissenschaft und Kultur der Österreichischen Kulturvereinigung, Verbindungsbüro der Stadt Wien,

Länderinformationen

Besuche aus Österreich:

Delegation des steirischen Landtages unter Leitung von Landtagspräsident Manfred Wegscheider, Gegenbesuch beim Repräsentantenhaus der Föderation von Bosnien und Herzegowina (FBiH), Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens (21.–23. März); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Arbeitsbesuch bei Premierminister des Kantons Sarajewo Fikret Mušić, Besuch der Kärntner EUFOR-SoldatInnen, Gespräche mit Ministerratsvorsitzenden Vjekoslav Bevanda, Staatspräsidiumsvorsitzenden Bakir Izetbegović und Bürgermeister von Mostar Ljubo Beslić (Sarajewo, Mostar, Medjugorje, 22.–25. März); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindlauer, gemeinsamer Arbeitsbesuch mit dem Außenminister der Republik Slowenien Viktor Erjavec bei Außenminister Zlatko Lagumdzija, im Staatspräsidium, beim Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Valentin Inzko und der EU-Delegation (3. Mai); Vorsitzender der Westbalkanarbeitsgruppe des Ausschusses der Regionen Europas und Landeshauptmann a.D. Franz Schausberger, Tagung im Parlament und Café d'Europe Régional (Sarajewo, Banja Luka, 22.–23. Mai); Generalstabschef Edmund Entacher, Arbeitsbesuch bei Generalstabschef Miladin Miločić,Verteidigungsminister Muhamed Ibrahimović und EUFOR Althea (23.–25. Mai); Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderätin Barbara Novak (31. Mai); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Arbeitsbesuch beim Industrie-, Energie- und Bergbauminister der Republika Srpska (RS) Željko Kovačević, Eröffnung eines KELAG-Wasserkraftwerks (Banja Luka, Novakovići, 26.–27. Juni); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Arbeitsgespräch mit Sicherheitsminister Sadik Ahmetović (5.–6. Juli); Landeshauptmann Gerhard Dörfler, Arbeitsbesuch bei Premierminister des Kantons Sarajewo Fikret Mušić und Staatspräsidiumsvorsitzenden Bakir Izetbegović, EUFOR Althea (27.–29. August); Bürgermeister Michael Häupl, Arbeitsbesuch bei Bürgermeister von Sarajewo Alija Behmen, EUFOR Althea (Sarajewo, Bratunac/Srebrenica, 6. September); Bundesministerin Claudia Schmid, gemeinsamer Arbeitsbesuch mit Hohem Repräsentanten a.D. Wolfgang Petritsch beim Minister für zivile Angelegenheiten Sredoje Nović, im Staatspräsidium, Besuch von Projektschulen des United World College, Diskussionen mit Zivilgesellschaft und KünstlerInnen (Mostar, Pale, Sarajewo, 25.–27. September); Bürgermeister von Wels Peter Koits, Arbeitsbesuch bei Oberhaupt der islamischen Glaubengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, Reis-ul-ulema Mustafa Efendi Cerić und NGOs (6.–8. Oktober); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Kick-off des International Project Aid (IPA)-Projekts „EU Support to Law Enforcement“, Arbeitsgespräch mit Sicherheitsminister Sadik Ahmetović (9. Oktober); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Gerstl, Konferenz „Rolle der Parlamente im europäischen Integrationsprozess“ (29. und 30. Oktober); Parlamentarische Bundesheerkommission, Besuch von AUTCON 17/EUFOR ALTHEA (6.–8. November); Mitglied des Obersten Rates der Islamischen Glaubengemeinschaft in Österreich (IGGIÖ) Esad Memić, Generalsekretär der IGGIÖ Hasudin Atanović zur Inauguration des Oberhaupt der islamischen Glaubengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina , Reis-ul-ulema Husein Kavazović (15. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle in Begleitung des Initiatoren der Aktion „Nachbar in Not“ Kurt Bergmann und der Leiterin des Humanitarian Broadcasting im ORF Elisabeth Mayerhofer anlässlich der Übergabe des Kommandos über EUFOR Althea von Generalmajor Robert Brieger an Generalmajor Dieter Heidecker und der 20-Jahrfeier der Aktion „Nachbar in Not“, Arbeitsbesuch beim neuen Oberhaupt der islamischen Glaubengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, Reis-ul-ulema Husein Kavazović, Höflichkeitbesuch bei Staatspräsidiumsmitglied Bakir Izetbegović; Arbeitsgespräche mit Vize-Außenministerin Ana Trišić-Babić, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina Valentin Inzko, EU-Sonderbeauftragter Peter Sørensen, Generalsekretär des Regionalen Kooperationsrates Hido Bišević (2. – 4. Dezember).

Besuche in Österreich:

Staatspräsidiumsmitglied Nebojša Radmanović, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Staatssekretär Andreas Schieder, Abgeordneter des Europäischen Parlaments Hannes Swoboda (28.–30. Jänner); Präsident der Entität RS Milorad Dodik, Eröffnung des Vertretungsbüros der RS in Wien (22. März); Minister für Arbeit und Soziales Vjekoslav Čamber, Besuch in Oberösterreich (3.–7. Juni), Vizepräsident der Entität FBiH Svetozar Pudarić, Gedenkveranstaltung des Zentrums der zeitgemäßen Initiativen Austria anlässlich des Gedenkens an den Genozid in Srebrenica (Linz, 15. Juni); Minister für Bildung und Wissenschaft Damir Mašić und Delegation, Treffen mit Landeshauptmann Josef Pühringer, Besichtigung von

Anhang

Institutionen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen (18.–21. Juni); Minister für zivile Angelegenheiten Sredoje Nović, internationale Ministerkonferenz „Aktives Altern“ (18.–20. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll ist am 1. Jänner in Kraft getreten.

Das Protokoll zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat Bosnien und Herzegowinas zur Durchführung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien und Herzegowina über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt ist am 20. Februar in Kraft getreten.

Ein Auslieferungsabkommen befindet sich in Verhandlung

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 1,054 Millionen Euro

Wissenschaft:

Starke österreichische Präsenz im Wissenschafts- und Bildungssektor durch die Tätigkeit der Beauftragten für Bildungskooperation des BMUKK und des regionalen österreichischen Kooperationsbüros in Wissenschaft und Kultur der Österreichischen Kulturreinigung, der drei Österreich-LektorInnen an den Universitäten Banja Luka, Mostar und Sarajewo, der zwei österreichischen Vertragslehrerinnen am United World College in Mostar; drei Österreich-Bibliotheken in Sarajewo, Tuzla und Banja Luka; Festigung der Kulturvermittlerrolle des Literatur- und ÜbersetzerInnennetzwerks TRADUKI (Büro in Sarajewo), unter anderem durch die Schaffung des Europäischen Residenzprogramms für SchriftstellerInnen und LiteraturübersetzerInnen.

Sicherheitspolitik:

Österreich ist größter Truppensteller in der militärischen GSVP-Mission EUFOR ALTHEA (ca. 320 SoldatInnen).

Österreichische Exporte: 344,914 Millionen Euro (+7,5 %)

Importe: 387,417 Millionen Euro (+12,2 %)

Botsuana

(Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Seretse Khama Ian Khama

Außenminister
Phandu Tombola Chaka
Skelemani

ÖB, AC: siehe Südafrika; Gaborone – HK

Österreichische Exporte: 863.000 Euro (-66,0 %)

Importe: 43.000 Euro (+27,6 %)

Brasilien

(Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Dilma Vana Rousseff

Außenminister
Antonio Aguiar Patriota

Brasília – ÖB, São Paulo – ÖGK, AC; Belo Horizonte, Curitiba, Porto Alegre, Recife, Rio de Janeiro, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – HK

Besuche aus Österreich:

Landeshauptmann Joseph Pühringer, Teilnahme am Sixth Regional Leader's Summit der Regierungschefs von Bayern, Georgia, Oberösterreich, Québec, São Paulo, Shandong und Western Cape

Länderinformationen

(São Paulo, 11.–12. April); Staatssekretär Wolfgang Waldner, Abgeordnete zum Nationalrat Petra Bayr und Abgeordnete zum Nationalrat Christiane Brunner, Teilnahme an der Konferenz der VN über nachhaltige Entwicklung Rio+20 (Rio de Janeiro, 20.–22. Juni); Bundesministerin Beatrix Karl, Arbeitstreffen u.a. mit Justizminister José Eduardo Cardozo, Generalstaatsanwalt Roberto Monteiro Gurgel Santos und Präsident des obersten Gerichtshofs Felix Fischer (28. und 29. Oktober).

Besuche in Österreich:

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Ruy Nogueira, politische Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (18. Dezember).

Akkommen/Verhandlungen:

Ein Auslieferungsabkommen befindet sich in Verhandlung; Sondierungen über ein bilaterales Bildungsabkommen und über Arbeitsmarktzugang für Angehörige von DiplomatInnen.

Wissenschaft:

Es bestehen rund 20 Partnerschaftsabkommen zwischen österreichischen und brasilianischen Universitäten in den Bereichen wissenschaftliche Kooperation, Studierendenaustausch und Austausch von Lehrenden.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 32.000 Euro

Österreichische Exporte: 1.061,388 Millionen Euro (+9,7 %)

Importe: 415.413 Millionen Euro (-30,5 %)

Brunei

(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassanal Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AC: siehe Malaysia

Besuche aus Österreich:

Staatssekretär Wolfgang Waldner, Teilnahme am 19. EU-ASEAN Außenministertreffen (26. und 27. April).

Österreichische Exporte: 1.429 Millionen Euro (+108,2 %)

Importe: 102.000 Euro (-51,8 %)

Bulgarien

(Republik Bulgarien), Sofia

Staatsoberhaupt
Rosen Plevneliev

Regierungschef
Bojko Borissov

Sofia – ÖB, AWC, Verbindungsbüro der Stadt Wien

Außenminister
Nickolay Mladenov

Besuche aus Österreich:

Landeshauptmann Erwin Pröll, informelles Treffen mit Präsident Rosen Plevneliev (3. Februar); Staatssekretär Wolfgang Waldner, Gespräche mit Justizministerin Diana Kovatcheva, stellvertretendem Außenminister Dimitar Tsantchev und stellvertretendem Innenminister Dimitar Georgiev (19.–20. März); Direktor des Österreichischen Bundeskriminalamtes Franz Lang, Teilnahme an Einsatzübung im Rahmen der Donauraumstrategie (Vidin, 30. Juni bis 1. Juli); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Eröffnung des Donaukulturfestivals „flow“ (Ruse, 18. und 19. Oktober); Leiter der kulturpolitischen Sektion im BMF Martin Eichtinger, Eröffnung des Donaukulturfestivals „flow“, Gespräche in Veliko Tarnovo und Sofia (18.–19. Oktober).

Anhang

Besuche in Österreich:

Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus Traicho Traikov, Ministertreffen zu Nabucco bei Bundesminister Reinhold Mitterlehner (19. Jänner); Innenminister Tsvetan Tsvetanov, Teilnahme an der Ministerkonferenz des Paris-Pakts, Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (15. und 16. Februar); Wirtschaftsminister Traicho Traikov, Treffen mit Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl beim Wiener Opernball (16. Februar); Vizearbeitsministerin Zornitsa Roussinova, Teilnahme am Workshop „Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche“ der bilateralen AT-BG Kooperation (24. und 25. April); Regionalministerin Lilyana Pavlova, Besuch der „IconVienna“-Messe und des 8. „European Investment Forum“ (25.–27. April); Vizepremierminister und Finanzminister Simeon Djankov Wien, Vortrag an der Universität Wien (24. und 25. Mai); Vizepremierminister und Finanzminister Simeon Djankov, Teilnahme an einer Konferenz des Joint Vienna Institute (11. und 12. Juli); Vizebildungministerin Petya Eftimova, Treffen der Salzburger Gruppe „Horizont 2020“ der WissenschaftsministerInnen (30. und 31. August); Präsident Rosen Plevneliev, begleitet von Regionalministerin Lilyana Pavlova und Verkehrsminister Ivaylo Moskovski, inoffizieller Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (17. und 18. September); Sozialminister Totyu Mladenov, Besuch der UN-Konferenz zum Thema „Active Ageing“, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer (18. und 19. September); Justizministerin Diana Kovacheva, Teilnahme an der 31. Konferenz der Justizminister des Europarates „Antworten der Justiz auf die städtische Gewalt“ (19.–21. September); Ständiger Sekretär des Außenministeriums Ivan Sirakov, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Sektionsleiter Nikolaus Marschik (27. September); Premierminister Boyko Borissov und Wirtschaftsminister Delian Dobrev, Teilnahme am Ministertreffen des Nabucco Komitees (8. Oktober); Vizeaußenminister Ivan Naydenov, Teilnahme am informellen Treffen der Außenminister der Donauregion (St. Pölten, 22. Oktober); Vizetransportminister Kamen Kitschev, Besuch einer Konferenz über Verkehrstechnologie (22.–26. Oktober); Politische Direktorin Uliana Bogdanska, Konsultationen mit dem Leiter der Politischen Sektion im BMiA Jan Kickert (9. November); Hauptsekretär im Innenministerium Kalin Georgiev, Treffen mit Generaldirektor Herbert Anderl (13. November); Vizepräsidentin Margarita Popova, Teilnahme an der ersten Vertragsparteienkonferenz der Internationalen Anti-Korruptionsakademie – IACA (29. und 30. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Übereinkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Zeugenschutz wurde im Rahmen des Forum Salzburg Ministertreffens am 24. Mai in Štětíň (Tschechien) unterzeichnet.

Das Übereinkommen zwischen der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, Ungarn und der Republik Österreich über die Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung von verkehrssicherheitsbezogenen Verkehrsdelikten wurde am 11. Oktober in Mátraháza (Ungarn) unterzeichnet.

Österreichische Exporte: 640,971 Millionen Euro (+2,6 %)

Importe: 364,012 Millionen Euro (-6,2 %)

Burkina Faso

(Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Beyon Luc Adolphe Tiao	Yipènè Djibril Bassolé

ÖB: siehe Senegal; AC: siehe Marokko; Ouagadougou – Koordinationsbüro der OEZA

Staatssekretär Wolfgang Waldner, Treffen mit Umwelt- und Entwicklungsmünister Jean Koulidiati am Rande der Konferenz der VN über nachhaltige Entwicklung Rio+20 (Rio de Janeiro, 21. Juni)

Besuche in Österreich:

Generaldirektor der Handels- und Industriekammer Franck Tapsoba, Treffen mit Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl (27. August).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 4,177 Millionen Euro

Länderinformationen

Österreichische Exporte: 4.077 Millionen Euro (+117,8 %)

Importe: 806.000 Euro (+86,4 %)

Burundi

(Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Pierre Nkurunziza

Außenminister

Laurent Kavakure

ÖB: siehe Kenia; **AC:** siehe Südafrika

Österreichische Exporte: 157.000 Euro (+29,3 %)

Importe: 7.756 Millionen Euro (+245,8 %)

Chile

(Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef

Sebastián Piñera Echenique

Außenminister

Alfredo Moreno Charme

Santiago de Chile – **ÖB, AC, Arica, Valdivia, Valparaíso – HK**

Besuche aus Österreich:

Dritter Nationalratspräsident Martin Graf, Treffen mit Leiter für Investitionsförderungen des Exportförderungsinstitut PROCHILE Alfredo Vergara, mit Leiter der juridischen Abteilung des Komitees für Auslandsinvestitionen Carlos Dettleff, mit Kabinettschef des Außenministers Milenko Skoknic, Direktor für Internationale Sicherheit José Gabriel Zepeda und Direktor der Europaabteilung Daniel Carvallo, mit Exekutivdirektor Luis Larraín sowie Wirtschafts- und Rechtsexperten des „Instituto Libertad y Desarrollo“, mit Präsident von CONICYT, José Miguel Aguilera und Justizminister Teodoro Ribera (6. März), mit Parlamentspräsident Patricio Melero (Valparaíso, 7. März), mit Präsident der Abgeordnetenkammer Nicolás Monckeberg, Senatspräsident Camilo Escalona und Senator Carlos Larraín (29. Oktober), mit Justizminister Teodoro Ribera und Exekutivdirektor von „Instituto Libertad y Desarrollo“, Luis Larraín (30. Oktober); Offizieller Besuch von Bundespräsident Heinz Fischer begleitet von Bundesministerin Doris Bures, Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Staatssekretär Andreas Schieder, Arbeitsgespräche mit Senatspräsident Camilo Escalona und Präsident der Abgeordnetenkammer Nicolás Monckeberg (5. Dezember), Treffen und Arbeitsgespräch mit Präsident Sebastian Piñera (6. Dezember); Bundesministerin Doris Bures, Arbeitsgespräch mit stv. Ministerin für Verkehr, Gloria Hutt (6. Dezember); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Treffen mit Präsident der Stiftung „Imagen Chile“ Blas Tomic, Treffen mit Wirtschaftsminister Pablo Longueira (6. Dezember); Staatssekretär Andreas Schieder, Treffen mit Generalsekretär der Sozialistischen Partei Álvaro Elizalde, Treffen mit Finanzstaatssekretär Julio Dittborn, (6. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Chile zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll wurde am 6. Dezember unterzeichnet.

Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit in der Förderung von Musiktalenten zwischen dem BMWF und der chilenischen Stiftung für Jugend- und Kinderorchester; Unterzeichnung einer Absichtserklärung zwischen dem BMVIT und dem chilenischen Ministerium für Verkehr und Telekommunikation; Kooperationsabkommen zwischen der Wirtschaftskammer Österreich und dem Dachverband der chilenischen Unternehmensverbände.

Österreichische Exporte: 152,809 Millionen Euro (+4,5 %)

Importe: 127,175 Millionen Euro (-6,5 %)

Anhang

China

(Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Yang Jiechi
Sonderverwaltungsregion	Sonderverwaltungsregion	
Hongkong	Macao	
Regierungschef (Chief Executive)	Regierungschef (Chief Executive)	
Leung Chun-Ying	Fernando Chui Sai On	
(seit 1. Juli)		

Peking – ÖB, KF, OST (seit 1. Jänner), AC, ÖW; Shanghai – GK, AC; Hongkong – GK, AC, Guangzhou – GK; Chengdu, Shenyang, Xi'an – AB

Besuche aus Österreich:

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Bürgermeister Heinz Schaden, Treffen mit Staatsrat Dai Bingguo, Vizepräsident der Konsultativkonferenz und Mitglied des Politbüros Wang Gang, Kulturminister Cai Wu, Leiter des Tourismusamtes Shao Qiwei, Vizeaußenminister Zhang Kunsheng, Vizevorsitzender der Zivilluftfahrtsbehörde Xia Xinghua, Bürgermeister von Shanghai Han Zheng und Gouverneur von Heilongjiang Wang Xiankui (Shanghai, Harbin, Peking, 15.–22. März); Bundesministerin Beatrix Karl, Treffen mit Justizministerin Wu Aiying, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros Zhou Yongkang, Minister für Disziplinaraufsicht Ma Wen, Vizepräsident des Obersten Volksgerichtshofes Wan E'xiang und Leiter des Legislativbüros des Staatsrats Song Dahan (Hongkong, Peking, 3.–6. April); Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer (Shanghai, Peking, 24.–28. September).

Besuche in Österreich:

Vizeministerin für Landwirtschaft Zhang Yuxiang (16. Jänner); Minister für Zivilangelegenheiten Li Liguo, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer (Wien, Salzburg, 17.–21. April); Gouverneur der Provinz Hainan Jiang Dingzhi (Salzburg, 24.–25. Mai); Vorsitzender des staatlichen Patentamtes, Vizeminister Tian Lipu (4.–5. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Zweite Protokoll zur Abänderung des Protokolls zum am 25. Mai 2010 in Hongkong unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verbesserung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wurde am 25. Juni in Hongkong unterzeichnet. Eine Änderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen erfolgte in Form eines Notenwechsels am 4. bzw. 17. September.

23. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission (Peking und Nantong, 27. Februar bis 1. März); Arbeitsgruppe Technologie (Peking, 2. April); Arbeitsgruppe Verkehr (Peking, 28. Juni); Arbeitsgruppe für Energieeffizienz und Umweltschutz (Nantong, 28. September); Arbeitsgruppe Investitionen (Wien, 16. Oktober); Arbeitsgruppe Eisenbahn (Peking, 29. November); Tagung zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (Peking, 13. Dezember).

Wissenschaft:

Mit 1. Jänner wurde ein Office for Science and Technology (OST) an der Österreichischen Botschaft Peking eingerichtet.

Das Eurasia-Pacific Uninet umfasst österreichische Universitäten, Fachhochschulen und weitere Forschungs- und Bildungseinrichtungen und vernetzt diese mit Partnerorganisationen in Ost-, Zentral- und Südasien. Dem Netzwerk gehören derzeit u. a. 54 Universitäten und Akademien in China an.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 13.000 Euro

Länderinformationen

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China: 3.031,813 Millionen Euro (+3,9 %)

Importe: 6.762,584 Millionen Euro (+5,8 %)

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong: 595,838 Millionen Euro (+16,0 %)

Importe: 95,540 Millionen Euro (-14,8 %)

Österreichische Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macao: 3.450 Millionen Euro (+28,5 %)

Importe: 1.355 Millionen Euro (+8,7 %)

Taiwan (Chinese Taipei)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taiwan besteht ein Österreich Büro.

Österreichische Exporte nach Taiwan: 298,432 Millionen Euro (-11,3 %)

Importe: 518,033 Millionen Euro (-2,9 %)

Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Laura Chinchilla

Außenminister
José Castillo

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; San José – HGK

Besuche aus Österreich:

Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme am Exekutiv-Treffen des Rates der „Sozialistischen Frauen-Initiative“ (20.–21. Jänner).

Besuche in Österreich:

Außenminister José Enrique Castillo Barrantes, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (20. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Am 29. Juni wurde das Assoziationsabkommen zwischen EU und Zentralamerika unterzeichnet, welches Costa Rica einschließt.

Österreichische Exporte: 20,103 Millionen Euro (48,1 %)

Importe: 42,798 Millionen Euro (-12,4 %)

Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt Alassane Dramane Ouattara	Regierungschef Daniel Kablan Duncan (seit 21. November)	Außenminister Charles Koffi Diby (seit 21. November)
--	---	--

ÖB: siehe Senegal; Abidjan – HK; **AC:** siehe Marokko

Anhang

Besuche aus Österreich:

Wirtschaftsdelegation unter Leitung des AußenwirtschaftsCenters Casablanca (Abidjan, 27.–30. November).

Besuche in Österreich:

Wirtschafts- und Finanzminister Charles Koffi Diby, Gespräch mit Staatssekretär Andreas Schieder (7. September); Gesundheitsministerin Prof. Thérèse A. N'dri-Yoman, Treffen mit Bundesminister Alois Stöger (19. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein bilaterales Entschuldungsabkommen im Rahmen der erweiterten internationalen HIPC-Initiative für hochverschuldete arme Länder wurde am 7. September in Wien unterzeichnet.

Österreichische Exporte: 13,939 Millionen Euro (+115,2 %)

Importe: 16,060 Millionen Euro (-26,5 %)

Dänemark

(Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II.	Helle Thorning-Schmidt	Villy Søvndal
Kopenhagen – ÖB, AC, ÖW; Aabenraa, Aarhus, Odense – HK		

Besuche aus Österreich:

Leiter der Sektion für EU-Koordination und wirtschaftspolitische Angelegenheiten im BMiA Hubert Heiss, Teilnahme am Treffen der EuropadirektorInnen der EU-Mitgliedstaaten (4.–5. Jänner); Leiter der Politischen Sektion im BMiA Jan Kickert, Teilnahme am Treffen der Politischen DirektorInnen der EU-Mitgliedstaaten (12.–13. Jänner); Bundesministerin Beatrix Karl und Gruppenleiter im BMI Wilhelm Sandrisser, Teilnahme am informellen Treffen der EU Justiz- und InnenministerInnen (26.–27. Jänner); Zweiter Präsident des Nationalrates Fritz Neugebauer, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse der nationalen Parlamente COSAC in Vorbereitung der COSAC-Vollversammlung (29.–30. Jänner); Bundesminister Karlheinz Töchterle und Sektionschef im BMWFJ Michael Losch, Teilnahme am informellen Treffen der EU-WettbewerbsministerInnen (1.–3. Februar); Abgeordneter zum Nationalrat Günter Kössl mit BürgermeisterInnendelegation, Studienreise zum dänischen EU-Vorsitz (1.–4. März); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (9.–10. März); Staatssekretär Wolfgang Waldner, Teilnahme an der Konferenz zu 50 Jahren dänischer Entwicklungszusammenarbeit (15.–16. März); Bundesministerin Maria Fekter und Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Teilnahme am informellen Treffen der EU-FinanzministerInnen (29.–31. März); Sektionschef im BMLFUW Günther Liebel und Sektionschef im BMWFJ Christian Schönauer, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Umwelt- und EnergieministerInnen (Horsens, 18.–20. April); Zweiter Präsident des Nationalrates Fritz Neugebauer, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der Europaausschüsse der nationalen Parlamente COSAC (22. April); Bundesminister Alois Stöger und Sektionschef im BMASK Edeltraud Glettner, Teilnahme am informellen Treffen der EU-GesundheitsministerInnen (Horsens, 23.–25. April); Präsident des österreichischen Gemeindebundes Bürgermeister Helmut Mödlhammer mit Delegation, Studienreise zum dänischen EU-Vorsitz (10.–12. Mai); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Landwirtschafts- und FischereiministerInnen (Horsens, 3.–5.Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am informellen Treffen der EU-EuropaministerInnen (Horsens, 10.–11. Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am 14. Baltic Development Forum und Arbeitsgespräch mit dem Generalsekretär im dänischen Außenministerium Claus Grube (18. und 19. Juni); Europaausschuss des oberösterreichischen Landtages, Information über dänischen EU-Vorsitz (22.–24.Okttober).

Österreichische Exporte: 685,231 Millionen Euro (+8,4 %)

Importe: 501,827 Millionen Euro (-6,5 %)

Länderinformationen

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt
Joachim Gauck
(seit 18. März)

Regierungschefin
Angela Merkel

Außenminister
Guido Westerwelle

Berlin – ÖB, AC, ÖW; München – GK, AC; Bremen – HK; Dresden – HK; Frankfurt a.M. – AC; Düsseldorf – HK; Hamburg – HK; Hannover – HK; Kiel – HK; Lübeck – HK; Nürnberg – HK; Rostock – HK; Saarbrücken – HK; Stuttgart – HK. Darüber hinaus verfügen die ACen über Marketingbüros in Dresden, Düsseldorf und Stuttgart.

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Besuch der Internationalen Grünen Woche (19.–21. Jänner); Bundeskanzler Werner Faymann, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident von Schweden Fredrik Reinfeldt und Premierminister von Portugal Passos Coelho (Meseberg, 19. Jänner); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz (3.–5. Februar); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch der „Berlinale“ und Treffen mit Kulturstatsminister Neumann (8.–12. Februar); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Guido Westerwelle (4. März); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am Treffen der europäischen Zukunftsgruppe (20. März); Staatssekretär Andreas Schieder, Vortrag an der Hertie School of Governance (20. und 21. März); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Erstem Bürgermeister von Hamburg Olaf Scholz (Hamburg, 16. und 17. April); Präsident des Burgenländischen Landtages Gerhard Steier und Landesrat Peter Rezar, Teilnahme an der Verleihungs-Gala des Felix Burda Award (22.–23. April); Bundesministerin Doris Bures, Teilnahme am International Transport Forum (Leipzig, 2. Mai); Bundesministerin Claudia Schmied, Verleihung des Avicenna-Preises an Shirin Ebadi (Frankfurt a.M., 6. Mai); Oberösterreichischer Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und Landesrat Manfred Haimbuchner, Teilnahme an Architekturreise (9. Mai); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Treffen mit Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und Präsident des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer (21. Mai); Bundesminister Karlheinz Töchterle, Treffen mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan und Festvortrag im Pergamon-Museum (23.–24. Mai); Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (München, 24. Mai); Bürgermeister Michael Häupl, Besuch des Rosenballs zugunsten der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe (9.–10. Juni); Landesrat Viktor Sigl, Standortpräsentation und Teilnahme am Sommerfest des AC Berlin (12.–13. Juni); Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf, Treffen mit Mitgliedern der Landesregierung von Baden-Württemberg (Stuttgart, 18.–19. Juni); Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, Teilnahme an der Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Warnemünde (Rostock, 4. Juli); Präsident des Bundesrates Georg Keuschnigg und Delegation, Arbeitsbesuch beim deutschen Bundesrat (11.–12. Juli); Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer und Landesrat Christian Buchmann, Standortpräsentation und Treffen mit Mitgliedern der bayrischen Staatsregierung (München, 16.–17. Juli); Staatssekretär Sebastian Kurz, Treffen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Ole Schröder (28.–29. August); Bundesministerin Beatrix Karl, Teilnahme am 69. Deutschen Juristentag (München, 17.–18. September); Abgeordnete zum Nationalrat Kurt Gaßner, Christine Marek, Johann Hechtl, Franz Riepl, Roman Haider, Stefan Markowitz, Teilnahme am Delegationsbesuch der Parlamentarischen Gruppe Österreich-Deutschland (Sachsen und Berlin, 23.–26. September); Bundesministerin Beatrix Karl, Arbeitsgespräche mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages (24. und 25. September); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme an der Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Wahl von Helmut Kohl zum sechsten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie Arbeitsgespräche mit Staatsminister Michael Link und Staatssekretärin Emily Haber (27. und 28. September); Bundesminister Norbert Darabos, Aufzeichnung der Sporthilfe Millionenshow (Köln, 10. und 11. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch der Frankfurter Buchmesse und Arbeitsgespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit (Frankfurt a.M. und Berlin, 10.–12. Oktober); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin für

Anhang

Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kristina Schröder und Eröffnung einer internationalen männerpolitischen Konferenz (22. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Arbeitsgespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, Finanzminister Wolfgang Schäuble und Bundestagspräsident Norbert Lammert (25. und 26. Oktober); Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner, Eröffnung der Fachmesse „Moderner Staat“ (6. November); Staatssekretär Josef Ostermayer, Arbeitsgespräch mit Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (14. Dezember).

Besuche in Österreich:

Mitglied des Deutschen Bundestages Peer Steinbrück (22. Jänner); Mitglied des Deutschen Bundestages Gunther Krichbaum (15.–19. Februar); Verkehrsminister Peter Ramsauer (16.–17. Februar); Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (16.–17. Februar); Regierender Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit (15.–16. März); SPD-Fraktion Bayerischer Landtag – Arbeitskreis für Staatshaushalt und Finanzfragen (19.–23. März); CDU-Fraktion Sächsischer Landtag – „Petitionen“ (26.–30. März); Parlamentarischer Staatssekretär Max Stadler, Bundesministerium der Justiz (11. und 12. April); Europaminister Michael Link, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Wolfgang Waldner (18.–20. April); SPD-Fraktion Baden-Württembergischer Landtag – Arbeitskreis Integration (25.–27. April); Staatsministerin Maria Böhmer, Arbeitsbesuch im Bundeskanzleramt (3. und 4. Mai); FDP-Fraktion Thüringer Landtag, Arbeitsbesuch in Vorarlberg (9.–12. Mai); Außenminister Guido Westerwelle, europäische Zukunftsgruppe (15. Mai); Bayerischer Staatsminister Martin Zeil, Gespräch mit Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller (24. und 25. Mai); Europaminister von Baden-Württemberg Peter Friedrich (29. Mai); Verkehrsminister Peter Ramsauer, Arbeitsbesuch in Salzburg (17. Juni); Vizekanzler und Wirtschaftsminister Philipp Rösler, Teilnahme am Dreiertreffen der Wirtschaftsminister Schweiz-Deutschland-Österreich (22. Juni); Landtag Rheinland-Pfalz, Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten in die Wachau (25.–28. Juni); Mitglied des Deutschen Bundestages Karl Lamers (2.–4. Juli); Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Gespräch mit Bürgermeister Michael Häupl (3.–5. Juli); Außenminister Guido Westerwelle, Arbeitsbesuch in Salzburg (27. und 28. Juli); Bundespräsident Joachim Gauck, Antrittsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (16. August); Justizsenator von Berlin Thomas Heilmann (27. und 28. August); Wirtschaftsminister von Niedersachsen Jörg Bode (28. und 29. August); Landtag Rheinland-Pfalz, Teilnahme am Petitionsausschuss (Innsbruck, 2.–4. September); Präsidium Landtag Mecklenburg-Vorpommern (4. und 5. September); Außenminister Guido Westerwelle, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger (5. September); Bundeskanzlerin Angela Merkel, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann (7. September); Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle (9.–11. September); Landtag Rheinland-Pfalz, Teilnahme am Gleichstellungsausschuss (Graz, 10.–12. September); Bundestagsausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. und 18. September); Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, Emily Haber, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle (19. September); Staatssekretärin im Bundesjustizministerium Birgit Grundmann, Teilnahme an der 31. Konferenz der Justizminister des Europarates „Antworten der Justiz auf die städtische Gewalt“ (19.–21. September); Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann (4. und 5. Oktober); baden-württembergischer Europaminister Peter Friedrich, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (5. Oktober); Ministerpräsident von Brandenburg Matthias Platzeck, Treffen mit Landeshauptmann Erwin Pröll und Bürgermeister Michael Häupl (16.–18. Oktober); Verkehrsminister Peter Ramsauer (22. Oktober); Ministerpräsident von Hessen Volker Bouffier, Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner und Staatssekretär Reinhold Lopatka (8.–10. November).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Protokoll zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Abänderung des am 24. August 2000 in Berlin unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen trat am 1. März in Kraft. Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit und illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit wurde am 11. Juni in Wien unterzeichnet. Die Vereinbarung in Form eines Notenwechsels zur Änderung des Protokolls zur Durchführung des Abkommens zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen an der Grenze (Rückübernahmevereinbarung)

Länderinformationen

trat am 29. Juni in Kraft. Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Nachnutzung der ehemaligen österreichisch-deutschen gemeinschaftlichen Grenzzollämter wurde am 23. Juli in Berlin unterzeichnet. Die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich und dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland über die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Verfahren der Visumerteilung in Canberra und Ottawa trat am 2. August in Kraft.

Österreichische Exporte: 37.838,586 Millionen Euro (-0,5 %)

Importe: 49.544.519 Millionen Euro (-1,0 %)

Dominica

(Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt **Regierungschef und Außenminister**
Eliud Thaddeus Williams **Roosevelt Skerrit**
(seit 17. September)

ÖB, AC: siehe Venezuela

Österreichische Exporte: 30 000 Euro (-56,9 %)

Importe: 1.071 Millionen Euro (-9,7 %)

Dominikanische Republik

(Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Danilo Medina Sánchez
(seit 16. August)

Außenminister
Carlos Morales Troncoso

ÖB-AC: siehe Venezuela: Santo Domingo – Büro der österreichischen Botschaft Caracas: HGK

Österreichische Exporte: 8.260 Millionen Euro (-16,8 %)

Importe: 11.217 Millionen Euro (-28,2 %)

Dschibuti

Esemhad (Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt **Regierungschef** **Außenminister**
Ismaïl Omar Guelleh **Dileita Mohamed Dileita** **Mahaïnoud Ali Youssouf**

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – HK; AC: siehe Ägypten

Österreichische Exporte: 900.000 Euro (+49,2 %)

Importe: 2.000 Euro (-97,5 %)

Ecuador

(Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Rafael Correa Delgado **Außenminister**
Ricardo Armando Patiño Aroca

ÖB: siehe Peru; Quito – HGK; Guayaquil – HK; AC: siehe Venezuela

Österreichische Exporte: 35.362 Millionen Euro (+32,2 %)

Imports: 49.112 Millionen Euro (+24,0 %)

Anhang

El Salvador

(Republik El Salvador), San Salvador

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Mauricio Funes

Außenminister
Hugo Martínez

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; San Salvador – HGK

Am 29. Juni wurde das Assoziationsabkommen zwischen EU und Zentralamerika unterzeichnet, welches El Salvador einschließt.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 29.500 Euro

Österreichische Exporte: 6.139 Millionen Euro (+38,1 %)

Importe: 871.000 Euro (-82,3 %)

Eritrea

(Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Isaias Afewerki

Außenminister
Osman Saleh Mohammed

ÖB: siehe Ägypten; **AC:** siehe Ägypten; Asmara – HK

Österreichische Exporte: 162.000 Euro (+835,3 %)

Importe: 9.000 Euro (-79,0 %)

Estland

(Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt
Toomas Hendrik Ilves

Regierungschef
Andrus Ansip

Außenminister
Urmas Paet

Tallinn – **ÖB, Marketingbüro der WKO, Österreich-Bibliothek;** **AC:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Schweden

Besuche aus Österreich:

Abgeordnete zum Nationalrat Stefan Prähauser, Johann Höfinger, Peter Fichtenbauer, Stefan Mar-kowitz, Sophie Landertshammer, Teilnahme an der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Ver-sammlung der NATO (25.–28. Mai); Mitglied des Bundesrates Monika Mühlwurf und Delegation, Studienreise (30.–31. August).

Besuche in Österreich:

Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves, Teilnahme am Europäischen Gesundheitsforum (Bad Hof-gastein, 3. Oktober); Kulturminister Rein Lang, Eröffnung des estnischen Honorarkonsulats (Inns-bruck, 26. Juni); Wirtschaftsminister Juhhan Parts, Treffen mit Delegationsmitgliedern einer Mazedonien-Wirtschaftsmission (Schwechat, 1. Oktober); Parlamentspräsidentin Ene Ergma, Haupt-rednerin beim Workshop des European Space Policy Institute "ESA Enlargement – What interested countries can do to prepare themselves for ultimate accession" (22.–24. März); Parla-mentspräsidentin Ene Ergma, Teilnahme am informellen Treffen der EU-ParlamentspräsidentInnen (24.–25. August).

Wissenschaft:

Im Rahmen des bilateralen österreichisch-estnischen Austauschprogrammes erfolgte ein pädago-gischer Aufenthalt einer Lehrerin (Sind und Otepää, 19. September bis 14. Oktober). Professor Jürgen Pelikan, Hauptredner bei der 9th European IUPHE Health Promotion Conference (27.–29. September):

Österreichische Exporte: 118.003 Millionen Euro (+16,5 %)

Importe: 40.701 Millionen Euro (-15,2 %)

Länderinformationen

Fidschi (Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt
Ratu Epeli Nailatikau

Premierminister
Josaiia Voreqe
(Frank) Bainimarama

Außenminister
Ratu Inoke Kubuabola

ÖB, AC: siehe Australien

Österreichische Exporte: 95.000 Euro (-45,5 %)

Importe: 94.000 Euro (-58,8 %)

Finnland (Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt
Sauli Niinistö
(seit 1. März)

Regierungschef
Jyrki Katainen

Außenminister
Erkki Tuomioja

Helsinki – **ÖB, HGK, AC;** Kajanni, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku (wiedereröffnet am 11. Dezember), Vaasa – **HK**

Besuche aus Österreich:

Leiter des Kabinetts des Staatssekretärs im BMelA Peter Huber, Gespräche und Seminar im finnischen Außenministerium (7.–10. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Arraiolos-Treffen (10. und 11. Februar); Elisabeth Vitouch und Annemarie Wirlisch, Stadt Wien, Teilnahme an der jährlichen Generalversammlung der EU-Hauptstädte, (11.–13. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär im Außenministerium Pertti Torstila (7. Mai); Landtagspräsident Franz Majcen mit Delegation, Teilnahme an Konferenz „Finnish-Austrian Housing“ (11.–12. September); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Treffen mit Sozialminister Lauri Ihälainen und Gewerkschaftspräsident Lauri Lyyt (25. und 26. September); Delegation des BMelA unter Leitung von Sektionsleiter Nikolaus Marschik, Gespräche im finnischen Außenministerium mit Unterstaatssekretär Peter Stenlund und Abteilungsleiter Ari Rouhe (16. Oktober); Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Vizekanzler a.D. Erhard Busek und Bundesminister a.D. Botschafterin Ursula Plassnik, Teilnahme am 36. Europäischen Treffen der Trilateralen Kommission (2.–4. November); Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Teilnahme an Konferenz der europäischen ökonomischen Integration (26.–27. November).

Besuche in Österreich:

Generaldirektor Heimo Hanhilahti, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Gespräche mit VertreterInnen des BLFUW (22. Februar); Ministerin für Wohnungswesen, Medien und Telekommunikation, Krista Kiuru, Gespräche mit VertreterInnen der Stadt Wien und Graz (18. und 19. Juni); Parlamentspräsident Eero Heinaluoma, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (21. Juni); Delegation des Parlamentarischen Ausschusses für Landwirtschaft, Gespräch mit Mitgliedern des Nationalratsausschusses für Land- und Forstwirtschaft (9.–11. September); Wirtschaftsminister Jyri Häkämies, Gespräch mit Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl (17. September); Justizministerin Anna-Maija Henriksson, Teilnahme an der 31. Konferenz der Justizminister des Europarates „Antworten der Justiz auf die städtische Gewalt“ (19.–21. September); Ministerpräsident a.D. Paavo Lipponen, Teilnahme am Festakt anlässlich des 75. Geburtstags von Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky (11. Dezember).

Österreichische Exporte: 487,541 Millionen Euro (+4,2 %)

Importe: 548,891 Millionen Euro (+10,6 %)

Anhang

**Frankreich
(Französische Republik), Paris**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
François Hollande	Jean-Marc Ayrault	Laurent Fabius
(seit 15. Mai)	(seit 15. Mai)	(seit 16. Mai)

Paris – ÖB, KF, AC, ÖW; Strassburg – GK, AC, ÖW; Marseille – HGK; Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza; Toulouse – HK

Gespräch Bundespräsident Heinz Fischer mit Staatspräsident François Hollande am Rande der 67. VN-GV (New York, 26. September)

Besuche aus Österreich:

Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an den französisch-österreichischen Balkan-Beratungen an der Botschaft unter dem Vorsitz der Generalsekretäre beider Außenministerien (7. Februar); Bundesratspräsident Gregor Hammerl, Teilnahme an der Jahressversammlung der Vereinigung Europäischer Senate (15.–17. März); Bundesminister Nikolaus Berlakovich, Teilnahme am Treffen der OECD-UmweltministerInnen (28.–30. März); Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme am OECD-Ministerrat (23. und 24. Mai) sowie Treffen mit Premierminister Jean-Marc Ayrault, Ministerin für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energie Nicole Bricq und Beigeordnetem Minister für soziale und solidarische Wirtschaft Benoît Hamon (24. Mai); Staatssekretär Wolfgang Waldner, Treffen mit Beigeordnetem Minister für europäische Angelegenheiten Bernard Cazeneuve und Teilnahme am Treffen der Gruppe der Freunde des syrischen Volkes (6. Juli); Bundeskanzler Werner Faymann, Arbeitsbesuch bei Staatspräsident François Hollande und bei Premierminister Jean-Marc Ayrault (9. Oktober); Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl und Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds Erich Foglar, Teilnahme mit Beigeordnetem Minister für berufliche Bildung und betriebliche Berufsausbildung Thierry Repentin am Kolloquium „Jugendbeschäftigung: das österreichische Modell – der Beitrag der Sozialpartner“ (19. November); Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl, Treffen mit dem Präsidenten des Verbands der kleinen und mittleren Unternehmen (CGPME) Jean-François Roubaud sowie mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Paris (CCIP) Pierre-Antoine Gailly (19. November); Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds Erich Foglar, Treffen mit Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds (CGT) Bernard Thibault (19. November); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Arbeitsbesuch bei Beigeordnetem Minister für europäische Angelegenheiten Cazeneuve, Beigeordnetem Minister für Entwicklung Pascal Canfin und UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokova (23. November).

Besuche in Österreich:

Staatsminister und Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten Alain Juppé, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger (16. Februar); Präsident des Verfassungsrats Jean-Louis Debré, Teilnahme an der Konferenz zur Vorbereitung des XVI. Kongresses der Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte (9.–11. September); Beigeordneter Minister für soziale und solidarische Wirtschaft und Verbrauch Benoît Hamon, Teilnahme am 29. Kongress des Internationalen Forschungs- und Informationszentrums für Gemeinwesen (CIRIEC) (13. September); Generalstabschef der französischen Streitkräfte Admiral Edouard Guillaud, offizieller Besuch bei Generalstabschef Edmund Entacher (16. und 17. September); Beigeordnete Ministerin für Senioren und Eigenständigkeit im Alter Michèle Delaunay, Teilnahme an der 3. Ministerkonferenz zu Fragen des aktiven Alterns (19. und 20. September); Siegelbewahrerin und Ministerin der Justiz Christiane Taubira, Treffen mit Bundesministerin Beatrix Karl und Teilnahme an der 31. Konferenz der Justizminister des Europarates „Antworten der Justiz auf die städtische Gewalt“ (19. und 20. September).

Das 1978 auf Initiative von Jacques Chirac und Bruno Kreisky gegründete Österreichisch-Französische Zentrum für Annährung in Europa (ÖFZ) veranstaltete eine internationale Expertenkonferenz unter dem Titel „Zu einer europäischen Strategie für den Alpenraum“, die am 10. Oktober in Innsbruck im Vorfeld der Konferenz der Alpenstaaten und Alpenregionen (anlässlich des Jubiläums 40 Jahre ARGE Alp) stattfand.